

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mtl., monatlich 1,10 Mtl., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage: Die Neue Welt 10 Pf. Vollabonnement: 1,10 Mtl. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Anzeigebild für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letzte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Staatstechnische Reformen.

Paris, 27. Mai. (Eig. Ber.)

Die von der Regierung bekannt gegebene Statistik über die Wahlprogramme der neuen Deputierten könnte als die Rechtfertigung einer Politik angesehen werden, die sich nicht von einer festen parlamentarischen Mehrheit beherrschen lassen, aber auch jede revolutionäre Kühnheit vermeiden will. In der Tat zeigt die Aufstellung, daß über die wichtigsten politischen Aufgaben die Meinungen aller Parteien so gespalten sind, daß sie für jede tendenziöse Ausdeutung Möglichkeit bieten. Das Unterrichtsmonopol und die Einkommensteuer haben in den republikanischen Parteien entschiedene Gegner wie entschiedene Freunde, die Steuerreform namentlich aber auch eine bedingte Anhängerenschaft von keineswegs einheitlichen Anschauungen. In dieser Zersplitterung indes kann man das zwingendste Argument für die Wahlreform finden, deren Aufgabe sein wird, an die Stelle der Bezirkspolitik der Kandidaten die Politik organisierter großer Parteien zu setzen. Dies kann aber nur das mit der Verhältniswahl verbundene Listensystem bringen, für das sich auch, wenn auch nicht die absolute Mehrheit, so doch nicht viel weniger als die Hälfte der Deputierten und die Majorität der Wähler erklärt hat. Eine Regierung, die der Volksmeinung Rechnung tragen will, müßte also vor allem die Durchführung der Wahlreform betreiben, als die Voraussetzung aller weiteren Reformpolitik, namentlich auch der längst reifen Verwaltungsreform. In den nächsten Tagen wird man sehen, wie ernst es Briand damit ist. Man weiß schon, daß er seine Gegnerschaft gegen den Proporzgedanken, der von ihm noch vor den Wahlen als ein Komplott der Sozialisten mit der Reaktion verdächtigt wurde, aufgegeben hat und daß er ein Projekt vorbereitet, das die Verhältnisverteilung auf der Grundlage der Mandatsdauer auf 6 Jahre und mit einer alle zwei Jahre erfolgenden Wahl eines Drittels — einführt. Die Frage ist nur, ob sich diese seine „Anpassung“ auch auf die Meinung ausbreitet, die die Vorkämpfer des Proporz von der Dringlichkeit der Reform haben. Poincaré im „Temps“ und Jaurès in der „Humanité“ fordern einmütig, daß die Wahlreform vor allen anderen Gegenständen von der Kammer erledigt werde. Jaurès erklärt, daß das Gesetz noch vor den Ferien verabschiedet werden müsse und protestiert gegen die Fortsetzung der Beschäftigung der letzten Kammer, mehrere Gesetzeswerke gleichzeitig zu beraten. Ob sich die Dinge so prompt vollziehen werden, wie Jaurès' löblicher Eifer es wünscht, bleibt immerhin recht zweifelhaft. Jaurès hat bekanntlich auch vor Beginn der Wahlkampagne ein solidarisches Vorgehen aller Proporzanhänger bei der Stichwahl gefordert, das sich bald als undurchführbar erwies. Jetzt will er die ganze Aktion des Parlaments auf die Wahlreform konzentriert wissen und er hat erklärt, daß er bereit sei, den Proporz, gleichviel mit welchem Ministerium, heiße es selbst Ribot, zu verwerfen. Bei einem Politiker wie Briand ist es allerdings das sicherste Mittel, an das Interesse der Selbsterhaltung zu appellieren.

Natürlich werden die technischen Details der Wahlreform, also namentlich die Annahme eines bestimmten Systems, genug Stoff zur Diskussion bieten, die der böse Wille der radikalen Rührer der Bezirkswahl möglichst in die Länge zu ziehen nicht verabsäumen wird. Auch muß in einem politisch und sozial so bewegten Land, wo jeder Tag Zwischenfälle schaffen kann, die zu politischen Krisen werden, mit allerhand Störungen gerechnet werden. Die Hauptsache bleibt, daß die schwierige und sehr komplizierte Verwaltungsreform nicht vorzeitig zur Beratung gebracht wird. Es wäre überhaupt widersinnig, wenn die den „Sümpfen“ der Bezirkskorruption, wie Briand gesagt hat, entstiegene Deputierten berufen werden sollten, diese Sümpfe trocken zu legen.

Es handelt sich im wesentlichen darum, die Departementsverfassung durch eine auf größere Einheiten gegründete, für die modernen Verwaltungsaufgaben geeignetere Organisation abzulösen. Die Departementsverfassung ist bekanntlich ein Werk der großen Revolution. Die konstituierende Versammlung hat, indem sie die alten Provinzen aufhob und das Land in kleinere, nach geographischen Merkmalen begrenzte Verwaltungsgebiete einteilte, einerseits die den Interessen und der Ideologie der Bourgeoisie entsprechende Einheit der Nation demonstrieren und befestigen, andererseits aber auch durch den vollen Zentralismus die Revolution selbst, die ihre aktivsten Kräfte in der Hauptstadt hatte, sichern wollen. Das Bürgertum setzte hierbei das Werk fort, das der mit dem Feudalismus kämpfende Absolutismus begonnen hatte. Das Kaiserreich hat es vollendet und in der Präfekturwirtschaft ein System politischer Korruption und Verwaltungstechnischer Unbehilflichkeit begründet. Der Departementsverfassung sind schon früher aus dem revolutionären Volke heftige Gegner entstanden. Am weitesten ging Proudhon und die von seiner Lehre beeinflussten Föderalisten der Pariser Kommune, die einen Entwurf ausarbeiteten, worin Frankreich in einen ungeheuren Verband von Gemeinden aufgelöst war. Die moderne Verkehrs- und Wirtschaftsentwicklung hat aber den mit der naturrechtlichen Abstraktion des 18. Jahrhunderts

zurechtgeschneiderten Organismus zu einer Bruchstätte ärgster Hindernisse gemacht. Dekonomische Beziehungen sind entstanden, die über den zu eng gezogenen Rahmen des Departements hinausgreifen, Aufgaben, die ein geordnetes Zusammenwirken und gemeinsame Weisener fordern. Schon hat das Gesetz von 1871 über die Kompetenz der Generalräte ein gelegentliches Zusammenwirken benachbarter Departements vorgesehen, aber ein bürokratischer Kompetenzwettbewerb, die Fähtung eines politisch dienstbaren Klingelwezens, die künstliche Erzeugung von Gegensätzen, die finanzielle Einengung der departementalen Aktion tragen nicht den geringsten Teil der Schuld an der Langsamkeit des industriellen Fortschritts und an der Rückständigkeit der Verwaltungsdienste.

Die künftige Organisation der Verwaltung wird nicht, wie die Monarchisten triumphierend ausschreien, auf der Wiederherstellung der alten Provinzen beruhen, aber sie wird zweifellos starke regionale Interessen zur Geltung kommen lassen. Man wird zunächst kaum anders können, als je zwei oder drei, oder auch vier Departements, die geographisch zusammengehören oder zueinander die intensivsten wirtschaftlichen Beziehungen haben, zusammenzulegen. Ein Departement dagegen wie das des Nordens mit seiner großen Bevölkerungsziffer wird wohl ohne weiteres als eigene Region konstituiert werden. Das Herkömmliche bestehender Departements und die Zuteilung der Budgetstücke an verschiedene Regionen könnte in manchen Fällen wohl sachlich gerechtfertigt sein, indes es wäre ohne eine arge administrative Verwirrung in der Uebergangszeit nicht durchzuführen und wird wahrscheinlich vermieden werden. Der Frieden des bürgerlichen Geschäfts verträgt Störungen nicht, die vor 120 Jahren in dem allgemeinen Zusammenbruch nicht mehr besonders fühlbar wurden und auch lange nicht so fühlbar werden konnten, wie in unserem ungleich vorwärtigeren Wirtschaftsleben. Als Verwaltungskörperschaft der Regionen sind zunächst Delegationen der Generalräte in Aussicht genommen, die immer mehr zu eigentlichen Regionalräten verschmolzen werden sollen. Später soll dann die Reorganisation der Armee, der Gerichte, des Unterrichtswezens usw. in den neuen Rahmen eingefügt werden und schließlich das aller Funktionen entkleidete Institut des Departements selbst verschwinden.

Das Regierungsprogramm.

Paris, 30. Mai. Heute hielten die Minister unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Briand einen Kabinettsrat ab, in welchem das von der Regierung der neuen Kammer zu unterbreitende Programm definitiv festgesetzt wurde. Es steht danach fest, daß sich die Kammer noch vor dem Herbst mit der Erledigung von drei Fragen befassen wird: Nämlich der Reform des Wahlrechts, der Erledigung des Parincoprogramms und der Frage des Koalitionsrechtes der Staatsbeamten. Die Frage der Verwaltungsreform wird von der Wahlrechtsfrage getrennt und ihre Verhandlung ist bis zum Herbst verlagert. In bezug auf die Reform des Wahlrechts hat sich die Regierung entschlossen, die Listenwahlen vorzuschlagen, in Verbindung mit einer Berücksichtigung der Minderheit. Die einzelnen Departements mit geringerer Bevölkerung werden in einen einzigen Wahlkreis zusammengelegt werden. Die Abgeordneten sollen in Zukunft alle 6 Jahre gewählt werden, jedoch soll schon alle 2 Jahre ein Drittel derselben erneuert werden. Die Regierung will das Verbot von mehrfachen Kandidaturen aufheben und zulassen, daß sich ein und derselbe Kandidat in drei verschiedenen Departements aufstellen läßt.

In den Tod getrieben!

Beim Manen-Regiment Nr. 17 in Djah standen Soldatenmishandlungen in vollster Blüte. Anfang dieses Jahres ist man der gemeinen Soldatenquälerei auf die Spur gekommen und innerhalb kurzer Zeit kamen über 200 Fälle von Mishandlungen zutage! Es erfolgten deshalb vier Verurteilungen und man glaubte der Quälerei schon Einhalt getan zu haben, da ereignete sich bei demselben Regiment ein Soldatenselbstmord. Die sofort angestellten Erörterungen über die Ursache zum Selbstmord ergaben, daß der unglückliche Soldat und auch andere unter furchtbaren Mishandlungen zu leiden hatten. Als der Soldatenschänder wurde der Gefreite Jevichse in Haft genommen. Soweit die vernommenen Rekruten mit der Sprache herausrückten, wurden dem Gefreiten über 60 Einzelschläge von ungläublichen Mishandlungen und Schikanen nachgewiesen. Der Rekrut Herrmann, der Selbstmord beging, wurde bei zwanzig verschiedenen Gelegenheiten geschlagen. Am schlimmsten waren die Mishandlungen in den letzten 14 Tagen vor dem Selbstmord. Er wurde fast täglich mit Knosppeitsche, Rohrstoß und Langengurt in unmenslicher Weise geschlagen. „Ich hab's bald satt mit dieser Schinderei“, sagte Herrmann eines Tages. Die letzten Tage vor dem Selbstmord brachten abermals Mishandlungen. Er wurde geohrfeigt, verprügelt, gehohlen und vom Essen gejagt! Mishandlungen, die sich am Selbstmordtage früh ereigneten, machten das Fass zum Überlaufen voll. „S. wurde wieder in der ungläublichsten Weise geschlagen.“ Zu Mittag schlägt der Gefreite mich nicht mehr“, erklärte S. gleich danach zu einem Kameraden. Und eine Stunde später machte er

durch Erhängen diesem Martyrium ein Ende!! Aber nicht nur der unglückliche Herrmann, der noch vom Tage vor dem Selbstmord in einem Briefe an seine Eltern seinen Osterurlaub ankündigte, sondern auch eine ganze Anzahl anderer Rekruten hatten unter diesen rabiaten Gefreiten zu leiden. Ohrfeigen und Stockschläge regnete es fast täglich; bis spät in die Nacht mußten die Rekruten putzen und nachts 2 Uhr mit gepulvtem Sattelzeug an sein Bett treten!! So hat es diese Bestie in Menschengefialt lange Zeit getrieben, und wenn nicht der Selbstmord Herrmanns gekommen wäre, dann hätte er sein Treiben sicher noch lange fortgesetzt. Die Sache wird aber noch ein Nachspiel haben, denn der Rittmeister ist bereits unter Auflage gestellt. Bemerkenswert ist nun aber, daß die

Mishandlungen ungehäht

bleiben, denn als Vorgesetzter hat der Gefreite nicht gehandelt und die gemishandelten Rekruten lehten es aus Furcht vor den „alten Leuten“ ab, einen Strafantrag wegen Körperverletzung zu stellen!! Der Soldatenschänder konnte deshalb nur wegen Ungehorsams angeklagt werden. Das Kriegsgericht in Dresden verurteilte den Angeklagten am 30. März wegen Ungehorsams, wodurch der Selbstmord eines Soldaten herbeigeführt worden ist, zu nur —

vier Monaten Gefängnis!!

„Strafverschärfend“ hatte das Gericht berücksichtigt, daß durch die Mishandlungen ein Soldat zum Selbstmord getrieben worden ist, und daß sehr leicht weitere Selbstmorde hätten verübt werden können, „strafmildernd“ aber den Umstand, daß der Angeklagte als ein — „dienstfertiger“ Gefreiter geschilbert wird. So wohl der Angeklagte als der Gerichtsherr legten Berufung ein. Das Oberkriegsgericht erkannte aber ebenfalls auf vier Monate Gefängnis und rechnete einen Monat an. In einer Erklärung der Strafe sei es deshalb nicht gekommen, weil der Angeklagte nicht aus gemeinen Gründen gehandelt habe, sondern bestrebt gewesen sei, die Rekruten zum Dienst anzuhalten!!

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Auch in der Sitzung am Montag konnte die allgemeine Debatte über die Versicherungsbedehden nicht zu Ende geführt werden. Jedoch ist die Sachlage bereits soweit „geklärt“, daß sich die bürgerliche Mehrheit wohl morgen zu einem Kompromiß zusammenfinden wird — selbstverständlich auf Kosten der Arbeiter.

Die Debatte ergab zunächst eine Auseinandersetzung mit den Vertretern der einzelnen Bundesstaaten, die auf eine Anfrage eines Abgeordneten ihre „Vermutungen“ und „persönlichen Auffassungen“ darüber vortrugen, wie in ihrem Lande die Versicherungsämter am zweckmäßigsten errichtet werden könnten. Württemberg und Sachsen wollen im allgemeinen nach dem preussischen Muster verfahren und das Versicherungsamt möglichst eng an die kommunalen oder staatlichen Verwaltungsbedehden anschließen. Nur Bayern denkt an eine etwas selbständigere Stellung der Versicherungsämter. Sie alle aber erheben einmütig dagegen Protest, daß ihnen gemäß den Aufzeichnungen der meisten Redner in der vorigen Sitzung ihre Landes-Vericherungsämter genommen und die Kosten der Versicherungsämter zum größeren Teile aufgelegt werden sollen.

Im übrigen war das Ergebnis der Debatte gestern ein Antrag der Konservativen, die den Regierungen in der Form einen Schritt entgegenkommen, indem sie für die untere Verwaltungsbedehde, soweit sie die Geschäfte der Arbeiterversicherung besorgt, den Namen „Versicherungsamt“ übernehmen wollen. Dafür trat ein anderer konservativer Redner um so entschiedener gegen den sachlichen Kern des Regierungsvorschlages auf. Nach dem Entwurf soll das Versicherungsamt u. a. als 1. Berufungsinstanz in Unfallversicherungsbedehden tätig sein. Hier auf hat der Staatssekretär anfangs den größten Wert gelegt. Das wollen die Konservativen unter keinen Umständen zulassen. Nach ihrer Versicherung sei bei den Berufsvereinigungen schon jetzt alles in bester Ordnung. Kommtlich wollen sie die Mitwirkung der Arbeitervertreter möglichst einschränken.

Die Freisinnigen stellten sich durch ihren Redner auch gestern ganz auf den Standpunkt wie die Konservativen. Sie werden offenbar den Konservativen gerne helfen, auch hier wieder eine für die Arbeiter dringend notwendige Verbesserung zu verhindern.

Vom Zentrum sprach wieder ein Redner gegen und ein Redner für die Versicherungsämter. Abg. J. I. erklärte für die Hauptsache, daß die Kosten nicht zu groß sein dürfen. Die Kleinmeister seien jetzt schon zu sehr belastet, daß — hier gespart werden muß. Abg. Becker dagegen brachte die Beschwerden der Arbeiter gegen die Unfallversicherung vor und behaupte es, daß die Regierung nicht bei der Bestimmung des Lorenzturns geblieben sei, der den Versicherungsbedehden für die Festlegung der Unfallentscheidungen viel weitergehende Befugnisse zugewiesen hätte. Die Kostenfrage dürfe nicht entscheidend sein.

Der Pol e erklärte sich für die Vorschläge in dem Regierungsentwurf.

Die Sozialdemokraten hielten den Herren vor, welchen Eindruck es auf die Arbeiter machen müsse, wenn auch diesmal wieder die ihnen sowohl von den Parteien des Reichstages als auch von den Regierungen ausdrücklich versprochene Verbesserung in der Unfallversicherung verweigert wird. Genosse Koch wies darauf hin, daß keiner der gegenwärtigen Redner den Nachweis des Genossen Schmidt überlegen konnte, wie schwer die Arbeiter durch die jetzige

Rechtslosigkeit bei der ersten Feststellung der Unfallschuldigen geschädigt werden. Dieser Mangel ist jetzt auch in den Motiven der Regierungsvorlage ausdrücklich anerkannt worden. Und doch sollte jetzt die Mehrheit jedes Mittel verweigern, um diesen Mangel zu beseitigen. Am Sonnabend hatte der Geheimrat Reumann von der preussischen Regierung sehr entschieden versichert, daß — im Widerspruch zu einem Zwischenruf des Genossen Hoch — die Schiedsgerichte in Preußen und besonders im Regierungsbezirk Kassel aufs zweckmäßigste ihre Sitzungsstage geregelt haben. Heute wies Genosse Hoch dem Herrn nach, daß seine Angaben durchweg unzutreffend seien. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Horn (Reuß) in der vorigen Sitzung wies Genosse Hoch auf Grund eigener Erfahrung darauf hin, daß Arbeitervertreter in der ersten Instanz durchaus segensreich wirken. Die Konserbativen wollten mit dem Antrage nur eine neue Form schaffen, in der Sache aber die bisherige Rechtslosigkeit der Arbeiter bei der Feststellung der Rente bestehen lassen. Die Sozialdemokraten konnten sich mit einer Veränderung der Form allein nicht zufrieden geben, sie fordern das volle Recht der Arbeiter auch bei der Feststellung der Unfallschädigung.

Nächste Sitzung Dienstag.

Eine Mafseier auf hoher See.

Von einer einzigartigen Mafseier gibt uns ein Brief Kunde, der an den Vorstand des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins gerichtet ist. Der Brief ist an Bord des nach Australien gehenden Auswandererschiffes „Osterlen“ geschrieben und auf der Zwischenstation Colombo (Ceylon) aufgegeben. Das interessante und stimmungsvolle Schreiben lautet folgendermaßen:

„Werde Parteigenosse! Die herzlichsten Grüße zur Mafseier senden Euch die deutschen und englischen Genossen, welche sich von Berlin resp. London auf der Reise nach Australien befinden. Eine von deutschen Parteigenossen am 1. Mai im Roten Meer auf Deck des obengenannten englischen Schiffes einberufene Versammlung war von ungefähr 200 Personen besucht, darunter etwa 80 Engländer. Die Tagesordnung lautete: „Die Bedeutung des 1. Mai“. Referent war der Genosse Albert Bedmann, früher im 4. Berliner Reichstagswahlkreis wohnhaft und organisiert. Punkt 9 Uhr wurde die Versammlung eröffnet. Das Bureau bildeten die Genossen Max Schäfer als Vorsitzender und Georg Lefsch als Schriftführer. Der Referent legte die Bedeutung des internationalen Mafseiertags dar. Besonders hob er hervor, daß eine gleichartige Versammlung auf einem deutschen Schiffe eine Unmöglichkeit wäre. Der Redner erinnerte an den Kampf, den die Brüder in der Heimat gegen die preussische Dreiklassenwahl und die kapitalistische Klassenherrschaft so unermüdlich führen. Er beleuchtete dann das Los der Auswanderer, die zum letzten Mittel gezwungen sind, um der Heimat zu entfliehen, weil tieftraurige Verhältnisse sie dazu zwingen. Von stürmischem Beifall unterbrochen schloß der Redner mit einem Appell an die Versammelten, im fernen Lande treu und fest zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie zu stehen und die Ideen des Sozialismus auch in die entferntesten Winkel zu tragen. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie. Draußen aus mehr denn 300 Köpfen von Frauen, Männern und Kindern erkundete es hinüber zur 1. und 2. Klasse, wo die Reichen noch beim Frühstück saßen. Dann stimmten die Angehörigen der beiden Nationen die Arbeiter-Mafseier an, von der der erste und dritte Versung wurde. Die Versammelten gingen darauf auseinander. Am Abend wurde eine kleine Feier mit Vorträgen und Klavierbegleitung im Musikraum des Schiffes abgehalten.

Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die heute am 1. Mai im Roten Meer an Bord der „Osterlen“ tagende öffentliche Volksversammlung, einberufen von den deutschen Auswanderern, begrüßt die deutschen Parteigenossen zur Mafseier. Die Anwesenden geloben, auch im fernen Lande treu und fest zur Fahne der Partei zu stehen und, wo es auch sei, die Interessen der Partei zu vertreten und deren Ideen zu verbreiten, bis der Sieg errungen ist.“

Soweit dieser Brief, der von mehreren deutschen und englischen Genossen unterzeichnet ist. Uns aber ist diese Versammlung von symbolischer Bedeutung. Wo immer heute Arbeiter zusammenkommen, da einigt und erhebt sie der Gedanke an den Sozialismus. Es ist ihr Schmerz, daß sie mit der Heimat zugleich auch die mächtige Kampfgemeinschaft verlassen müssen, deren Sieg erst den Arbeiter das Vaterland geben wird, das sie heute aus seinen Grenzen gestoßen hat; es ist aber auch ihr Trost, daß wohin immer sie kommen, sie auch neue Kampfgemeinschaften für die Sache der Arbeiter finden werden. Und so möge denn der Wunsch unserer Genossen in Erfüllung gehen und sie auch im fernen Weltteil reiche und lohnende Arbeit finden für die heilige Sache der sozialistischen Internationale.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Mai 1910.

Parlamentarisches Potpourri.

Das Abgeordnetenhaus hatte am Montag eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst beschäftigte es sich mit Wahlprüfungen und erklärte u. a. die Wahl des in Moabit gewählten Reichsmaschinenkandidaten Runge für gültig. Vergeblich forderten unsere Genossen, für die Dirsch sprach, die Prüfung der in dem sozialdemokratischen Protest behaupteten Tatsachen; vergeblich appellierte unser Redner an das Bewusstseinsgefühl des Hauses. Die Wahl wurde gegen die Stimmen unserer Genossen für gültig erklärt und der sozialdemokratische Antrag auf Beweiserhebung abgelehnt.

Geradezu skandalös war das Schalten des schwarz-blauen Blocks, der sich auch hier wieder zusammenfand, bei der Prüfung der Wahl des in Emden-Norden gewählten Nationalliberalen Fürbringer. Die Kommission hatte die Ungültigkeit der Wahl beantragt, da einige Wahlmännerstimmen abgerechnet werden mußten und Fürbringer dann nicht mehr die Mehrheit gehabt hätte. Die Nationalliberalen wiesen nun nach, daß auf der zum Wahlkreis gehörenden Insel Vorkum eine unheimliche Wahlbeeinflussung zugunsten des konservativen Gegenkandidaten geübt war. Von Rechts wegen hätten die auf Vorkum gewählten Wahlmänner für ungültig erklärt werden müssen und dann hätte Herr Fürbringer die Mehrheit gehabt. Da aber Wahlprüfungen nicht nach Recht und Gerechtigkeit, sondern nach parteipolitischen Erwägungen beurteilt werden, erklärte die Mehrheit die Wahlen in Vorkum für gültig und fassierte das Mandat des rechtmäßig gewählten Herrn Fürbringer.

Weiter beriet das Haus in dieser Lesung den Gesetzentwurf betreffend die ländlichen Fortbildungsschulen für Schiefer. Die Herren vom Zentrum suchten wieder, wie bereits bei der zweiten Lesung, den Religionsunterricht in den Lehrplan einzuschmuggeln; der einzige Erfolg war der, daß sie sich eine neue Niederlage holten, die ihnen Genosse Hoffmann bereitete. In ihrer ohnmächtigen Wut ergingen sie sich in persönlichen Anzettelungen unserer Genossen, die nun erst recht ausholten und die Partei der Heuchelei vollends auf den Sand gesetzt.

Von den zahlreichen Initiativanträgen, mit denen das Haus sich schließlich noch beschäftigte, wurde der nationalliberale Antrag betreffend die Regelung der Schulpflicht an die Unterrichtscommission verwiesen. Da der Schluß der Session bevorsteht, ist das gleichbedeutend mit einem Begräbnis, die Regelung dieser wichtigen Materie wird also vorab noch nicht erfolgen.

Deutsche Bank kontra preussische Finanzpolitik.

Das Herrenhaus verhandelte am Montag über den Etat des Finanzministeriums und der Tag war für Herrn v. Rheinbaben kein angenehmer Tag. Er mußte mit seiner Finanzpolitik förmlich Spieghel laufen. Das Grotteste an der Sache ist, daß Herr v. Rheinbaben diesen Unglückstag selbst veranlaßt hat. Am Freitag voriger Woche hatte der Direktor der Deutschen Bank, Herr v. Gwinner, die Generaldebatte des Etats zu einer, ob zutreffend oder nicht, mag dahingestellt bleiben, aber jedenfalls zu einer sachlichen Kritik an der Rheinbaben'schen Finanzpolitik benutzt. Darauf hatte sich Herr v. Rheinbaben sofort erhoben, um den unangenehmen Kritiker in überhebendem Tone herunterzumachen und ihm Unkenntnis und andere schöne Sachen an den Kopf zu werfen. Man kann es Herrn v. Gwinner nicht verdenken, wenn er so etwas nicht auf sich sitzen läßt. Und er ergriff denn auch die erste Gelegenheit, die sich ihm beim Etat des Finanzministeriums bot, um Herrn v. Rheinbaben eine Antwort zu geben, die dieser sich sicher nicht hinter den Spiegel finden wird. Herr v. Gwinner, dem zweifellos auf dem Gebiet des Finanzwesens die Sachkenntnis nicht abgeprochen werden kann und der übrigens beim letzten Ministertreue im Reich für den Posten eines Schatzsekretärs auszuwählen war, ließ dem Vorwichtigen auf der Ministerbank nichts geschenkt. Der Kernpunkt seiner Ausführungen, die ihre Spitze wiederholt auch gegen die Person des Herrn v. Rheinbaben richteten, war der, daß unserer Finanzverwaltung jede finanzwissenschaftliche Einsicht fehlt. Unsere Finanzverwaltung mag genügt haben für die Zeit vor dreißig Jahren, wo es nur Steuern und Zölle zu erheben galt, aber nicht für heute, wo Preußen mit seinen Eisenbahnen Besitz vom gewaltigsten Betriebe der Welt ergriffen hat. Die technische Verwaltung dieses gewaltigen Unternehmens priest Herr v. Gwinner zwar in den höchsten Tönen, und nicht nur wir Sozialdemokraten werden dahinter ein großes Fragezeichen machen. Aber die finanzielle Verwaltung ist nach der Ansicht des Herrn v. Gwinner unter aller Kritik. Zum Beweise dafür bezog er sich auf die Politik der privaten Eisenbahngesellschaften anderer Staaten, und vor allem auf die absolut unsfähige Art, die sich bei uns auch bei den wichtigsten Maßnahmen der Finanzverwaltung zeige. Sie habe es fertig gebracht, das Mißgeschick der so herunterzukirtschaften, daß Preußens Finanzen trotz der hohen Einnahmen auf den Eisenbahnen heute beinahe so schlecht seien, wie die Finanzen des Reiches. Die ganze Laune seines Spottes geht Herr v. Gwinner über den höchst betrüblichen Zustand der Rheinbaben'schen Finanzen, als er dessen gänzlich verkehrte Beurteilung der jeweiligen Lage der Konjunktur schilbert. Besserung aus den gegenwärtig „verstrubbelten“ Staatsverhältnissen erhofft Herr v. Gwinner von der Aufnahme besonderer Eisenbahnanleihen an Stelle einer allgemeinen Defizitalleihe. Herr v. Rheinbaben machte sich die Erwiderung leichter, als es selbst einem preussischen Minister erlaubt sein dürfte. Er nahm nach bekannten Vorbildern Anstoß an der Form, die der parlamentarisch noch ungeschulte Herr v. Gwinner gewählt hatte. Als er dann mit einem zwar ganz inhaltlosen, dafür aber mit um so größerem Pathos vortragenden Satz sagte, er müsse nicht nur für seine Person, sondern auch für seine treuen Mitarbeiter die Angriffe des Vorredners zurückweisen, da täuschte ihn seine Erwartung nicht, und die Lords überschütteten ihn förmlich mit Beifall. Gölle erstand ihm in dem Magdeburger Oberbürgermeister Lenge, der die Zulässigkeit jedes Vergleichs eines Staatsbetriebes mit einem Privatbetriebe ablehnte, und vor allem in Herrn v. Buch, einem Stockkonservativen, der gleichfalls unter lebhaftem Beifall im schnarrenden Kriegerverein mit dem Minister aufdörkte, an den bewährten alten preussischen Grundsätzen festzuhalten. Herr v. Gwinner griff wiederholt in die Debatte ein und wehrte sich kräftig. Der Etat des Finanzministeriums wurde schließlich bewilligt. — Am Dienstag kommt der Vauceta an die Reihe.

Zwei erledigte Reichstagsmandate.

Am Montag sind zwei Reichstagsabgeordnete aus dem Leben geschieden, in Frankfurt a. O. der Nationalliberale Detto, in Dresden der Antisemit Zimmermann.

Der erstere vertrat den Wahlkreis Frankfurt a. O. - Debus, Zimmermann den Wahlkreis Schöppan-Marienberg (20. sächsischer). Beide Wahlkreise waren schon im Besitz der Sozialdemokratie. Frankfurt a. O. - Debus wurde 1903 in der Stichwahl mit 14 685 gegen 14 204 konserbative Stimmen erobert, nachdem in der Hauptwahl 12 817 sozialdemokratische, 8268 konserbative und 7025 nationalliberale Stimmabgaben worden waren. In der Nachwahl am 13. Mai 1904, die durch die skandalöse Ungültigkeitserklärung des Mandats nötig wurde, ging der Kreis in dessen wieder verloren. In der Hauptwahl fielen 11 407 sozialdemokratische, 11 747 nationalliberale und 2872 Stimmen des Bundes der Landwirte, der Nationalliberale siegte dann in der Stichwahl mit 14 385 gegen 11 882 sozialdemokratische Stimmen. 1907 war das Stimmenverhältnis: Sozialdemokraten 12 388, Nationalliberale 10 070, Antisemiten 7722, Zentrum 228 Stimmen — in der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 17 805 gegen 12 196 sozialdemokratische Stimmen.

Schöppan-Marienberg war von 1898—1904 im Besitz der Sozialdemokratie. 1903 hatte Genosse Rosenow im ersten Wahlgang mit 13 616 Stimmen über den freikonserbativen Gegner gesiegt, der nur 9876 Stimmen erhielt.

Bei der Ersatzwahl am 18. März 1904, die durch den frühen Tod Rosenows nötig wurde, fielen auf die Sozialdemokratie 10 277, auf die Antisemiten 5998, auf die Konserbativen 4325 Stimmen, bei der Stichwahl siegte der Antisemit mit 11 957 Stimmen über den Sozialdemokraten, der 10 982 Stimmen erhielt.

1907 siegte im ersten Wahlgang der Antisemit mit 14 732 Stimmen über 11 281 sozialdemokratische.

In beiden Wahlkreisen hat also die Sozialdemokratie Schichten auszuweihen und sie darf mit gutem Mut an diese Aufgabe herangehen. In Frankfurt a. O. kandidiert Genosse Haber, in Schöppan-Marienberg Genosse Paul Göhre.

In Zimmermann ist der Führer des Flügels der Antisemiten gestorben, der sich Reformpartei nennt. In Wirklichkeit ist von einer Partei längst keine Rede mehr. Zwar sind 1907 noch ein paar Reformpartei in Sachsen gewählt worden — aber sie haben nicht als Vertreter ihrer Partei die Mandate erhalten, sondern als Troßkubben der Reaktion; aus eigener Kraft vermöchten die Antisemiten in Sachsen nirgends mehr durchzubringen. Einstmals freilich vermögen sie sich, alle anderen Parteien, vor allen Dingen die Sozialdemokratie zu verschlingen. Das war in den Jugendjahren des Antisemitismus, als Zimmermann noch ein Held war. 1893 schwoll die Flut des Antisemitismus in Sachsen an und Zimmermann zog als Ervähler von Dresden-Mitstadt in den Reichstag ein, den er von 1890—1893 als Vertreter des Wahlkreises Alsfeld (Sachsen) angehört hatte. Damals wurden sechs Antisemiten in Sachsen ge-

wählt und es schien, als sollten die Konserbativen vor ihnen die Segel streichen. Aber 1898 war es schon mit der Herrlichkeit vorbei, die Konserbativen drängten die Antisemiten wieder zurück, Zimmermann fiel durch, die drei Dresdener Mandate wurden von der Sozialdemokratie erobert. Und das Tagesblatt, das Zimmermann in Dresden gegründet hatte, die „Deutsche Wacht“, ging den Krebsgang, schwebte jahrelang zwischen Leben und Sterben, bis es endlich an chronischer Abonnentenschwindigkeit starb. Heute fristet der Antisemitismus nur noch ein kümmerliches Dasein als Hilfstruppe der Konserbativen — die Reichstagswahlen 1911 werden ihnen den Rest geben. Daß die Ersatzwahl in Schöppan-Marienberg ihr Teil dazu beitrage, dafür wird die eifrige Arbeit unserer Genossen sorgen.

Der Kriegszustand in Dortmund.

In der vorigen Woche ist es an mehreren Abenden zu mehr oder minder erheblichen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die beinahe zu Straßenkämpfen ausarteten. Die Zigarrenfirma Hannemann in Dortmund kürzte ihren Arbeitern den Lohn, und als die Arbeiter sich den Abzug nicht gefallen ließen, schritt sie zur Aussperrung. Das Publikum ergriß die Partei der Ausgesperrten, und verhängte über die Firma den Boykott. Während der ersten Tage blieben die ausgestellten Posten unbefestigt, dann aber suchte die Polizei die Posten zu vertreiben. Das verursachte Ansammlungen. Das Geschäft liegt am Steinplatz, der schon durch frühere Polizeischlächten historische Bedeutung erlangt hat.

Am Donnerstagabend kam es zum erstenmal zu bemerkenswerten Aufritten. Große Massen hatten sich angesammelt, die von der Polizei zerstreut wurden, wobei sie sich der Polizeihunde bediente. Es entstanden Plänkereien, die sich mehrere Stunden hinzogen und durch viele Straßen fortspazierten. Auf dem Wall flüchtete die Menge ins Olympiathater, die Hunde hinterdrein, und das gerade zur Zeit der Vorstellung. Das Publikum glaubte, eine Schartoller Hunde sei ins Theater eingedrungen, und jeder suchte sich zu retten so gut er konnte.

Am Freitagabend war der Tumult noch größer, weil berittene Schutzeleute eingriffen. Das rief auch den Janhagel auf den Plan, der die Polizisten mit Steinen, Konserbentbüchsen, faulen Äpfeln usw. bewarf. Wohl an 4000 Personen hatten sich auf dem Steinplatz angesammelt. Der Kampf wogte wohl drei bis vier Stunden hin und her. Der Firma Hannemann wurden vier große Schaufensterscheiben zertrümmert. Mehrere Verletzte mit schweren Wunden wurden festgehalten. Abends um 9 Uhr wurde die Schließung der Wirtschaften angeordnet, doch zog sich der Tumult bis um 12 Uhr hin.

Sonnabend wieder dasselbe Spiel, nur in verschärfter Weise. Schon am frühen Morgen zeigte der Steinplatz wieder Ansammlungen. Abends kam es zu scharfen Zusammenstößen. Die Polizei hatte 30 Mann zu Fuß, sieben Reittiere und die Hundemeute aufgeboten. Besonders die Verwendung der Hunde ist außerordentlich gefährlich. Einem unbeteiligten jungen Mann wurde von einer solchen Bestie ein dreißig Zentimeter langes Stück Fleisch aus dem Oberschenkel gerissen. Der Unglückliche mußte von Passanten zum Arzt getragen werden. Trotzdem war es der Polizei nicht möglich, die Massen zu zerstreuen. Geschossen wurde gleichfalls, man weiß aber nicht von welcher Seite. Erst nach 12 Uhr trat wieder Ruhe ein. Es heißt, daß viele Verhaftungen erfolgt seien.

Die Sozialdemokratie steht diesen Vorkommnissen fern und sie verurteilt auch die Taten des Janhagels. Sie ist aber auch der Ansicht, daß die Zusammenstöße wie überhaupt die Ansammlungen vermieden worden wären, wenn sich die Polizei nicht eingemischt und die Posten in Ruhe gelassen hätte. Ramentlich ist es aber die Verwendung der Reittiere und der Hunde wieder gewesen, die den Janhagel auf den Plan gelockt hat!

Nationalliberale Kandidatur in Cannstadt-Ludwigsburg.

Für den früheren Abgeordneten Hieber, dessen Mandat durch seine Verförderung erloschen ist, haben die Nationalliberalen den Rechtsanwalt Friedrich List aus Neukirchen als Kandidaten aufgestellt. Die fortschrittliche Volkspartei ist noch unentschieden, ob sie für List eintreten oder einen eigenen Kandidaten aufstellen soll.

Bei der letzten Wahl war das Stimmverhältnis folgendes: Hieber erhielt 18 767 Stimmen, Genosse Keil 15 488. Die Entscheidung wird, falls es zur Stichwahl kommen sollte, bei den Bauernbündlern liegen, die einen eigenen Kandidaten aufstellen werden.

Arbeit entehrt!

In einem Dörfchen des Cistales wohnt ein bayerischer Graf von d. Lauffkirch zu Suttendorf, Kiebing, Ragenberg und Engelburg, der seine aus Frau und sieben Sproßlingen bestehende Familie aus dem Ertrage einer kleinen Gast- und Schankwirtschaft „zum Dörsen“ ernährt. Weil nun aber nach dem bayerischen Adelsgesetz die Ausübung eines Gewerbes bei offenem Laden oder Kram, wozu auch die Ausübung des Gastwirtsgeverbes gehört, die Suspension vom Adel zur Folge hat, so wie die „Frankfurter Zig.“ meldet, dem Dörsenwirt kürzlich die Führung des Grafentitels untersagt worden, das heißt, die Titelführung „ruht“ so lange das Geschäft betrieben wird. Also wird der ehrliche Mann behandelt, wie im Mittelalter die „unehrlichen“ Leute behandelt wurden!

Das Jugendschicksal, daß unsere Adligen ehrliche Arbeit als entehrend betrachten, ist wunderhübsch! Die standesgemäße Beschäftigung südwie norddeutscher Junker ist es ja entschieden auch, als moderne Strauchritter durch Brot- und Fleischwucher, Branntwein-Liebesgaben u. dergl. die Masse des arbeitenden Volkes auszulündern!

Militärische Erziehungssucht.

In einer Kantine auf dem Truppenübungsplatz Alten-Grafow entstand am 30. April d. J. zwischen Infanteristen und Artilleristen Streit, der in eine Schlägerei überging. Hierbei erhielt der Artillerist Leonhardt vom 19. Feldartillerie-Regiment in Erfurt einen schweren Doh mit dem Bierseidel über den Kopf, an dessen Folgen er starb. Als Täter wurde der Infanterist Müller vom 36. Infanterie-Regiment in Halle ermittelt. Vom Kriegsgericht der 8. Division in Halle wurde M., der von seinem Hauptmann als ganz vorzüglicher Soldat gerühmt wurde, zu 6 Jahre Gefängnis verurteilt.

Es ist bekannt, daß auf Übungsplätzen zwischen den verschiedenen Truppengattungen stets Zwistigkeiten bestehen, aus denen sich oft blutige Schlägereien entwickeln.

Opfer des Mansfelder Streiks.

Leipzig, 30. Mai. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision der Vergleute Schaefer und Geppert, die von der Strafkammer Giesleben wegen versuchter Mordtötung und Berufsverfehlung während des Mansfelder Bergarbeiterstreiks zu Gefängnis verurteilt worden waren. Ebenso wurde die Revision der Vergleute Goesler und Sicking, die vom Schwurgericht Halle aus dem gleichen Anlaß verurteilt worden waren sowie

die Revision des von der Strafkammer Sisleben wegen Widerstands und Beleidigung, begangen gegen Soldaten, verurteilten Bergarbeiters Bauerhin verworfen.

Frankreich.

An der Mauer der Föderierten.

Paris, 29. Mai. (Fig. Ver.) Die Kundgebung zu Ehren der gemordeten Kommunisten hatte in diesem Jahr einen besondern Umfang. Das Verdienst daran ist der Polizei zuzuschreiben, die am letzten Sonntag friedliche Demonstrationen, die der Enthüllung der Denksäule für die Kommunisten des linken Seine-Ufers auf dem Friedhof von Montparnasse beigewohnt hatten, überfallen, indes selbst reichlich Prügel davongetragen hat.

Die sozialistische Partei beschloß, den heutigen Tag für das Recht der öffentlichen Kundgebung zu demonstrieren. Ihr Appell fand über Erwarten Gehör. Auf gut 30 000 Menschen kann man die Masse abschätzen, die heute nachmittags aufmarschierte. Die Partei hatte die Organisation der Manifestation mit Sorgfalt betrieben, um Polizeiprovokateuren oder leichtfertigen Mordbrüdern nicht die Möglichkeit zu lassen, Konfusen herbeizuführen. Die Regierung dagegen hatte es nicht über sich vermocht, Kleinliche Schikanen zu unterlassen. So sollte das Entrollen der Fahnen nur innerhalb der Friedhofsmauern gestattet und das Reden an der Mauer verboten sein. Gen. Vaillant, der eine Ansprache begann, wurde vom Polizeipräsidenten am Weiterreden gehindert. Der Selbstschutz der Massen und dem wirkungsvollen Eingreifen der sozialistischen Ordner, nicht dem ungeheuerlichen Militäraufgebot war es zu danken, daß die Kundgebung nicht ihre Würde verlor.

Verbot des Trunksystems in Frankreich.

Durch Gesetz vom 25. März ist in Frankreich künftig jedem Arbeitgeber verboten: 1. mit seinem Etablissement einen Laden zu verbinden, aus dem er direkt oder indirekt an seine Angestellten oder deren Familien Lebensmittel oder sonstige Waren verkauft; 2. seine Angestellten zu verpflichten, ihren Lohn oder einen Teil desselben in bestimmten, von ihm bezeichneten Geschäften auszugeben. Alle Geschäfte der oben bezeichneten Art müssen innerhalb zweier Jahre aufgehoben sein. Läden, die von unter staatlicher Aufsicht stehenden Eisenbahnen gehalten werden, sollen nicht unter das Gesetz fallen, vorausgesetzt, daß das Personal nicht verpflichtet ist, dort zu kaufen, daß ferner die unternehmende Gesellschaft keinen Profit aus ihnen zieht, und daß endlich ein Ausschuß, dessen Mitglieder zu mindestens einem Drittel vor dem Personal gewählt sind, die Geschäftsführung überwacht. Derselben Bedingungen gelten für Verkaufsläden solcher industrieller Gesellschaften, deren Anteile zum größten Teil den gegenwärtigen oder früheren Angestellten gehören, oder deren Mitglieder gleichfalls zum größten Teil aus solchen Personen bestehen. Übertretungen des Gesetzes sind mit 40 bis 1000 Fr., im Wiederholungsfall mit 4000 Fr. strafbar.

England.

Deutscher Schutz Zoll in englischer Beleuchtung.

Man schreibt uns aus London: Genosse Ramsay MacDonald fährt in der „Daily News“ mit der Schilderung der Eindrücke fort, die er auf seiner Reise mit der englischen Arbeiterdeputation in Deutschland gesammelt hat. Die englischen Tarifreformer pflegen zu behaupten, daß die Einführung des Schutzzolls England die Möglichkeit bieten würde, von anderen Ländern Handelsvorteile zu erzwingen, die ihm unter dem System des Freihandels, bei dem kein Land besondere Konzessionen zu hoffen oder Gegenmaßnahmen zu befürchten hat, verloren gehen. Ein Gespräch, das MacDonald mit dem Sekretär der Metallarbeiterorganisation im Volkshaus zu Solingen geführt hat, beleuchtete diese Frage. Solingen, schreibt MacDonald, ist das deutsche Sheffield, aber ein Sheffield, umringt von blühenden Obstgärten, das trotz der rauchenden Fabrikschornsteine von reiner Luft umgeben ist, und dessen Straßen und Häuser mit Ausnahme der Altstadt sauber sind. MacDonald erzählt wie machtlos Solingen der Forderung der Vereinigten Staaten auf Stahlwaren gegenüberstand, ungeachtet des deutschen Schutz Zollsystems. Die Solinger Fabrikanten halten sich damit, daß sie die Löhne der Arbeiter um den Betrag des erhöhten amerikanischen Holzes verkürzten. So bedeutet der Schutz Zoll für die Solinger Arbeiter nicht bloß die Verteuerung ihrer Lebensmittel, sondern gleichzeitig auch ein Sinken ihrer Löhne.

Dieselbe Erfahrung wiederholte sich in der Schuh- und Lederindustrie von Arnstadt, wo die Forderung der Handwerksmeister auf Erhöhung ihrer elenden Löhne von den Unternehmern mit dem Hinweis auf die Erhöhung des amerikanischen Holzes abgelehnt wurde. So hat der deutsche Arbeiter für die Zollpolitik sowohl des eigenen Landes wie seiner Konkurrenten die Bege zu bezahlen. Den Nutzen davon haben nur eine Handvoll Agrarier und Rohproduzenten. Es sei deshalb kein Wunder, daß die große Masse der deutschen Arbeiter den Schutz Zoll bekämpfen und verwundert darüber sind, daß es in England Arbeiter gibt, die von der Einführung des Schutzzolls ihr Heil erwarten. MacDonald schließt diesen Artikel mit der Wiedergabe eines Auftrages, den ihm Genosse Mollenbaur in Berlin zum Abschied mitgab: Sagen Sie den Arbeitern Englands, rief ihm Mollenbaur zu, daß, wenn sie den Schutz Zoll einmal eingeführt haben, dann wird es für uns hoffnungslos sein, gegen den unseren zu kämpfen, und sie werden einen Mühlstein zugleich um ihren eigenen Hals und um den unseren gehängt haben!

In einem folgenden Artikel erörtert MacDonald die Frage, wie es komme, daß das Schutz Zollsystem in Deutschland bestehen kann, trotzdem das Volk offensichtlich dagegen ist. MacDonald antwortet darauf: Weil das deutsche Volk nicht herrscht, sondern beherrscht wird. Der deutsche Reichstag, führt MacDonald aus, ist in Wirklichkeit gar kein Parlament. Er bestimmt nicht die Politik des Reiches, es hängt nicht von ihm ab, wer Minister oder Reichskanzler sein soll. Dies alles tut der Kaiser, und die Funktion des Reichstages besteht darin, die Regierungspolitik zu kritisieren. MacDonald schildert dann die reaktionäre Wahlkreisverteilung im Reich und in den Bundesstaaten, sowie das Dreiklassenwahlrecht in Preußen und zeigt wie die ostelbischen Junker Preußen und durch Preußen das Reich beherrschen. Und weil der Schutz Zoll diesen Junkern vorteilhaft ist, wird er in Deutschland beibehalten.

Der offizielle Bericht der Arbeiterdeputation wird erst in einigen Wochen erscheinen.

Die Arbeiter gegen den Sozialismus.

London, 30. Mai. Eine tiefe Bewegung macht sich schon seit einiger Zeit in den englischen Arbeiterkreisen gegen den russischen Despotismus in Finnland bemerkbar. Gestern wurden in London und in verschiedenen großen Städten des Königreichs große Meetings abgehalten, in denen gegen den russischen Despotismus

in Finnland protestiert wurde. Am Trafalgar Square, wo sich mehrere Tausend Personen versammelt hatten, wurden von den Arbeiterdeputierten, unter denen sich auch Genosse Tarne befand, heftige Reden gehalten. Es gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, die die Tyrannei der russischen Regierung verdammt, welche in Finnland die Konstitution aufgehoben und damit die Garantien geschändet habe, die vor einem Jahrhundert Zar Alexander I. den Finnländern gegeben hatte. Die Tagesordnung verlangt eine sofortige Intervention der englischen Regierung beim Zaren Nicolaus II. in dieser Angelegenheit.

Rußland.

Polenfeindliche Beschlüsse.

Petersburg, 30. Mai. Die Reichsduma hat mit 183 gegen 165 Stimmen den Artikel 3 der Gesetzesvorlage auf Einführung von Semstwo für die sechs westlichen Gouvernements angenommen, wodurch das Ueberwiegen der Deputierten russischer Herkunft in den Semstos gesichert ist. Während der Debatte kam es zu einem Zwischenfall. Der Deputierte Burischewitsch gebrauchte gegen die Fürsprecher der Polen beleidigende Ausdrücke und rief, trotz eines Ordnungsrufes, zu dem Führer der Rechten, Miljutow, gewendet, er werde ein Wasserglas gegen ihn schleudern. Er ließ die Tat den Worten folgen; das Glas fiel vor den vorderen Bänken nieder und zerbrach. Es entstand ein großer Lärm und die Mitglieder der Opposition sprangen erregt von den Plätzen auf. Der Präsident mahnte zur Ruhe und schlug vor, Burischewitsch für 15 Tage auszuschießen. Dieser behauptete, er sei durch Miljutow herausgefordert worden, der sich in der Duma nicht zu betragen verstehe. (Gelächter links.) Er behaupte, daß das Glas sein Ziel verfehlt habe. In Anbetracht der bevorstehenden Debatten über Finnland hat dann Burischewitsch um Entschuldigung und ersuchte die Strafe auf die Hälfte herabzusetzen. Seine Ausschließung für sieben Sitzungen wurde einstimmig angenommen.

China.

Die konstitutionelle Bewegung.

London, 30. Mai. Die „Times“ bringen heute morgen eine Meldung ihres Korrespondenten in Schanghai, die einen Teil des Logies des Dekrets des Kaisers von China enthält, durch das zum ersten Male eine sogenannte Senatsversammlung für den 3. November d. J. einberufen wird. Das betreffende Dekret enthält folgende Sätze: Die Mitglieder des Senats müssen die Bedeutung dieser Vereinigung einer nationalen Versammlung verstehen lernen, die in China keinen Vorgänger hat und die das Vorzeichen der Einberufung eines Parlaments sein wird. Die Mitglieder dieses Senats sind sehr herzlich gebeten, sich mit all ihrem Patriotismus dem neuen Werke zu widmen, gute Hoffnung zu bewahren und die Pflichten zu erfüllen, die ihnen die nationale Vertretung auferlegt, auf diese Weise für die Durchführung der nach unserem Wunsche einzuführenden konstitutionellen Reformen zu arbeiten, und dem Werk, welches wir jetzt unternehmen, zum Erfolge zu verhelfen.

Amerika.

Die Kämpfe in Nicaragua.

New York, 29. Mai. Das Reutersche Bureau meldet aus Bluefields: Die Regierungstruppen unter General Lara haben einen äußerst heftigen Angriff auf die Stellungen Estrada's unternommen, sind jedoch mit einem Verlust von 250 Toten und Verwundeten zurückgeschlagen worden. Morgen wird eine Abteilung von Seefoldaten der Vereinigten Staaten eintreffen, um ein Gefecht innerhalb der Stadt zu verhindern.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur.

Die Genossen des 10. badischen Reichstagswahlkreises hatten am 29. Mai ihre Konferenz. Nach einem Referat des Abg. Wed über die Bedeutung der nächsten Reichstagswahl wurde der Vorschlag einstimmig angenommen, den bisherigen Abg. Wed wieder als Kandidaten aufzustellen. Die Konferenz war von 37 Delegierten aus 18 Orten, darunter 18 Delegierte aus Karlsruhe, besetzt.

Gegen das ministerielle Votum der italienischen Fraktion.

Rom, 29. Mai. In der „Giustizia“ von Reggio Emilia greift der Reformist Biondi das ministerielle Votum der Parteifraktion an. Ueber die wunderbare Einstimmigkeit der italienischen Kammer schreibt er höhnisch: „Keine Interessenkämpfe mehr, keine Parteien. Alle Menschen guten Willens sind in gewissen Fragen eines Sinnes. Die Wahrheit ist niemandes Monopol, die Liebe zum Volke ist nicht das Vorrecht einer besonderen Partei. Wir wollen einander lieben und umarmen und jeden Streit beenden.“ Dann bezeichnet der Artikel Luzzatti als das Symbol der sentimentalen Konfusion, unter der die Erziehung des Volkes und sein materielles Wohlfühlen leidet. Durch ihr Votum hätte die Fraktion den alten Jovist über Ministerialismus und Antiministerialismus von neuem entzündet, hätte von neuem die ganze Aufmerksamkeit der Partei auf die Kammer gelenkt und der Kammeraktion wieder jenes Primat verliehen, das die schlimmste Pest für die Partei und für das Proletariat darstelle. Das Konzentrieren der Aufmerksamkeit auf das Parlament bedeute Erschlaffung der übrigen Aktion.

Auf diese Kritik, die von einem ganz neuen Standpunkt ausgeht und nicht umsonst aus dem Zentrum des reformistischen Kurgenossenschaftertums kommt, antwortet der „Avanti“ in einem Leitartikel. Hier heißt es, daß die Fraktion keineswegs ein allgemeines Liebesfest durch ihr Votum feiern, sondern den Einfluß der sozialistischen Mehrheit paralisieren wolle. Die Erfahrung der jüngsten Kammerarbeiten gäbe dieser Erwägung recht. Ginge das Ministerium nach rechts, so würden die beiden kapitalen Minister mit Ecclat austreten. Ginge es nach links, so würden die Sozialisten im Sinne der Reformpolitik wirken können. Was die Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf das Parlament betrifft, so meint der „Avanti“, daß hieran, wie überhaupt an der Ueberhöhung der parlamentarischen Aktion, der Mangel einer klaren sozialistischen Auffassung Schuld sei.

In dieser Antwort des „Avanti“ befremdet gerade diese letzte Bemerkung. Gerade der „Avanti“ ordnet ja immer die praktische Wirksamkeit in der Kammer ganz der propagandistischen Bedeutung über. Durch die Praxis wolle man ja das Proletariat gewinnen! Heute, wo man als Frucht dieser Praxis eine beispiellose Saat der Konfusion aufgehen sieht, macht man den Mangel an sozialistischer Bildung dafür verantwortlich. So scheint der „Avanti“ endlich an dem Glauben von der Wunder wirkenden Macht der Praxis irre zu werden, welcher Glauben doch die Achse des ganzen Reformismus ist.

Soziales.

Die Lage der Arbeiter in der Zündholzindustrie.

Der Biermillionenfonds zur Unterstützung der Tabakarbeiter ist aufgebraucht. Die Zündholzindustrie, die, wie sich immer mehr herausstellt, durch die Reichsfinanzreform noch mehr belastet worden ist als die Tabakindustrie, und deren Arbeiter keine Unterstützung erhalten, hat sich zurzeit mit einem Produktionsrückgang von 77 Proz. abzugeben. Aus den Kreisen der Zündholzindustrie schreibt man der „N. Z.“: „Der Zündholzmarkt liegt wie tot da.“

Bekanntlich lagen zwischen Gesehverbund der Versteuerung der Zündmittel und ihrer Einführung vier Monate. In dieser Zeit ist vom Auslande und durch Mehrproduktion der deutschen Fabriken der Markt auf lange Zeit hinaus gesättigt worden. Jetzt wirkt natürlich noch die größere Sparsamkeit im Umgang mit Zündhölzern und das rasche Aufblühen der Ersatzhölznerindustrie. Die Zündholzsteuer soll jährlich 25 Millionen Mark einbringen; in dem Voranschlag für das erste Jahr ist sie mit circa 18 Millionen Mark eingestellt. Nach den Mitteilungen aus der Zündholzindustrie werden in Deutschland jährlich etwa 225 000 Normalhölzner hergestellt. Die Verbrauchsbeschränkung wird mit 20 Proz. berechnet; es bleibt so für die deutschen Fabriken ein Durchschnittsabsatz von 180 000 Kisten für das erste Jahr. Dies ist aber nur theoretisch richtig. Praktisch beträgt der Absatz im ersten Jahre:

Vom Ausland hereingekommen	36 000 Kisten
Mehrproduktion der deutschen Fabriken vor Inkrafttreten der Steuer	50 000 „
Ausfall an Lagerbeständen im Zwischenhandel	24 000 „
Zusammen	110 000 Kisten

Danach bleibt ein tatsächlicher Absatz von nur 70 000 Kisten für das erste Jahr, oder 31 Proz. der Staatskontingente, während die Regierung für das erste Jahr mit 60 Proz. gerechnet hatte. Dies bedeutet, daß die Steuermacher sich nur um gerade 100 Proz. verrechnet haben; die Steuer wird nicht 18 Millionen, sondern nur circa 8 Millionen einbringen.

Für die Arbeiter bedeutet diese Produktionsbeschränkung — wie zitieren hier wieder die Mitteilungen aus der Zündholzindustrie — „einen wirklichen Beschäftigungsgrad von zurzeit etwa 23 Proz.“. Die Industriellen versuchen, sich durch alle möglichen Wünsche an die Regierung zu ziehen. Sie verlangen jetzt Einfuhrzölle auf ihre Rohmaterialien; des Weiteren auch die Uebertragungsübertragung der Kontingente der Zündholzfabriken. Sie erklären ganz offen, daß sie bei der Verwirklichung dieses Wunsches durch größere Gesellschaften andere Fabriken anlaufen und stilllegen würden, um so wenigstens für eine Anzahl Betriebe eine rentable Fabrikation zu ermöglichen. Außerdem haben sie ja jetzt eine Vereinigung gebildet, die auch die Preis- und Absatzregelung mit in die Hand genommen hat.

Der Reichstag, der den Antrag der Sozialdemokratie auf Entschädigung der durch die Gesehgebung arbeitslos gewordenen Arbeiter abgelehnt hatte, hat bekanntlich in einer seiner letzten Sitzungen die Notwendigkeit einer Entschädigung endlich anerkannt. Wann endlich werden die Regierungen dem Beschluß Folge geben? Nichts ist so sehr geeignet die Klassenstaatsnatur Deutschlands zu kennzeichnen, als die Tatsache, daß das Reich, weit entfernt, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, durch Gesetz Tausende von Arbeitern brotlos macht und gleichzeitig den Reiches durch dieselbe Finanzgesetzgebung Millionen jährlicher „Liebesgaben“ in den Schoß wirft.

Aus der Frauenbewegung.

Eine deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht.

Es handelt sich dabei um eine Abspaltung vom Bunde für Mutterschutz. Daß die Vereinigung sich der praktischen Arbeit für Schwangere und hilflose Kinder widmen will, dagegen ist wahrlich nichts zu sagen. Wir können nur wünschen, daß sie auf diesem Gebiete recht viel leisten werde. Man könnte mehr Sympathie für die Gründung hegen, wenn ihrer Geburt nicht ein Kavalier anhaftete. Wiederholt wurde am Sonnabend ausgesprochen, daß für die von den Gründern der neuen Vereinigung im Bunde für Mutterschutz herausgeschickenen Kämpfe und Zerwürfnisse tiefere Ursachen bestimmend gewesen seien. Es habe sich um mehr gehandelt, als um Verwaltungsfragen; die von der Mehrheit im Bunde vertretene Ethik bilde den Stein des Anstoßes. Die Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkte, nicht die Verwaltung machen ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich. Die von Dr. H. Stöcker vertretene Ethik sei zu sehr auf das Recht des Genießens eingestellt, führe zum individuellen Anarchismus auf sexuellem Gebiete. — Ob diese Definition richtig ist und ob eine solche Ethik Berechtigung hat oder nicht, darüber kann man natürlich streiten. Auch den Versuch, den Bund in das Fahrwasser anderer als den von ihm bisher vertretenen Prinzipien zu bugstieren, dürfte man unternehmen, aber das mußte offener, unter Beleuchtung der wahren Absichten und Motive geschehen, nicht unter der falschen Flagge der rein verwaltungstechnischen Kritik. In einer Beziehung harmonieren übrigens die beiden Vereinigungen: in der Vermeidung der für die Arbeiterschaft freien Lokale. Die provisorische Leitung der neuen Vereinigung haben Frau Scharf, Pastor Krusemann, Stadtverordneter Waldeck-Ranasse, Rechtsanwalt Reiter, Frau Djaloszynski und Professor Cassel übernommen.

Protestversammlung der städtischen Arbeiter.

Ueber 3000 städtische Arbeiter hatten sich am Montagabend zu einer öffentlichen Versammlung in Rellers Festsaal, Roppenstraße, eingefunden, um gegen die Gehaltsregelung durch den Berliner Magistrat zu protestieren. Nach einem Referat von W. H. fand eine Resolution Annahme, in der es heißt:

„Die versammelten Arbeiter, Handwerker und Angestellten der städtischen Betriebe Berlins stellen auf Grund des Berichtes der Vertrauensleute fest,

daß die vom Nachrichtenamt des Magistrats am 21. April im „Gemeindeblatt“ gebrachte Mitteilung, wonach Beträge für eine Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne ausgeworfen sein sollen und welche von den Arbeitern nur als eine allgemeine Lohnaufbesserung aufgefaßt werden könnte, nicht den Tatsachen entspricht,

daß vielmehr diese sogenannte Lohnerhöhung nur rund einem Fünftel der städtischen Arbeiter zuteil geworden ist, während die übrigen vier Fünftel ganz leer ausgegangen sind.

Die Versammelten protestieren entschieden gegen eine solche jeder Gerechtigkeit höhnischprechende Maßnahme, die in keiner Beziehung als ein Entgegenkommen gegenüber den berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter auf eine grundsätzliche Regelung und allgemeine Erhöhung angesehen werden kann.

Die Versammelten müssen daher unbedingt an ihren Forderungen, die bereits im September 1909 durch die damaligen Arbeiterausschüsse und die Ortsverwaltung des Gemeindearbeiterverbandes übermittelt worden sind, festhalten und sind gewillt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung derselben energisch zu betreiben.

Die neuergewählten Arbeiterausschüsse sowohl als auch die genannte Verbandsleitung werden beauftragt, unverzüglich die angestellten und nicht berücksichtigten Forderungen den zuständigen Stellen wieder zu unterbreiten. Ferner ist gleichzeitig ein Antrag anzufügen, welcher eine Reorganisation der Arbeiterausschüsse im Sinne der seinerzeit im Entwurf einer allgemeinen Arbeiterordnung aufgestellten Grundzüge verlangt. Vor Erledigung dieser Forderung haben sich die Arbeiterausschüsse jeder sonstigen Tätigkeit zu enthalten.

Die Versammelten erwarten bestimmt, daß der Magistrat noch einmal in eine genaue Prüfung ihrer Wünsche eintritt und in geordneter Weise eine allgemeine Erhöhung und Regelung der Löhne vornimmt.

Gewerkchaftliches.

Netze!

Auch während der Verhandlungen machen die Scharfmacher heftige, wenn auch vergebliche Anstrengungen, die Aussperrung womöglich noch auszudehnen.

Vor uns liegt die letzte Nummer der

Mitteilungen

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an die Landes-, Bezirks- und Ortsverbände.

Ausgegeben am 27. Mai 1910.

1. Die vom Staatssekretär des Innern eingeleiteten Vermittlungsverhandlungen haben am 27. d. M., 2 Uhr nachmittags, im Reichstagsgebäude begonnen. Die Parteien verhandeln vor dem Vertreter des Herrn Staatssekretärs des Innern, Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Wiedfeldt, und dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Weiler-Dresden und Gerichtsdirektor Dr. Bremer-München. Der Arbeitgeberbund ist durch seinen geschäftsführenden Ausschuss vertreten. — Die Aussperrung bleibt selbstverständlich so lange bestehen, bis nicht nur über das Tarifvertragsausmaß, sondern auch über die Lohnhöhe und die sonstigen örtlichen Zusätze in allen Bezirken eine Einigung erzielt ist.

2. Da alle Gewerkschaften beschloffen haben, die Bauarbeiter zu unterstützen, so empfehlen wir unseren Mitgliedern, auf ihren Bauten alle Gewerkschaften einzustellen oder wenigstens möglichst einzuschließen.

3. Die Verbände, welche über unfreundliches Verhalten einzelner Bauherren (Firmen) berichten, dürfen dies nur nach eingehenden Informationen tun. Die betreffenden Bauherren (Firmen) müssen genau benannt werden, damit an sie zu richtende Briefe nicht wegen ungenauer Adressierung als unbestellbar zurückkommen.

4. Die Bezirksverbände werden ersucht, soweit das bisher noch nicht geschehen ist, Kommissionen zur Prüfung von Unterstützungsgesuchen einzurichten. Die Namen und Wohnsitze der Mitglieder dieser Kommissionen sind dem Bundesvorstand bis zum 1. Juli d. Js. mitzuteilen.

5. Die Festigkeit unserer Mitglieder wird vielfach durch Drohungen der Bauherren beeinträchtigt, Prozesse auf Schadenersatz anzustrengen. Wir ersuchen die Mitglieder wiederholt, sich den Grundsatze, Sperre und Streik sind höhere Gewalt, der Einzelne machtlos gegenübersteht, zu eigen zu machen und auf Grund dessen Schadenersatzsprüche zurückzuweisen. Die Kosten etwaiger Prozesse solcher Art werden, wenn der Fall vorher dem Bezirksverband vorgelegt und von diesem gebilligt worden ist, aus dem Unterstützungsfonds des Bundes ersetzt werden können. Von größtem Werte ist hierbei, daß in jedem Bezirke der beste Anwalt für alle solche Prozesse gewonnen wird.

6. Vom Landesverband Elsaß-Lothringen sind allen Verbänden Drucksachen übersandt worden, unter denen als äußerst beachtlich der Vertrag mit den Ziegeleien und das Schreiben an die Baumaterialienhändler zu bezeichnen ist. Wir machen auf diese Schreiben noch besonders aufmerksam, weil sie recht geeignet erscheinen, den damit beabsichtigten Zweck zu erreichen.

7. Aus dem Reichsteil des Reichsarbeitsblattes.

Im Baugewerbe bestehen folgende Arbeitgeber-Verbandsverbände:

	Mitglieder	Arbeiter
1. Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, E. V., Berlin.	22 000	333 000
2. Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Berlin.	20 055	55 798
3. Verband selbständ. Bildhauer, Stuckateure u. Gipser Deutschlands, E. V., Frankfurt a. M.	900	10 000
4. Zentralverband d. Gipser, Stuckateure u. Verputzmeister Deutschlands, E. V., Karlsruhe i. B.	690	—
5. Reichsverband für die Steinsetz-, Pflasterer- u. Straßenbauarbeiter, E. V., Leipzig.	186	10 000
6. Verband der Arbeitgeber d. Zäpfer- u. Ofenfeyer-Gewerbes Deutschlands, E. V., Berlin.	2 000	5 000
7. Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, Neuwied.	580	—
8. Deutscher Arbeitgeberverband für das Platten-gewerbe, Berlin.	150	1 500
9. Verband der Deutschen Tiefbauunternehmer, E. V., Berlin.	1 000	80 000

Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes bilden der Zahl nach 46,92 Proz. aller deutschen Arbeitgeberverbände, ihre Mitglieder umfassen 44,34 Proz. aller Mitglieder deutscher Arbeitgeberverbände.

Ueber die Aussperrung im Baugewerbe im Jahre 1909 wird im Reichsarbeitsblatt berichtet:

Von den vorgenommenen 115 Aussperrungen entfielen beinahe die Hälfte (44,3 Proz.) mit mehr als zweidrittel durch die Aussperrung betroffenen Arbeiter (71,3 Proz.) auf das Baugewerbe. Vierundzwanzig dieser Aussperrungen endeten mit einem vollen Erfolg, vierundzwanzig mit einem teilweisen Erfolg, nur drei mit einer Niederlage der Arbeitgeber.

Der Rat der Scharfmacher, sich den Forderungen auf Fortsetzung der Arbeit oder Schadenersatz möglichst hochbeinig gegenüberzustellen, ist herzlich schlecht. In Mainz konnten die Unternehmer bereits die Probe auf das Exempel machen.

Die Stadt Mainz hatte dem Baumunternehmer Hauswald den Umbau des Stadttheaters übertragen. In dem zwischen Stadt und Unternehmer abgeschlossenen Vertrag war dem Unternehmer die Streik- und Aussperrungsklausel zugebilligt worden. Der Unternehmer sperrte seine Leute aus und brachte dadurch die Stadt, die das Theater bis zum 1. November bei Vermeidung großer Konventionalstrafen fertig haben mußte, in eine mißliche Lage. Kurz entschlossen führte nun die Stadt die Bauarbeiten in eigener Regie weiter. Auf Grund des Vertrages glaubte sich die Stadt berechtigt, die von der Firma Hauswald auf die Baustelle geschafften Geräte, Gerüste und Maschinen, sowie die Bauhütte für die jetzt von der Stadt beschäftigten Arbeiter zu benutzen. Der Unternehmer klagte gegen die Stadt und beantragte eine gerichtliche einstweilige Verfügung auf Nichtbenutzung der oben bezeichneten Gegenstände. Das Gericht wies am 27. Mai den Anspruch des Unternehmers kostenfälliger ab.

Eingangs der Begründung wird die Frage aufgeworfen, ob die Stadt berechtigt war, wie sie getan, zu handeln. Darüber sei lediglich zwischen ihr und dem Baumunternehmer Hauswald nach Maßgabe des zwischen beiden abgeschlossenen Vertrages, der darauf sich beziehenden Verordnungen zu verhandeln und zu entscheiden. Es heißt dann wörtlich in dem Urteil:

„Es lohnt sich doch, die Frage anzuregen, ob Herr Hauswald unter Berufung auf § 275 B.G.B. behaupten kann, es liege eine (subjektive) Unmöglichkeit der Vertragserfüllung vor, wodurch er von der Verpflichtung zur Leistung der vertraglich übernommenen Verpflichtung frei geworden. An und für sich betrachtet man den Ausbruch eines Streiks als eine Befreiung im Sinne des § 275 B.G.B., allein doch auch nur mit der Einschränkung, daß es dem Verpflichteten unmöglich war, den drohenden Streik abzuwenden, oder den ausgebrochenen Streik zu beendigen. So einfach liegt die Frage aber nicht bei der Aussperrung. Hier kann nicht ohne Prüfung der näheren Umstände von einem Ereignis gesprochen werden, das sich als unabweisbar darstellt. Während beim Streik die Arbeiter ihre Dienste versagen und damit eine überkommene Arbeit ohne Zutun der Verpflichteten ins Stoden gerät, beruht die Aussperrung auf der freien Entscheidung der Arbeitgeber, auch derjenigen, die sich vertraglich zur Leistung einer Arbeit verpflicht-

et haben. Wie nun durch Herrn Bürgermeister Kuhn bekannt wurde, haben nicht alle Bauunternehmer sich der angeordneten Aussperrung gefügt, die Bauunternehmer in Hamburg, Berlin und anderen Orten haben ihre Arbeiten überhaupt nicht eingestellt. Anderwärts haben inzwischen Lokalverbände sich mit den Arbeitern geeinigt, auch sind Unternehmer aus dem Verband ausgeschieden. Mithin ist die Einstellung der Arbeiten am Theaterbau auf den freien Willen des Unternehmers zurückzuführen, in dessen Belieben es gestellt war, ob er sich den Beschlüssen der Mehrheit seiner Standesgenossen anschloß oder nicht. Wenn er der Aussperrung sich anschloß, so handelte er in Wahrung der Forderungen eines Teils seiner Standesgenossen, diente damit auch seinen Zwecken, namentlich in Abwehr drohender Nachteile. Kommt er hierbei in einen Widerstreit der Pflichten, so dürfte sein Verhalten der Stadt gegenüber als ein vorzügliches Handeln anzusehen sein, womit er sich der Gefahr aussetzt, für den aus seinem Handeln entstehenden Schaden verantwortlich gemacht zu werden, wobei allerdings der Schlussatz des § 275 B.G.B. in Betracht käme, der eine vertragliche Entbindung von der Haftung wegen Vorzuges ausschließt. Auf die Prüfung dieser Frage braucht aber hier nicht mehr eingegangen werden.

Wie die Dinge liegen, so hat die Stadt Mainz, nachdem sie durch die Arbeitsmissetzung vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde, einen Zustand herbeigeführt, der weder als die Folge einer Anfechtung, noch als die eines Einspruchs auf Grund der §§ 21, 22 der allgemeinen Bedingungen des Tarifvertrages aufzufassen ist.

Inzwischen verfährt die Stadt Posen genau nach Mainzer Rezept. Auch dort hat die städtische Bauverwaltung den Bau des Stadttheaters in eigene Regie übernommen. Ein Besuch an die Bauarbeiterorganisationen, der städtischen Bauverwaltung die nötigen Arbeitskräfte zu übermitteln, fand eine zustimmende Antwort. Die Münchener Baufirma Heilmann u. Wittmann, der die Ausführung des Baues übertragen war, hat gegen das Vorgehen der Stadt Beschwerde erhoben. Der Stadt liegt daran, den Bau des Stadttheaters bis zum 15. September fertigzustellen, und sie dürfte ebenso wie Mainz bei ihrem Vorgehen die Berichte auf ihrer Seite finden.

Inzwischen bröckelt es weiter.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß Montag zwei große Firmen, die Frankfurter Beton-Bau-Gesellschaft und die Firma Koch u. Grimm die Arbeit wieder aufgenommen haben, erstere an einem großen Warenhaus und auf Bauten in Büdingen bei Frankfurt, letztere bei der Firma Meyer.

Der Volks-Bau- und Sparverein stellt 20 Häuser in eigener Regie her.

Kampfmüde sind u. a. die Unternehmer in dem Städtchen Darmstadt (Hollstein) geworden. Wiederholt haben sie sich bei der Leitung der Arbeiterorganisation erkundigt, ob die Arbeit von ihnen, vor der Aussperrung beschäftigten Gesellen zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden könne. In einer Mitgliederversammlung der Gewerkschaft wurde der Beschluß gefaßt, wer von den Unternehmern sich nicht länger an der Aussperrung beteiligen wolle, könne durch die Gewerkschaftsvorstände genügend Leute nachgewiesen erhalten. Es war noch keine Stunde nach dieser Beschlusfassung verfloßen, als die Mehrzahl der Unternehmer den Nachweis um Zufindung von Arbeitskräften ersuchte, unter ihnen der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes in Darmstadt. Von 15 Unternehmern lassen 12 Unternehmer wieder arbeiten.

In manden anderen Orten würden die Unternehmer wohl ebenfalls wieder arbeiten lassen, wenn sie nur sicher wären, daß die ausgesperrten Arbeiter keine Forderungen stellen. Vor der Materialsperrre braucht heute in Schleswig-Holstein kein Unternehmer sich mehr zu fürchten. Die Hamburger Lieferanten liefern gerne Material, die Sperre wird nicht mehr gefürchtet. Materialbestellungen nehmen alle Zweigvereinsvorstände entgegen.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der an den Schrauben-Automaten und Einzelbänken beschäftigten Einrichter.

In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung unterbreitete die eingesehete Kommission ihren Kollegen folgende Vorschläge, die einstimmig angenommen wurden:

1. Der Mindestlohn beträgt für Automateinrichter oder Einrichter für Handbänke 70 Pf. pro Stunde. Bei Akkordarbeit wird den Automateinrichtern der Mindestlohn garantiert.
2. Diejenigen Einrichter, die bereits einen Lohn von 70 Pf. oder darüber haben, erhalten eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde.
3. Arbeiter, die eine achtwöchentliche Lehrzeit zur Ausbildung als Automateinrichter zurückgelegt haben, erhalten den Mindestlohn.
4. Ueberstunden werden nur in dringenden Fällen gemacht und mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt.

Jeder Arbeitgeber soll ein Formular erhalten und bis Mittwoch die Antwort abwarten. Am Donnerstag wird dann das Resultat an den Verband berichtet.

Zur Tarifbewegung in der Herrenkonfektion.

In der Branchenversammlung der Herrenkonfektionsschneider, die am Sonnabend bei Schulz in der Rünzstraße tagte, berichtete der Vertrauensmann Krone über die gegenwärtige Lage in der Herrenkonfektion und sprach über die Maßnahmen, die zur weiteren Durchführung der Lohnbewegung erforderlich sind. Seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Verhältnisse nun bei fünfzehn Firmen mit 1800—2000 Arbeitern durch den Abschluß des Tarifvertrages geregelt sind. Allerdings ist es in einem großen Teil dieser Geschäfte dann noch wegen der Auslegung und Durchführung der Tarife zu Differenzen, und teils auch zur Arbeitsüberbelastung gekommen, wie bei S. Reichmann, wo der Streik jedoch am anderen Tage erliebig und die volle Anerkennung des Tarifes erreicht war. Es wird aber bald hier, bald dort von den Tarifgeschäften immer wieder versucht, die Tarifbestimmungen zu umgehen, besonders auch dadurch, daß man dem Schneider eine niedrigere Serie aufzudrängen sucht. Wo die zweite Serie z. B. in Salks noch eine kleine Lohnerhöhung gegenüber dem alten Preis der ersten Serie bietet, glauben die Arbeitgeber um so eher damit durchzukommen. Aufgabe der Beschäftigten muß es natürlich sein, dafür zu sorgen, daß solche Versuche nicht vorzukommen können, und daß der Tarif in jeder Hinsicht strikte durchgeführt wird. Verstöße, die sich durch persönliche Rücksprache mit dem Arbeitgeber nicht regeln lassen, sind sofort auf dem Bureau zu melden. Von größter Wichtigkeit ist es, daß die Konfektionsschneider treu zum Verbands halten, um so mehr, als sicherlich auch die Unternehmer sich über kurz oder lang zu einer festeren Organisation zusammenschließen werden. Verhandlungen über den weiteren Abschluß der Tarife sind mit den Firmen Baer Sohn und Philipp Holzmann angeknüpft. Bei Baer Sohn sind die Verhandlungen schon ziemlich weit gediehen, es liegen jedoch noch mehrere strittige Punkte vor, die ins Gewicht fallen. Für weitere Geschäfte werden die Tarife demnächst eingereicht. Im allgemeinen handelt es sich bei den bis jetzt abgeschlossenen Tarifen um die bessere Konfektion. Es soll aber auch die Stapelkonfektion, für die bisher mit einem Geschäft ein Tarifvertrag abgeschlossen ist, allgemein in den Bereich der tariflichen Regelung einbezogen werden. Die Verhältnisse liegen in der Stapelkonfektion schwieriger als in der besseren. Das Zwischenmeisterium dominiert, und

die Zwischenmeister Beschäftigten meist junge Leute, auch diese Ausländer, Ungarn, Galizier, und unter ihnen solche, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Die Zwischenmeister würden diesen jungen Leuten in vielen Fällen immer mehr Arbeit auf, und wenn auch die ersten Stepper und Wägler in solchen Betrieben manchmal nicht schlecht verdienen, so geschieht das doch nur infolge davon, daß sie ihre Arbeitskraft auf äußerste Anstrengung bei einer unerbötlichen langen Arbeitszeit. Sie treiben Raubbau mit ihrer Gesundheit und sehen auch manchmal aus, als hätten sie schon im Grabe gelegen und wären nur noch einmal beurlaubt worden, um dem Arbeitgeber ihre Knochen zur Verfügung zu stellen. Es ist natürlich dringend notwendig, daß auch diesen Leuten möglich gemacht wird, bei regulärer Arbeit anständigen Lohn zu verdienen.

Bei Verhandlungen in der Herrenkonfektion haben die Arbeitgeber wiederholt den Einwand erhoben, durch die hohen Lohnforderungen werde man die Konfektion ganz aus Berlin verdrängen. Daß dies keinesfalls der Fall ist, beweist ein Artikel des „Confessionnaire“ vom 5. Mai, in dem es unter anderem heißt:

„Seit Ostern sind in der Herrenkonfektion Nachbestellungen in großer Zahl eingegangen. Namentlich Anzüge wurden in allen Genres schnell und viel verlangt, doch ließen sich die Wünsche der Besteller durch die Arbeiterknappheit nicht immer prompt erledigen.“

Die seit Ostern mit der Winterkonfektion auf Reise befindlichen Vertreter können auf den reichen Erfolgen begleitete Touren zurückblicken. Die Herrenkonfektion geht schon strotzend in die Einrichtung der Winterkonfektion.

Der Redner machte zum Schluß darauf aufmerksam, daß die Herrenkonfektionsschneider von München seit acht Wochen im Streik stehen. Der kürzlich dort gefällte Schiedsspruch ist ihrerseits anerkannt, von den Unternehmern aber abgelehnt worden. Die Münchener Konfektionäre suchen ihre Arbeit in Berlin unterzubringen, und es ist hier namentlich ein Vertreter der Firma Fibor Bach, Herr Zickel, der in der Jerusalemstraße 11/12 einen kleinen Laden gemietet hat, um auf diese Weise Arbeitskräfte für die Streikarbeit aus München zu gewinnen. Es ist selbstverständlich, daß die Berliner Schneider ihren Münchener Kollegen nicht in den Rücken fallen wollen.

Die rege Diskussion, die dem Bericht folgte, zeigte dafür, daß die Konfektionsschneider ihre Tarifbewegung mit aller Kraft fortsetzen werden, bis das Ziel der wirklich allgemeinen Regelung der Verhältnisse erreicht ist.

Achtung, Sattler und Portefeuille! In der Galanteriewarenfabrik von Heinrich Vogt, Ritterstr. 45, haben wegen Nichtbemilligung von bescheidenen Lohnforderungen die Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb gilt als gesperrt. Die Ortsverwaltung.

In den Kalksteinwerken der Firma Robert Guttmann, G. m. b. H., in Niederlehme, droht es abermals zu ernstlichen Differenzen zu kommen. Anläßlich des im März geführten Streiks hatte die Betriebsleitung bei den Einigungsverhandlungen, welche unter Leitung des Landrats des Kreises Westphalen-Storlow geführt wurden, laut Protokoll unter anderem zugestanden, daß nach Aufnahme der Arbeit über Lohnforderungen Verhandlungen geführt werden sollten. Trotzdem lehnt die Firma jetzt jede Erhöhung der Löhne mit dem Bemerkten ab, dieselben (30 Pf. für Arbeiter und 35 Pf. für Schlosser, Schmiede und Feiger) seien ausreichend. Da die Arbeiterchaft gewillt ist, den im Protokoll festgelegten Abmachungen Geltung zu verschaffen, so dürfte, wenn die Betriebsleitung auf ihrem Standpunkt beharrt, der Kampf unvermeidlich sein.

Zugung von Arbeitern, Schlossern, Schmieden und Maschinisten ist streng fernzuhalten. Alle arbeitervreundlichen Blätter, insbesondere die polnischen, werden um Abdruck gebeten. Fabrikarbeiterverband, Verwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

In der Osefensiegerei von Rinkel in Wolgast haben am 23. d. M. sämtliche Arbeiter wegen Nichtinnehaltung der versprochenen Akkordverhöhung die Arbeit niedergelegt. Insbesondere ungelernete Arbeiter werden ersucht, kein Arbeitsangebot nach Wolgast anzunehmen.

Die Innung der Breslauer Installateure, Stunnen- und Pumpenbauer will mit aller Gewalt den Gesellenauschuh dafür bestimmen, daß die Arbeiter einen von den Innungsmitgliedern ausgearbeiteten Tarifvertrag anerkennen sollen, anderenfalls am 30. Mai die Aussperrung der organisierten Gesellen erfolgen soll. Die Arbeiter lehnten den Tarifentwurf der Innungskrauler, der nicht die geringsten Zugeständnisse für die Arbeiter enthält, einstimmig ab. Es kommt also wahrscheinlich zur Aussperrung, von der 250 organisierte Arbeiter betroffen werden. Die großen Firmen haben jedoch den Gesellentarif bereits unterschrieben und sperren nicht aus.

Die Parkettbodenleger in Rheinland-Westfalen befinden sich im Streik. Sie dringen auf Abschluß eines Tarifes, um im Gewerbe geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Im vorigen Jahre schon sind Verhandlungen gepflogen worden, deren Ergebnis aber schließlich von den Unternehmern wieder über den Haufen geworfen wurde. Erneute Versuche der Arbeiter wurden von der Unternehmerorganisation nichtssagend beantwortet, deshalb die Arbeits-einstellung.

In der Gerbstofffabrik Fleck in Frankfurt a. M. ist Montag ein Streik ausgebrochen. Die Firma hat längere Zeit die Arbeiter mit Versprechungen hingezogen. Gestern (Montag) ist den Arbeitern die Geduld ausgegangen; sie sind in den Streik getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Im Lohnstreite erschossen.

Kassel, 30. Mai. Zwischen dem Ziegeleimeister Rietsche von der Wilhelm Doehleschen Dampfziegelei in Niedervellmar und etwa 20 Arbeitern kam es am Sonntagabend wegen Lohnstreitigkeiten zu Konflikten. Rietsche soll von den Arbeitern in seiner Wohnung bedroht worden sein; er griff zum Revolver und schoß zwei Arbeiter nieder. Einer von den Geschossenen starb im Krankenhaus. Die an dem Streite beteiligten Arbeiter wurden am Montag verhaftet.

Bei Rietsche scheint die Behörde Notwehr anzunehmen, sonst mühte doch auch er verhaftet werden.

Bergarbeiter Bergarbeiterstreik.

Mons (Belgien), 30. Mai. (B. S.) Der Zustand der Bergarbeiter, welcher seit 5 Wochen dauert, ist nunmehr beendet und die Arbeit in allen Gruben heute morgen wieder aufgenommen worden, nachdem der Nationalkongress sich gegen den Ausstand ausgesprochen hat.

Buchdruckerstreik in Ungarn.

Budapest, 30. Mai. (B. S.) Die Schriftsetzer sämtlicher ungarischer Provinzdruckereien sind wegen Lohnforderungen in den Streik eingetreten.

Gehelpolizisten als Banknotenfälscher.

Sofia, 30. Mai. (B. S.) Die Untersuchung in einer großen Banknotenfälschungssache, in welcher gegen zwei Millionen Frank Banknoten gefälscht wurden, hat ergeben, daß auch die Detektive der bulgarischen Polizeibehörde sich schuldig gemacht haben und in diese Affäre verwickelt sind. Mehrere der Polizeidetektive sind auf schwerste kompromittiert.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom Montag, den 30. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Justizminister Geseher. Zunächst werden ohne Diskussion die Wahlen der Abgeordneten Dr. Vohmann (natl.), Glante (fl.) und Rissen (Däne) für gültig erklärt.

Der Antrag Borgmann (Soz.) bezweckt, die Wahl zu beanstanden und durch eidliche Vernehmung eine Zeugenerhebung darüber anzustellen, ob in einzelnen Wahlbezirken das Wahllokal zum Agitieren benützt worden ist.

Die Nachwahl in Moabit.

Alsdann wird der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Dr. Runze (Fortchr. Sp.) zur Debatte gestellt. Die Kommission beantragt die Wahl für gültig zu erklären.

Ein Antrag Borgmann (Soz.) bezweckt, die Wahl zu beanstanden und durch eidliche Vernehmung eine Zeugenerhebung darüber anzustellen, ob in einzelnen Wahlbezirken das Wahllokal zum Agitieren benützt worden ist.

Abg. Hirsch (Soz.):

Es ist keine dankbare Aufgabe, wenn die Kommission einstimmig die Gültigkeit einer Wahl beantragt, den Verzicht zu machen, das Haus zu einem anderen Beschluß zu veranlassen. Es sind in einer Reihe von Wahlbezirken Verstöße gegen das Wahlreglement bzw. das Gesetz vorgekommen. Die Kommission hat sich allerdings nicht die Mühe genommen, Beweise über die Verhältnisse zu erheben, die in den Protesten angeführt sind, sondern hat ohne solche Beweise entschieden.

Der Bericht der Kommission ergibt, daß der Abgeordnete Dr. Runze, wenn man die von der Kommission für ungültig erklärten Wahlmännerstimmen abzieht, nur noch zwei Stimmen über die absolute Mehrheit hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien hat also mit einer ganz geringen Mehrheit über den sozialdemokratischen Kandidaten gesiegt. Um so notwendiger ist es, daß Beweis darüber erhoben wird, ob tatsächlich Wahllokale zum Agitieren benützt worden sind.

Kleines feuilleton.

Aus Robert Kochs Anfängen. Man weiß, daß der Begründer der modernen Bakteriologie seine grundlegenden Forschungen über den Milzbrandbazillus während seiner Tätigkeit als Kreisphysikus in Wollstein anstellte. Im Jahre 1876 war Koch damit zum Abschluß gekommen und er wendete sich mit seinen Resultaten an den Breslauer Botaniker Ferdinand Cohn, der sich um die Bakteriologie sehr große Verdienste erworben hatte und der auch schon ein Jahr früher die Vermutung ausgesprochen hatte, daß sich in den Milzbrandkulturen Dauersporen finden lassen würden.

Das Licht in der Meerestiefe. In einer interessanten Arbeit über die räumliche Verbreitung des Lichtes und das Sehen der Tiere, die Professor v. Michel in der „Deutschen Revue“ veröffentlicht, werden auch die Lichtverhältnisse in den Meerestiefen eingehend erörtert. In 483 Meter Tiefe ist im Wasser bei Bemühung der Sonne das Licht bis zu dem des Vollmonds, das sich zu ihm wie 1:500 500 verhält, abgeschwächt. In 806 Meter Tiefe würde noch die Lichtstärke des Sternes Capella, die sich zu der der Sonne wie 1:555 760 Millionen verhält, vorhanden sein.

wirklich ordnungsmäßige Wahlen zustande kommen, müßten Sie unseren Antrag zustimmen. Mir ist mitgeteilt worden, daß die vereinigten bürgerlichen Parteien bei den letzten Wahlen in Moabit einen unehürten Terrorismus ausgeübt haben.

unerhörten Terrorismus

ausgeübt haben. Man hat fast regelmäßig Vorgesetzte von Beamten als Wahlmänner aufgestellt. In Moabit wohnen ja bekanntlich zahlreiche Beamte. Die Beamten wurden fast mit Gewalt zur Wahl geschleppt und mußten in Gegenwart ihrer Vorgesetzten öffentlich abstimmen. Das Ziel, das damit beabsichtigt war, ist ja nicht erreicht worden. Sie sehen, daß der sozialdemokratische Gegenkandidat, Kollege Hoffmann, doch wieder in das Haus eingetreten ist. Wir wollen also lediglich feststellen, ob eine solche Agitation, wie sie in Wahllokalen von bürgerlicher Seite geübt worden ist, im Sinne der Mehrheit des Hauses liegt. Sollte sich herausstellen, daß im Wahllokal keine Beeinflussung geübt worden ist, werden wir natürlich für Gültigkeit der Wahl stimmen. Steht sich aber heraus, daß tatsächlich im Wahllokal agitiert worden ist, so hoffen wir von dem Gerichte, daß die Wahlmänner für ungültig erklärt werden. Dann wird sich eine Mehrheit für Herrn Dr. Runze nicht mehr ergeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jäschke (Z.): Es handelt sich um eine völlig unsubstantiierte Behauptung, über die wir zur Tagesordnung übergehen können. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Es ist richtig, daß die Behauptung unsubstantiiert ist. Worauf es mir aber ankommt, ist, nachzuweisen, daß in früheren Fällen, wo auch nur unsubstantiierte Behauptungen vorgelegt haben, die Kommission anders verfahren ist. So war in dem schon erwähnten Protest gegen die Wahl der Berliner sozialdemokratischen Abgeordneten im vorigen Jahre die völlig unsubstantiierte Behauptung aufgestellt, daß die Bildung der Abteilungen nicht überall ordnungsmäßig sei. Die Kommission hat aber trotzdem alle möglichen Erhebungen veranlaßt und ist schließlich dazu gekommen, die Ungültigkeit der Wahlen zu beantragen.

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung des Antrages Borgmann wird die Wahl für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Fürbringer (natl.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. Eder-Winsen (natl.) beantragt, die Wahl für gültig zu erklären, event. an die Kommission zur Rücküberweisung und weitere Beweiserhebungen vorzunehmen.

Abg. Wisemann (natl.) teilt als Berichterstatter der Kommission mit, daß noch ein neuer Protest eingegangen sei, der eine Zurückverweisung der Sache an die Kommission wünschenswert mache.

Abg. Lüdike (fl.) wendet sich gegen die Verächtlichung des neuen Protestes, da ein solches Vorgehen dem Zwecke des Hauses widerspreche. Seine Freunde würden für den Kommissionsbeschluß stimmen.

Abg. Gaarmann-Altena (natl.) betont, daß auch auf konservativer Seite Zweifel über die Gültigkeit der Wahlen bestehen. In der Abstimmung wird der nationalliberale Antrag abgelehnt und die Wahl des Abg. Fürbringer für ungültig erklärt.

Nach debatteloser Erledigung der Novelle zum Zwischentredittgesetz in dritter Lesung folgt die dritte Lesung des Gesetzes betreffend die ländlichen Fortbildungsschulen für Schlesien.

Abg. Graf Spee (Z.) befragt einen Antrag, wonach am Sonntag in der Fortbildungsschule Religionsunterricht erteilt werden dürfe, und polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Hoffmann am Sonnabend. In Religionsfragen vertritt Abg. Hoffmann den denkbar reaktionärsten Standpunkt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Das religiöse Empfinden liegt in jedem Menschen, man müßte denn gerade auf die Urursprünge der Menschheit zurückgehen, wie sie die Darwinisten darstellen. Wenn Herr Hoffmann sich mit seiner Glaubenslosigkeit auf seinen Ururahnen aus jener Zeit beruft, mag er ja recht haben. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (fl.) wendet sich gegen den Antrag Spee. Nach Meinung seiner Freunde gehöre der Religionsunterricht nicht zu den Aufgaben der Fortbildungsschule.

Licht produzieren, außerordentlich groß ist. Neuere Befunde haben eine ganz erstaunliche Verbreitung der Leuchtorgane gezeigt. So ist häufig die Zahl dieser Organe an ein und demselben Tiere nach Hunderten bemessen. In den Tiefen des Nordanger Fjords wurde unter den Seeesternen eine besonders leuchtende Form gefunden, die nach dem strahlenden Kleinod der Freche als „Brinjinga“ bezeichnet wurde. In den Weltmeeren, deren Räume unterhalb einer Grenze von 500-600 Meter liegen, in die nie ein Strahl der Sonne dringt, handelt es sich nicht um eine einzelne Spezies, die leuchtet, sondern alles, was dort kreucht und flucht, kann leuchten. Selbst das farbige Licht selbst hier nicht: prachtvolles Ultramarinblau, Himmelblau und Rubinrot sind vertreten. Daraus, daß vom Grunde des Meeres alles leuchtend und sichtbar wird, erklärt sich auch die extreme Entwicklung der Augen bei so vielen Tiefseefischen. Die Leuchtorgane des Organismus werden auf 1/100 Normalgröße geschätzt.

Som Nährwert der Pilze. Der vielfach gehegten und immer wieder verbreiteten Behauptung, daß die eßbaren Pilze „an Nährwert dem Fleische gleichzusetzen“ seien, jedenfalls aber alle anderen Vegetabilien an Nährkraft überbieten, tritt Prof. Dr. Hans Schinz, der Direktor des Botanischen Gartens in Zürich, im Jahresbericht seines Instituts nachdrücklich entgegen. Er stellt die bisher bekannten chemischen Untersuchungen zusammen, aus denen unter anderem hervorgeht, daß der Steinpilz nur einen geringen Nährwert besitzt, weil der hohe Wassergehalt den wirklichen Eiweißgehalt auf ein Minimum herabdrückt. Ähnliche experimentelle Feststellungen wurden hinsichtlich der Ausnützbarkeit des Champignons gemacht. Dazu kommt noch als weiteres Hindernis für eine sehr ausgedehnte Anwendung von Pilzgerichten, daß es — nach Ansicht des Hygienikers R. S. Sallet — den meisten Menschen unmöglich sein dürfte, öfters eine nur einigermaßen ins Gewicht fallende Menge von Schwämmen bei einer Mahlzeit zu verzehren. Augenblicklich sind wieder im Züricher Polytechnikum neue Untersuchungen über den Nährwert der Pilzarten im Gange. In jedem Falle aber ist nach Professor Schinz die Ueberzeugung begründet, daß den Pilzen vorläufig nur die Rolle eines Gemüsmittels, aber nicht eines Nahrungsmittels zuerkannt werden kann.

Humor und Satire.

Hat alles seinen guten Grund. In Z. rügte in einer Stadtvorordnetenversammlung ein Stadtvorordneter, daß der Kalkulator und Registrator K. fortwährend mit Arbeiten im Rückstande sei.

Der Herr Registrator und Kalkulator ist mit Arbeiten überlastet, meine Herren! sagte der Oberbürgermeister. Es empfiehlt sich, die Registratur- und Kalkulationsgeschäfte zu trennen, also eine neue Stelle zu schaffen.

Die Herren Stadtvorordneten erhoben diese Anregung zum Beschluß. Fünf Jahre später bemängelte derselbe Stadtvorordneter, daß weder Kalkulator K. noch Registrator B. ihre Arbeiten rechtzeitig

Ein Regierungskommissar bemerkt, der Minister müsse an seinem vorgestern dargelegten ablehnenden Standpunkt festhalten.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Ich will Herrn Grafen Spee nur kurz erwidern, denn wie das hohe Haus zeigt, scheint ja trotz der Abmahnung des Kollegen Kaufmann der größte Teil der Abgeordneten wieder auf Agitation abzuweichen zu sein. (Heiterkeit.) Wir sind selbstverständlich auch gegen den Antrag des Zentrums. Ich verweise auf meine Ausführungen am Sonnabend, daß gerade der Religionsunterricht am Sonntag, dem einzigen Tage, wo Lehrlinge und jugendliche Arbeiter einige Stunden frei haben, berechtigte Empörung unter den Jugendlichen hervorzurufen muß. Die Audirende aus der Kirche werden sich dadurch nur vermehren. Mit Beendigung des Schulunterrichts ist der Jugendliche in kirchlichen Angelegenheiten mündig und kann seinen Austritt aus jeder Kirche selbst erklären. Sie haben also kein Recht, solche Schüler zum Religionsunterricht zu zwingen. Und wenn Knaben und Mädchen in diesem Alter an den Geistlichen beim Unterricht Fragen richten, können Sie in Gefahr, daß die noch Gläubigen geschädigt werden. Im übrigen habe ich schon am Sonnabend nachgewiesen, daß da, wo die furchtbare in Gegenden unseres Vaterlandes sind, die Raserei- und anderen Kapitalverbrechen nach der Statistik am allermeisten vorkommen. Das ist nicht zu widerlegen. Wenn Graf Spee von meiner Glaubenslosigkeit sprach, so irrt er sich. Wir Sozialdemokraten haben den Glauben an die bessere Zukunft der Menschheit, und das ist der stärkste Glaube, denn er ist auf der Vernunft aufgebaut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie mangelhaft Ihre Glaube ist, beweisen Sie durch Ihren Antrag; wenn Ihre Glaube stark wäre, müßten Sie ihm so viel Kraft zutrauen, daß er die Kinder auch ohne Zwang den Geistlichen zuführt. Im übrigen weiß ich nicht, wo mehr religiöses Bewußtsein vorhanden ist, bei der Masse des Volkes oder etwa bei Herrn v. Hammerstein oder bei gewissen Aristokraten. (Heiterkeit.) Wenn Graf Spee schließlich auf meine angeblichen Urwäter hinweist, als sie noch auf den Dämmen saßen, so kam ich ihm nur antworten, was ich einem seiner Parteigenossen schon einmal im Reichstage erwidert habe: Darwin hat niemals gelehrt, daß die Menschen vom Affen abstammen. Aber manche solcher Ausführungen beweisen mir, daß es auch eine umgekehrte Entwicklung geben kann, die da aufhört, wo sie angeblich nach Darwin beginnen soll. (Große Heiterkeit. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hirsch (Z.): Ich will nur gegenüber Herrn Hoffmann feststellen, daß er neulich sagte, seine Parteigenossen hätten auf eine Angelegenheit hier nicht eingehen können, da sie auf Agitationsreisen waren. Die Sozialdemokraten hatten es also mit ihrer Pflicht als Abgeordnete für vereinbar, die Sitzung zu schwänzen und auf Agitation zu gehen. Ich beglückwünsche die Stadt Berlin zu solchen Abgeordneten.

Abg. v. Wöhrer (l.): Wir legen besonderen Wert darauf, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule in christlich-religiösem Sinne erteilt wird. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, für den Zentrumsantrag zu stimmen, weil wir den Sonntag freihalten wollen von jedem Zwangsunterricht. Die Möglichkeit, den Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen aufzunehmen, besteht schon jetzt. Allerdings wird dazu die Zeit vielfach zu knapp sein. (Sehr richtig.)

Abg. Eder-Winsen (natl.) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag des Zentrums.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wenn Herr Hirsch sich darüber aufhält, daß ich häufig spreche, so hätten Sie es ja in der Hand gehabt, ein Gesetz zu schaffen, das uns ermöglicht, eine größere Zahl von Vertretern in dieses Haus zu bringen. Dann würden Sie die Unannehmlichkeit los, immer wieder denselben Redner zu hören. Dann glaubte Herr Hirsch vor dem Laube festzuhalten zu müssen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten Sitzungen schwänzen. Nun, wenn wir einmal den Versuch machen würden, eine Anwesenheitsliste zu führen, würden wir Wunderdinge erleben. Wir sind bisher nie unter 66%, Proz. vertreten gewesen. (Heiterkeit.) Von Ihnen waren aber meist nicht 20 Proz. anwesend. Im übrigen halten wir es auch nicht für die Aufgabe eines Abgeordneten, unter allen Umständen hier zu sitzen und etwa bei der Sekundärbahnbauvorlage 24 Jahre lang hintereinander wie Herr W. h. und dieselbe Bahn zu verlangen, sondern es ist auch Pflicht der Abgeordneten, mit den Wählern in Häufigkeit zu treten. Wir mußten damals nach Rheinfeld-Westfalen, um das Volk über den Volksvertrag des Zentrums bei der Wahlrechtsvorlage aufzuklären. Wir sind nicht nur mit Bissen, sondern im Auftrage

erledigten. Zwei Leute müßten doch dieselbe Arbeit, die einer nicht rechtzeitig erledigen kann, pünktlich fertigstellen können“, meinte er. „Das trifft wohl für ein kaufmännisches, aber nicht für ein behördliches Bureau zu“, antwortete der Oberbürgermeister. Infolge der Trennung der Registraturgeschäfte von den Kalkulationsgeschäften müßten Hunderte von neuen Akten, Listen, Verzeichnissen und Büchern angelegt und Tausende von neuen Formularen usw. entworfen werden. Das alles macht den beiden Herren Beamten so viel Arbeit, daß noch auf Jahre hinaus an eine pünktliche Erledigung ihrer Obliegenheiten nicht zu denken ist. („Simplicissimus“.)

Notizen.

Vorträge. In der Kronia findet am Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, anläßlich des V. internationalen Ornithologen-Kongresses ein Festvortrag „Lebende Vögel aus der heimischen Tierwelt“ statt, in dem Dr. Reinroth u. a. auch die kinematographischen Tieraufnahmen der Gebrüder Skerton vorführen und den Gesang der Vögel auf dem Grammophon zu Gehör bringen wird.

In der Volksoper werden unter Vermittlung des Rechtschutzbüros der Bühnengenossenschaft Verhandlungen gepflogen, die zur Zurücknahme der Kündigung und zum Wiederengagement der meisten der 16 engagierten Schauspieler führen dürften.

Die Frih Reuter-Ausstellung, die zum 100. Geburtstag des plattdeutschen Humoristen im Berliner Künstlerhaus eröffnet werden soll, wird durch die Hauptstationen von Reuters Leben und Schaffen führen. U. a. werden viele Manuskripte von ihm und seinen Beziehungen, Ausgaben seiner Werke, die Reuter-Literatur, Porträts, Skizzen von seiner Hand, Möbel, Urkunden ausgestellt sein. Prof. A. Th. Gaeberg, der Veranstalter der Ausstellung (Berlin W., Genthiner Straße 15), bittet die Besitzer zweckdienlichen Materials um freundschaftliche Ueberlassung.

Zum Tode Robert Kochs. Dem großen Forscher werden in der ganzen Welt ehrende Nachrufe gewidmet. In der italienischen Deputiertenkammer gedachte am Montag Professor Castellino des Hinscheidens Kochs, rühmte seine großen Verdienste um die Wissenschaft und die Menschheit und schilderte die Wichtigkeit seiner Entdeckungen. Präsident Marcora gab dem Weileid der Kammer an dem Tode des großen Gelehrten Ausdruck, den er als hervorragenden Wohltäter der Menschheit pries. (Lebhafteste Zustimmung.) Im Namen der Regierung schloß sich Ministerpräsident Zugaziti den Beileidsbekundungen an. — Montag nachmittag fand die Feuerbestattung Kochs in Baden-Baden statt.

Ein Freilichtdenkmal soll in Rolandsees am Rhein errichtet werden. Am 17. Juni, dem Tage der hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages, hoffen die rheinischen Honoratioren den Grundstein zu legen. Sie finden nämlich, daß Freilichtdenkmäler ein trefflicher Sängler und ein brauchbarer Gegenstand patriotischer Bestrebungen sei. Den Freiheitskämpfer und Revolutionär eskamotiert man dabei ganz einfach — nach berühmten Mustern.

unserer Berliner Wähler dort hin gegangen, und eine solche Aufklärung werden wir auch in Zukunft für unsere Pflicht halten. Sie sehen ja, daß wir deshalb noch immer anwesend sind, viel öfter, als Ihnen angenehm ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Ich möchte ebenfalls den Vorwurf des Abg. Hirsch, als ob wir Berliner Abgeordneten die Sitzungen schwänzen, zurückweisen. Uebrigens sammelte es damals in dem Zuge, in dem wir nach dem Rheinland fuhren, von Zentrumsgenossen. Auch der Präsident des Hauses sah darin. (Heiterkeit.)

Abg. Hirsch (Z.): Ich magle nochmals fest, daß die sozialdemokratischen Vertreter damals ihre Partei hier, im Stich gelassen haben. Herr Hoffmann hat das selbst ganz zynisch zugegeben mit der Begründung, sie müßten nach dem Rheinland wegen Agitationsverhandlung. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schupp (Fortf. Sp.) wendet sich gegen den Antrag des Zentrums.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Herrn Hirsch habe ich nur zu antworten, daß unsere Genossen damals 20 Minuten vor Schluss der Sitzung abgereist sind. Die Sache war für uns nicht so wichtig, da wir ja noch bei der dritten Lesung antworten konnten. Beim Vergleiche übrigens war das Zentrum so schwach vertreten, daß seine eigenen Anträge nicht angenommen werden konnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden in der Folge öfter Gelegenheit nehmen, vor dem Lande zu konstatieren, wie das Zentrum, speziell seine Arbeitervertreter, abwesend sind. Ich stelle nochmals „vor dem Lande“ fest, wir müßten damals die Sitzung verlassen, um das Volk über den Wahlrechtsverrat des Zentrums aufzuklären. Wenn Herr Hirsch sagte, ich hätte unser Fernbleiben zynisch zugegeben — ich habe es ehrlich zugegeben. Wenn ehrlich zynisch ist, dann ist das Zentrum niemals zynisch. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Zentrumsantrag wird gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt, die Vorlage in dritter Lesung gegen das Zentrum angenommen.

Zwei Anträge Hammer (L) und Lufensky (natl.) betr. die Erhebung der kommunalen Umsatzsteuer werden nach kurzer Debatte an die Gemeindefunktionäre verwiesen; ein Antrag v. Wandenburg (L) auf Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung für die Distriktskommissare in Posen im nächsten Etat geht an die Budgetkommission.

Ein Antrag Dr. Gottschall (natl.) erucht die Regierung um Vorlegung eines Gesetzes zur einheitlichen Regelung der Dauer der Schulpflicht unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse der einzelnen Landesteile, sowie betreffend einheitliche Bestimmungen über die Folgen der ungerechtfertigten Schulversäumnis, ihre Strafbarkeit usw.

Abg. Glatzfelder (Z.) beantragt Ueberweisung des Antrages an die Unterrichtscommission.

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (L) schließt sich diesem Antrage an.

Abg. Cassel (Fortf. Sp.) bittet, den Antrag ohne Kommissionsberatung anzunehmen.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung die gesetzliche Regelung der Materie nicht für dringend halte, aber die Angelegenheit prüfen werde, wenn es der Wunsch der Parteien sei.

Abg. Dr. Gottschall (natl.) wendet sich gegen die Ueberweisung an die Unterrichtscommission. Dort sei der Antrag schon einmal gewesen und Bedenken gegen ihn seien nicht erhoben worden.

Der Antrag auf Ueberweisung an die Unterrichtscommission wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Ein Antrag Hinz (natl.) betreffend Errichtung eines Prüfungsamtes für landwirtschaftliche Maschinen bei der technischen Hochschule in Hannover wird an die Budgetkommission verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Antrag Eichhoff betreffend die Einführung der Koedukation in den höheren Lehranstalten (Gemeinsame Erziehung der Geschlechter). Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes in der polnischen Provinz. Petitionen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Zehnte Generalversammlung der Kupfer- und Berufsgenossen.

Dresden, 27. Mai.

Der letzte Verhandlungstag war ein Tag der Wahlen und Abstimmungen, die meistens ohne lange Diskussionen vor sich gingen. Nur ein Antrag des Vorstandes, eine Lehrlingsabteilung einzurichten, erfuhr eine kurze, aber scharfe Bekämpfung. Es waren die Großstadtdelegierten (Berlin, Hamburg, Leipzig), die sich entschieden gegen diesen Antrag wandten und erklärten, daß die Erziehung der Jugend Sache der freien Jugendorganisationen sei. Verschiedene kleinstädtische Delegierte aus Orten, wo die freie Jugendorganisation noch keinen Eingang fand, traten aber warm für den Vorstandsantrag ein und begründeten es, daß endlich in dieser Frage etwas geschehen sollte. Als der Antrag mit schwacher Majorität abgelehnt war, sagte Drunzel, daß der Vorstand, um den Wünschen aller Delegierten entgegenzukommen, mit der Zentrale der freien Jugendorganisationen in Verbindung treten und den Filialen in der nächsten Zeit Agitationsmaterial zustellen werde, durch das sie die jugendlichen Arbeiter auf die für sie geschaffenen Jugendorganisationen verweisen sollten.

In den am meisten umstrittenen Fragen des Verbandstages — Weiragserhöhung, Arbeitslosenunterstützung, besoldete Gauleiter — hatte gegen Schluss der Diskussion die Opposition immer mehr an Boden verloren. Die Abstimmungen fielen denn auch im Sinne des Vorstandes aus. Bei der Gauleiterfrage wurde zuerst — und zwar namentlich — über die prinzipielle Seite der Frage abgestimmt, ob Gauleiter besoldet werden sollten oder nicht. Die Frage wurde mit 46 gegen 12 Stimmen bejaht; diejenigen der bis jetzt unbesoldeten Gauleiter, die als Bewerber in Betracht kamen, erhielten sich der Abstimmung. Nach dieser grundsätzlichen Klarstellung wurde mit allen gegen 8 Stimmen auf Anstellung von vier besoldeten Gauleitern erkannt. Das Gehalt wurde auf 2000 M., steigend bis 2400 M., nominiert; der Dienstantritt auf 1. Oktober d. J. festgesetzt. Aus der Wahl gingen einstimmig Ebers-Güldenheim, Hoffog-Wreslau, Veier-Dresden, Freitag-München hervor.

Da die Vorstandsvorlage zur Arbeitslosenversicherung weder Freunden noch Gegnern dieser Versicherung Freude gemacht hatte, ließ die Beratungskommission sie fallen und unterbreitete selbständig eine neu bearbeitete Vorlage, die ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 23 Stimmen angenommen wurde. Ihre wesentlichsten Bestimmungen sind folgende:

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung richtet sich nach den in den letzten 26 Wochen geltenden niedrigsten Beitragssätzen. Es wird gezahlt:

Beitrag	Unterstützung	
	pro Tag	pro Woche
50 Pf.	0,70 M.	4,20 M.
70 "	0,80 "	4,80 "
85 "	0,90 "	5,40 "
100 "	1,00 "	6,00 "

Die Dauer der Unterstützung beträgt: nach einjähriger Mitgliedschaft 5 Wochen, steigend pro Jahr um eine Woche bis zur Höchstdauer von 9 Wochen, die nach 10jähriger Mitgliedschaft erreicht wird. Die Unterstützung wird vom 13. Tage der Erwerbslosigkeit ab gezahlt. Die Krankenunterstützung wird schon nach dreitägiger Karenzzeit gezahlt. Sie ist in der Weise geregelt, daß auf die Höhe der Erwerbslosenunterstützung

Zuschüsse gezahlt werden, und zwar in der 1. Klasse 20 Pf., in der 2. Klasse 30 Pf., in der 3. Klasse 35 Pf. und in der 4. Klasse 40 Pf. pro Tag.

Die Unterstützungsdauer beträgt ebenfalls nach einjähriger Mitgliedschaft 5 Wochen. Sie steigt pro Jahr um eine Woche, bis zur Höchstdauer von 15 Wochen, die nach 10jähriger Mitgliedschaft erreicht wird.

Durch die Annahme dieser Vorlage werden erstens die Beiträge von 40, 50, 60, 70 Pf. auf 50, 70, 85, 100 Pf. erhöht; zweitens ist die Arbeitslosenunterstützung eingeführt; drittens ist die Krankenunterstützung geändert worden. Die Krankenunterstützungssätze, die sonst 4,50, 5,40, 6,30, 7,20 M. pro Woche betragen, sind auf 5,40, 6,30, 7,50, 8,40 M. erhöht; die Unterstützungsdauer ist von 10 auf 15 Wochen verlängert worden.

Die Wanderunterstützung wurde von pro Tag 80 Pf. auf 1 M. erhöht. An den anderen Unterstützungszweigen wurden nur ganz unwesentliche Änderungen vorgenommen, dagegen zahlreiche Statutenänderungen, die sich aber auf internere Verbandsverhältnisse bezogen.

Alle Änderungen treten, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, am 1. Oktober d. J. in Kraft; die Arbeitslosenunterstützung dagegen erst am 1. Oktober 1911.

Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und Drunzel zum Kassenhagener Kongreß, Drunzel (Rebasteur), Schmitz, Domische-Weihenstepf, Kaulich-Hamburg zum nächsten Gewerkschaftskongreß delegiert. Der Verbandsauschuß wird in Wegfall kommen; die des Verbandes heißt Berlin; Tagungsort der nächsten Generalversammlung ist Leipzig.

Eine Etappe im Berliner Konsumgenossenschaftswesen.

Am Sonntag fand in Nichtenberg auf dem von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend erworbenen 12.810 Quadratmeter großen Gelände in der Rittergutsstraße die Grundsteinlegung der Neubauten statt. Auf dem 100 Meter Straßenfront aufweisenden Grundstück sind fünf Wohnhäuser mit modernsten Einrichtungen (Wasser, Dampfheizung, elektrisches Licht usw.) und ein Verwaltungsgebäude mit großen Lagerräumen im Neubau. Auf dem Hinterlande soll rechts eine Dampfheizerei mit 8 bis 20 Doppel- und Dreifachboiler errichtet werden, die den Mitgliedern ein gesundes und nach Möglichkeit wohlfeiles Brot zu liefern im stande sein werden. Links soll ein Lager- und Kontorhaus mit Fruchtkast- und Bierfällerei, Sektmaschinen- und Brauereimaschinenfabrik zu stehen kommen. Die Vorbereitungen für eine Kraftzentrale und einen Automobilschuppen sind im Gange. Ivoeks Verbildung der Transportkosten ist direkter Bahnanschluß an die Gebäude vorgesehen. Um der hoffentlich bald in Erfüllung gehenden gewaltigen Ausdehnung der Konsumgenossenschaft unter allen Umständen Rechnung tragen zu können, ist das Vorlaufrecht auf ein benachbartes, ebenso tiefes Grundstück von 54 Meter Straßenfront für fünf Jahre gesichert.

Der Bau ist so rüstig vorwärtgeschritten, daß er voraussichtlich schon im Februar 1911 vollendet und spätestens im April seiner Bestimmung übergeben werden können.

Dem Grundstück wurden außer anderen Zeitdokumenten, unter denen sich auch Zeitungen, darunter der „Vorwärts“ befindet, eine Urkunde einverleibt, die in knappen Zügen die Entwicklung der Berliner Konsumgenossenschaftsbewegung bis zum Juli 1908 schildert. Den Wortlaut lassen wir nachstehend folgen:

Urkunde niedergelegt anlässlich der Grundsteinlegung zu den Neubauten der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Berlin - Nichtenberg, Rittergutsstr. 22-26, am neunundzwanzigsten Mai neunzehnhundertundzehn.

Am 28. Juni 1899 wurde der Konsumverein Berlin-Nord gegründet. In den Jahren 1900 und 1901 entstanden die Konsumvereine Berlin-Süd, Schöneberg und Weihenstepf.

Diese vier Vereine schlossen sich am 1. Juli 1902 zur Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, e. G. m. b. H., zusammen.

Der am 24. Juni 1900 gegründete Berliner Konsumverein beschloß in seiner Generalversammlung vom 15. März 1908 die Verschmelzung mit der Konsumgenossenschaft und erfolgte die Vereinigung in demselben Jahre.

Die Entwicklung der Genossenschaft zeigt nachstehende Tabelle:

Geschäftsjahr	Zahl der Mitglieder	Ein-gezahlte Geschäftsguthaben Mark	Umsatz in den Verkaufsstellen Mark	Rein-überschuß Mark	Höhe der Rücklage Mark	Zahl der Verkaufsstellen
1899/1900	330	8.861,—	50.400,67	4.300,04	8	1
1900/1901	1.218	10.633,42	135.345,41	11.869,91	6	3
1901/1902	2.199	23.120,59	330.406,05	9.808,17	2	7
1902/1903	4.787	58.234,68	855.515,55	24.539,18	2 1/2	15
1903/1904	5.227	68.174,82	814.258,80	24.870,08	3	16
1904/1905	4.947	69.008,87	700.816,84	18.081,48	3 1/2	16
1905/1906	4.631	68.851,40	605.803,38	19.519,87	3 1/2	15
1906/1907	5.790	66.732,37	696.560,02	27.349,00	3 1/2	15
1907/1908	10.221	75.109,71	1.101.457,88	62.437,96	5	20
1908/1909	19.172	152.068,70	2.805.513,—	157.376,41	5	42

Zum Zwecke der Errichtung einer eigenen Zentrale sowie des Ueberganges zur Eigenproduktion wurde in der am 27. September 1908 abgehaltenen Generalversammlung die Herausgabe von Hausanteilen in Höhe von einer halben Million Mark beschloßen.

Am 30. Juni 1909 wurde das 12.810 Quadratmeter große Grundstück Rittergutsstraße 22/26 in Nichtenberg zum Preise von 199.603,20 M. erworben; die Kaufzahlung erfolgte am 29. September 1909.

Im Februar 1910 wurde der Bau begonnen. Die Bauleitung lag in den Händen des Architekten Herrn Leb. P. Ehrlich.

Der Verwaltung der Genossenschaft gehörten im Jahre der Grundsteinlegung folgende Genossen an: Vorstand: Rudolf Junger, Karl Mücke, Wilhelm Lamm, Paul Müller, Gustav Hilde.

Aufsichtsrat: Friedrich Schulze und Heinrich Stühmer als Vorsitzende, und die Genossen Karl Bartel, Max Buchholz, Karl Frey, Friedrich Gütler, Albert Haese, Franz Hanel, Konrad Holland, Karl Kleinschmidt, Franz Wiese, Frau Gertrud Lohdahl, Paul Meister, Andreas Wirus, Wilhelm Schmidt.

Der Grundsteinlegung wohnten bei: Vom Vorstand: G. Hilde, R. Junger, W. Lamm, K. Mücke, P. Müller.

Vom Aufsichtsrat: K. Bartel, M. Buchholz, C. Frey, F. Gütler, A. Haese, F. Hanel, K. Holland, K. Kleinschmidt, F. Wiese, G. Lohdahl, P. Meister, A. Wirus, W. Schmidt, F. Schulze, H. Stühmer.

Vom Auschuß der Genossenschaftsräte: A. Engelmann, A. Heilmann, F. Paulig, R. Schulze, O. Werner.

Von der Propagandakommission zur Förderung des Genossenschaftswesens für Groß-Berlin: E. Wöde, E. Weidner, Karl Leib, D. Flemming, C. Giebel, K. Gehrig, M. Hoppe, W. Jacobson, G. Kaulant, K. Ritter, A. Stadthagen, D. Wels, A. Winter, E. Wuyth.

Von der Bauleitung: Architekt Leb. P. Ehrlich, Bauführer H. Ehrlich, Bauführer K. Hanns. Von der Bauausführung: Maurermeister C. Ringel- leben und Bauführer F. Seemann.

Bei der Grundsteinlegung sprachen Vertreter des Vorstandes, des Aufsichtsrats, der Propagandakommission, der Gewerkschaften und der Partei ihren Wunsch auf ferneres Wachsen, Blühen und Gedeihen des Unternehmens aus.

Diesen Wünschen schließen wir uns aus vollem Herzen an. Die in der Tabelle wiedergegebenen Zahlen zeigen, wie recht der „Vorwärts“ hatte, als er seit Jahren — unbeirrt um alle Angriffe einzelner Sonderbündler — betonte: Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung der Genossenschaftsbewegung ist Aufhebung der Zersplitterung, Zentralisation. Am 1. Juli 1908 erfolgte die Verschmelzung, und innerhalb eines Jahres bis zum 30. Juni 1909 hatte die Mitgliederzahl sich fast verdoppelt, war von 10.221 auf 19.172 gestiegen. Von da ab ist ein weiteres erfreuliches Wachstum zu verzeichnen. Die Konsumgenossenschaft in Berlin zählt jetzt rund 20.000 Mitglieder.

So erfreulich der Fortschritt des vom sozialistischen Geist getragenen Konsumgenossenschaftsgedankens in Berlin ist, so viel läßt doch die Entwicklung noch zu wünschen übrig, um in Berlin die Genossenschaftsbewegung auf die gleiche Höhe zu bringen, wie sie andere Großstädte aufweisen. Schwierige Zeiten hat die Konsumgenossenschaftsbewegung in Berlin durchzulampfen gehabt, nicht zuletzt infolge der gutgemeinten Eigenbräuleien einiger, die da glauben machen wollten, die Konsumgenossenschaftsbewegung könne die bürgerliche Gesellschaftsordnung ummöglichen, den Klassenkampf beseitigen. Diese Ueberhebungen führten naturgemäß zu Unterdrückungen der großen wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile, die eine in sozialistischem Sinne geleitete Genossenschaftsbewegung den einzelnen Arbeitern und der Arbeiterklasse bringt. Diese Zeiten der meist unfreiwilligen Bekämpfung derer, die zusammengehören, sind für Berlin vorbei. Das beweist das rapide Wachstum der Genossenschaft seit dem Zusammenbruch im Jahre 1908. Die Gedanken über die Möglichkeit des Erfolgs der Genossenschaften wurden aus dem Himmel phantastischer Illusionen auf den Boden der harten Wirklichkeit gestellt. Dadurch wurde die Genossenschaftsbewegung am kräftigsten gefördert.

Die durch indirekte Steuern und Zölle herbeigerufenen künstliche Teuerung der notwendigen Lebens- und Bedarfsmittel weist den Arbeiter und seine Familie darauf hin, in seinem und der Seiner Interesse Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden. Zu den direkten in Markt und Pfenning auszurechnenden Vorteilen tritt das erhebende Bewußtsein für die Genossenschaftsmitglieder, daß durch den Beitritt zur Genossenschaft wenn auch in noch so bescheidenem Maße der Geist der Solidarität der Arbeiterklasse gepflegt und ihre wirtschaftliche Macht erhöht wird. Wer Mitglied der Konsumgenossenschaft werden will, wendet sich an eine der Verkaufsstellen. Dort unterzeichnet man die Beitritts- erklärung und zahlt eine Eintrittsgebühr von 50 Pf. Der Geschäfts- anteil beträgt für jedes Mitglied 30 M. und kann in Raten bezahlt oder von der Rückvergütung gutgeschrieben werden. Die Rückver- gütung wird aus dem Reingewinn entnommen und nach Maßgabe der gekauften Warenmenge an die einzelnen Mitglieder verteilt.

Mögen die Berliner Genossen dafür sorgen, daß die Berliner Genossenschaftsbewegung bald an erster Stelle in Deutschland steht. Je mehr Mitglieder — desto höher die Leistungen. Die demokratische Organisation der Genossenschaften sorgt dafür, daß die Leitung im sozialistischen, dem Allgemeinwohl dienenden Sinne auch ferner betätigt wird.

Durch die emsige Tätigkeit von Arbeitern konnte die Grundstein- legung zu dem schönen Werke am Sonntag erfolgen. Möge die genossenschaftliche Arbeit ferner ihr Teil mit zur Verwirklichung der kausischen Werke beitragen:

Das ist der Weisheit letzter Schluss: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, Der täglich sie erobern muß. Und so verbringt, umrungen von Gefahr, Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr. Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn, Auf festem Grund mit freiem Volke stehn. Zum Augenblicke dürft' ich sagen: Werweile doch. Du bist so schön!

Gerichts-Zeitung.

Gegen die Heegermühle „Demonstranten“.

Die Justiz will, daß auch Heegermühle bei Oberstraße (Kreis Oberbarnim) eine Demonstration gehabt habe. Angeklagt war gestern in Oberwalde Genosse Patm, am 13. Februar auf öffentlichen Straßen ohne polizeiliche Genehmigung einen Aufzug geleitet zu haben. Am 13. Februar hatte eine Versammlung mit Genossen Heinig als Referenten stattgefunden. Die Versamm- lungsbefucher waren zum späteren Zusammenbleiben dadurch gezwungen, daß die Polizei einzelne Straßen abge- sperrt hatte. Wie die Aussagen des Gendarmen in der Beweis- aufnahme erwiesen, war die gesamte bewaffnete Nacht — Gen- darmen, Ortspolizeidiener und Nachtwächter — schon am Vor- mittag „wegen in Aussicht stehender Demonstrationen“ alarmiert. Die Polizei, meinte der Gendarm, habe durch ein „geheimes Zir- kular aus Berlin“ Kenntnis erhalten, das von dem Plan einer Demonstration gehandelt habe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, wies nach, daß hier das amtliche Vergrößerungs- glas aus der harmlosen Aufforderung der Zentraleitung der preussischen sozialdemokratischen Partei zu machtvollem Demon- strationsveranstaltungen ein Geheimzirkular für Demonstrationen gemacht hatte. Der Gendarm meinte, der Angeklagte und der Referent Heinig seien vorangegangen, die anderen seien gefolgt, der Angeklagte habe den Zug geleitet. Vergeblich, daß alle Bewei- sungen darlegten, daß weder ein Aufzug geplant war noch statt- gefunden hatte. Der Amtsanwalt beantragte 30 M. Geldstrafe, der Verteidiger verlangte Freisprechung, das Schöffengericht er- kannte auf 15 M. Geldstrafe.

Was doch alles zu einem „Aufzug“ aufgezogen werden kann!

Im Mistkäse in dem Charlottenburger Krankenhause, welche schon einmal Gegenstand öffentlicher Erörterungen gewesen waren, handelte es sich in einem Verleumdungsprozeß, welcher gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Godeel vor Verhandlung kommen sollte. Angeklagt wegen Verleumdung des Leiters des Krankenhauses Weisend, Professor Wessel-Hagen, sowie der Ärzte dieses Kranken- hauses und ferner der Ärzte des Krankenhauses Charlottenburg- Kirchstraße waren die Schriftstellerin Elisabeth Bonhoeffer (Ruth Wee) und die Schriftstellerin Dr. phil. Helene Stöcker. — Der Anklage liegt ein in dem Publikationsorgan des Bundes für Mutterrecht („Neue Generation“) erscheinener von Ruth Wee verfaßter Artikel mit der Ueberschrift: „Da uns schlägt die reitende Stund, Christ, in Deiner Geburt“ zugrunde. In diesem Artikel wird nach ein- leitenden Weihnachtsbetrachtungen folgender Vorfall mitgeteilt: Kurz vor dem Weihnachtsabend sei das Dienstmädchen St., welches unmittelbar vor der Niederkunft stand, in das Bureau des Bundes für Mutterrecht in der Trautenauststraße gekommen. Die St. habe angegeben, daß ihre Dienstherrschaft, eine Arztfamilie in Lantow, sie nicht früher fortgelassen habe, obwohl sie um Entlassung gebeten habe. Die Leiterin des vollbelebten und viel zu kleinen Mutter- heims habe nichts anderes tun können, als das Mädchen, welches vor Schmerzen weinte und jammerte, auf ihre Kosten in ein Automobil zu setzen und es mit einer Begleiterin in das Char- lottenburger Krankenhaus in der Kirchstraße zu schicken. Hier habe man sie nicht aufgenommen, weil sie in Charlottenburg nicht gemeldet sei. Die Begleiterin sei dann mit dem Mädchen im Automobil nach dem Krankenhaus Weisend gefahren. Als sie hier schon auf dem Geburtstische gelegen habe, sei der Oberarzt ge- kommen und habe mit den Worten: „Wir haben hier keine Ent-

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmischer Deutschlands.

Lehe-Bremervägen, 27. Mai.

Achter Verhandlungstag.

Die Beratung wird beim Punkt:

Forderungen in bezug auf das Lehrlingswesen

fortgesetzt. Nach den Ausführungen Fauth-Vorlin handelt es sich hierbei lediglich um Abänderung der hierauf bezüglichen Hamburger Resolution, die unter anderem dahin geht, auf die Regierung in dem Sinne einzuwirken, daß die Stadtkapellen veranlaßt werden bei fünf Lehrlingen mindestens einen Gehilfen zu halten.

Dr. Verbandstag ist hiermit einverstanden.

Ueber den nächsten Punkt:

Stellung zu Partei und Gewerkschaft

referiert Fauth-Vorlin: Unsere Stellung zur Partei ist klar. Wir sind auch nicht gewillt, auf die Mitglieder einen Druck auszuüben in der Richtung, wie sie sich zu den politischen Parteien zu verhalten haben. Aber wir werden es uns niemals nehmen lassen, Stellung zu nehmen zu allem, auch zu politischen Dingen, die für uns und für die Arbeiterbewegung im allgemeinen vorteilhaft sind.

In der Diskussion wird allgemein der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft nur Kollegen zum Verbandstag delegiert werden möchten, die auch politisch aufgeklärt und bei der Sozialdemokratie organisiert sind.

Ein Antrag Nürnberg-Kürth, eine Abänderung der Resolution des 6. Gewerkschaftskongresses über Grenzstreitigkeiten betreffend, wird dem Hauptvorstande überwiesen.

Der nächste Gewerkschaftskongress soll durch Fauth besichtigt werden, während auf eine Delegation zum internationalen Kongress verzichtet wird.

Im Anschluß hieran findet noch ein Antrag Post-Nürnberg-Kürth Annahme, der besagt, daß gebundene Mandate zum Verbandstag unzulässig sind.

Bei den Wahlen für die Verwaltungs- resp. Aufsichtsinstanzen wird Fauth als erster Vorsitzender und Redakteur des Fachblattes und Wlanschewski als Kassierer wiedergewählt; zweiter Vorsitzender wurde Jusko.

Als Ort des nächsten Verbandstages wird Breslau bestimmt. Das abgeänderte Statut wie das Krankenunterstützungsgesetz sollen am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Fauth-Vorlin läßt in seinem Schlusswort die hauptsächlichsten Beschlüsse nochmals Revue passieren und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die geleistete Arbeit die Organisation fördern und kräftigen werde. Er gedenkt der Bauarbeiterausperrung und schließt den Verbandstag mit einem Hoch auf die Organisationen des kämpfenden Proletariats.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Eisenach, 28. Mai 1910.

Sechster Verhandlungstag.

Die weitere Abstimmung ergibt noch die Annahme folgender Anträge:

„Rindererwerbsfähige Kollegen, die an Orten mit 30 oder 40 Pfg. Beitrag arbeiten und dauernd einen Verdienst von 9 M. nicht erreichen, oder in Orten mit 50 oder 60 Pfg. Beitrag beschäftigt sind und dauernd 12 M. wöchentlich nicht verdienen, sind vom Beitrag befreit, wenn sie dem Verbandsbezirk der Steinarbeiterorganisation mindestens 7 Jahre als Mitglied angehört haben. Diese Mitglieder behalten ihre Rechte, sofern für die Unterstützung kranker Mitglieder pro Woche 10 Pfg. geleistet werden.“

Der Bezug der Mahregelungsunterstützung wird von 4 auf 6 Wochen verlängert.

Die Beschlüsse betreffs Regulierung der Beiträge und der Streikunterstützung sollen bereits am 1. Juli d. J. in Kraft treten, alle anderen Beschlüsse am 1. Januar 1911.

Die Unterrichtsliste der Generalkommission sollen auch in Zukunft jährlich von zwei Mitgliedern besichtigt werden.

„Pflege der Statistik“

spricht das Vorstandmitglied Siebold. Seine Ausführungen sind instruktiver Natur und erstrecken sich auf folgende Gebiete:

- 1. Besondere und allgemeine Berufsstatistik;
2. Statistik über Mitgliederbewegung;
3. Statistik über Lohnbewegung und Streiks und
4. Statistik über die im Verbandsgebiet bestehenden Tarife.

Redner führt aus, daß die Statistik ein Hilfsmittel von außerordentlicher Bedeutung für die Arbeiterorganisationen sei und deshalb müßten die Mitglieder für pünktliche Lieferung der Unterlagen sorgen.
Vollbeamte sollen nach folgender Gehaltskala angestellt werden: Das Anfangsgehalt soll 1400 M. betragen und während der ersten 5 Jahre jährlich um 100 M. steigen und während der weiteren Amtsdauer jährlich um 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2100 M. Die Beamten des Verbandes haben die Pflicht, sich der modernen Unternehmenseinrichtung der Arbeiterbewegung anzuschließen.

Das Ergebnis der Vorstandswahl ergibt nach dem Vorschlage der Wahlvorbereitungskommission die Wiederwahl des bisherigen Zentralvorstandes, soweit die besoldeten Vertreter in Frage kommen.

Weiter wird beschlossen, daß in den Verbandsinstanzen (Verbandsausschuß und Zentralausschuß bezw. Vertreter des besoldeten Vorstandes) den Granitarbeitern entsprechende Vertretungen zu sichern sind. Für den sogenannten Zentralausschuß wird die Branchenvertretung wie folgt vorgeschlagen: 2 Sandstein-, 2 Granit- und 1 Marmorarbeiter.

Der Sitz des Ausschusses bleibt Dresden und wird der bisherige Vorsitzende wiedergewählt mit einer Entschädigung von jährlich 50 M.

Durch Abstimmung wird festgelegt, daß der Verband sich entgegen der ablehnenden Haltung der Wahlvorbereitungskommission durch einen Delegierten auf dem Internationalen Kongress vertreten läßt; die Wahl bleibt dem Vorstand überlassen.

Den Bericht der Beschwerdekommision gibt Seidel-Dresden. Die Kommission empfiehlt, die Beschwerde der Bahlsche Werks wegen verweigerter Unterstützung von Urlaubsgeldern dahin zu erledigen, daß den Berlinern 1000 M. bewilligt werden. Es wird demgemäß beschlossen. Der weitere Bericht erstreckt sich auf interne Verbandsangelegenheiten, die kein Interesse für die Öffentlichkeit haben.

Damit sind die Arbeiten des vierten Verbandstages erledigt.

12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede.

München, 28. Mai 1910.

Am 5. und letzten Verhandlungstage wurden die Beratungen der Anträge auf

Abänderung der Statuten

fortgesetzt. Eine längere Debatte entspann sich über die Anträge, den örtlichen Verwaltungsstellen statt wie bisher 25 Proz. nur 20 Proz. der Einnahmen zu belassen. Sie wurden schließlich angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag, die Generalversammlung, statt wie bisher alle 2 Jahre, nur alle 3 Jahre abzuhalten. Die statutarische Umzugsunterstützung wurde geregelt und in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung ein Antrag des Vorstandes angenommen, wonach der Gesamtbeitrag an Unterstützung in 52 aufeinander folgenden Wochen, einschließlich der etwa erhobenen Kranken-, Reise-, Aufenthalt-, oder Umzugsunterstützung die Bezugsdauer von 60 Unterstützungstagen nicht übersteigen darf. Ebenso wurde bei der Krankenunterstützung beschlossen. Die feilherigen Unterstützungsfälle bleiben bestehen. Ein Antrag, wonach die Sterbeunterstützung nur an solche Hinterbliebenen bezahlt wird, mit denen der Verstorbene in häuslicher Gemeinschaft lebte, deren direkter Ernährer er war oder zu deren Unterhalt er wesentlich beigetragen hat, wurde ebenfalls angenommen.

Das neue Statut wurde hierauf en bloc angenommen und tritt dieses am 1. Juli 1910 in Kraft.

Der seitherige Vorstand, ebenso der Redakteur des Verbandsorganes und die Gauleiter wurden wiedergewählt. Der Antrag, den Sitz des Vorstandes nach Berlin zu verlegen, wurde abgelehnt. Als Geschäftsführer des Ausschusses wurde wieder Waser-Berlin gewählt.

Der nächste Verbandstag findet in Düsseldorf statt. Schließlich wurde noch ohne Debatte eine Resolution angenommen, die die Erwartung ausspricht, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes etwaige Uebertritte des Schmiedeverbandes bis zur endgültigen Regelung der Uebertrittsbedingungen zurückweist.

Damit war die Tagesordnung der 12. Generalversammlung erledigt, worauf die Verhandlungen mit einem Hoch auf den Schmiedeverband und die moderne Arbeiterbewegung geschlossen wurden.

Aus Industrie und Handel.

Trusts.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika wird durch die Trusts gekennzeichnet. Man versteht darunter die Zusammenballung riesenhafter Kapitalmassen in den Händen ganz weniger Personen, die infolge dieses enormen Reichtums und seiner geschickten Verzweigung ganze Industrien, das ganze Verkehrsnetz, ja schließlich das gesamte Wirtschaftsleben des Landes beherrschen und für ihr privates Interesse ausnützen. Oft hört man nun die Ansicht äußern, daß wir in Deutschland und auf dem gleichen Entwicklungsgange befinden, so daß Amerika uns nur ein Spiegelbild dessen vorhält, was wir selbst in die Zukunft nicht zu langer Zeit zu erwarten haben. Von anderer Seite wird diese Ansicht nachdrücklich bestritten. Es mag deshalb von Interesse sein, was ein anerkannter Fachmann auf dem Gebiete des Trustwesens darüber zu sagen weiß.

Der Freiburger Professor Liepmann, der sich schon durch frühere Arbeiten über das gleiche und verwandte Thematena einen Namen gemacht, hat soeben eine kleine Schrift über „Kartelle und Trusts“, die zuerst 1905 erschienen ist, in 2. Auflage herausgegeben und darin das Kapitel über die amerikanischen Trusts auf Grund einer amerikanischen Studienreise gänzlich neu bearbeitet. Stellen wir hiermit zunächst fest, was unter einem amerikanischen Trust zu verstehen ist. Es ist die finanzielle Zusammenfassung mehrerer Unternehmungen in Form der sogenannten Kontrollgesellschaft, d. h. es wird eine Aktiengesellschaft gegründet, lediglich zu dem Zweck, alle oder doch die Mehrzahl der Aktien anderer Unternehmungen zu erwerben. Die Gesellschaft selbst betreibt also keine Industrie, sondern kauft nur die Aktien industrieller Werke. Solch eine Gesellschaft nennt man in Amerika „Holding Company“, und Liepmann schlägt als deutsche Uebersetzung das Wort „Kontrollgesellschaft“ vor, weil das eben der Zweck ist, daß sie durch ihren Aktienbesitz die Unternehmungen „kontrolliert“, d. h. den entscheidenden Einfluß darin ausübt. Das ist ein Trust. Die wichtigsten Wirkungen der amerikanischen Trusts liegen nun auf dem Gebiete der Gründung, Finanzierung (Geldbesorgung) und Verwaltung der großen Gesellschaften.

Diese Form der Konzentration des Kapitals hat in Amerika einen gewaltigen Umfang angenommen. „Ein großes Effektenhandbuch zählte 1906 400 Straßenbahnen, zirka 900 Gas- und Elektrizitätsgesellschaften, etwa 1100 Eisenbahnunternehmungen, zirka 100 Wasser-, 150 Telephon- und Telegraphen-, etwa 150 Mineral- und Petroleumgesellschaften und über 1800 industrielle und andere Unternehmungen auf, die in den letzten Jahren von anderen abgekauft wurden oder unter ihre Kontrolle gelangten.“

Wie ein solcher Trust wirkt, schildert Liepmann am Beispiel des Petroleumtrusts und des Stahltrusts. Ersterer, die Standard Oil Company, ist eine Holding Company, die zirka 63 amerikanische Gesellschaften und eine große Zahl von Verkaufsgesellschaften in anderen Staaten kontrolliert. Unter ihrer Verwaltung stehen etwa 90 Proz. der amerikanischen Petroleumproduktion. Sie hat die Verarbeitung und den Absatz ihrer Produkte in allen Teilen der Welt organisiert. Sie besitzt eigene Bahnen, eigene Rohrleitungen, eigene Transportschiffe, hat in allen Ländern ihre Petroleumänter und ihre Petroleummagazine, in diesen eigene Raffinerien. Sie produziert alle Ölprodukte, alle Fässer, Lampen, Kumpen, Destillierapparate selbst und verarbeitet auch alle Nebenprodukte. — Daraus ergeben sich natürlich ungeheure Gewinne, die für das Jahr 1907 auf 850 Millionen Mark geschätzt wurden. Ein großer Teil der Gewinne ist dazu verwendet worden, in anderen Industrien umfangreiche Investitionen zu erwerben. So hat Rockefeller den größten Teil der wertvollsten Eisenerzminen Amerikas an sich gebracht und war daher eine der Hauptpersonen bei der Gründung des Stahltrusts.

Ebenso beherrschen die Standard Oil-Deute einen großen Teil der amerikanischen Kupferproduktion. Auch auf die Gewinnung anderer Metalle (Zinn, Blei) haben sie großen Einfluß, ferner kontrollieren sie eine Reihe großer Eisenbahnen und eine ganze Menge von Straßen- und Untergrundbahnen, Elektrizitäts-, Gas- und Wassergesellschaften sowie eine Anzahl Banken und Trustkompanien. Dies alles in den Händen einer ganz kleinen Gruppe von Personen, es werden eigentlich nur drei genannt: Rockefeller, James Stillman und der (jetzt verstorbene) Henry Rogers. — Um die ungeheure Macht des Stahltrusts zu schildern, sei nur kurz erwähnt, daß er im Jahre 1907 210 180 Arbeiter und Angestellte beschäftigte, die rund 650 Millionen Mark Lohn bekamen!

Fast alle bedeutenden Eisenbahnen der Vereinigten Staaten mit einer Bahnlänge von zirka 300 000 Meilen sind „in den Händen einiger weniger Gruppen“, an deren Spitze gewöhnlich ein einziger Großkapitalist steht. Der 1909 verstorbene Harriman hatte z. B. Einfluß auf Bahnen von einer größeren Meilenlänge, als überhaupt im ganzen Deutschen Reich Eisenbahnen vorhanden sind. Eine Regierungstatistik hat festgestellt, daß 93 Kapitalisten, wenn sie zusammenwirken, über 75 Proz. der gesamten Bahnlänge des Landes, über 81 Proz. der Bruttogewinne, über 82 Proz. des Bahneigentums, das ist ein Wert von mehr als 40 Milliarden Mark, und über 87 Proz. der Frachtmengen kontrollieren. Diefelben Leute sind es aber auch immer wieder, die die übrigen Unternehmungsgebiete beherrschen.“

Was gegen diese kommende Alleinherrschaft einiger Kapitalisten zu tun sein möge, untersucht Liepmann nicht. Er tröstet sich mit den Worten: „Die besten Elemente im amerikanischen Volke arbeiten eifrig in dieser Richtung, und es ist kein Zweifel, daß es ihnen einmal gelingen wird.“ Das ist ein magerer Trost und besagt nur, daß Liepmann keinen Ausweg weiß. Er hält es für ausgemacht, daß die gleiche Entwicklung wie in Amerika bei uns in Deutschland nicht eintreten werde. Was aber hat er uns an Tatsachen vorzutragen?

Er beschränkt zunächst ausführlich die deutschen Kartelle, die nach seiner Meinung — aus Gründen, auf die wir hier nicht eingehen wollen — den Drang des Kapitals nach engerem Zusammenschluß nicht zu befriedigen vermögen. (In der Tat lehrt z. B. die Geschichte des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats, daß 1903 seiner Erneuerung schwere Hemmnisse im Wege standen, und dieser Tage haben wir berichtet, was für Wollen sich schon jetzt über seiner weiteren Erneuerung im Jahre 1910 aufstürmen.) Es war also ein Ersatz nötig, der wurde zunächst gefunden in den sogenannten Interessengemeinschaften. Diese sind eigentlich nichts anderes als eine Vereinbarung über Gewinnverteilung zwischen einer in der Regel nur kleinen Zahl von Unternehmungen. Sie haben sich aber auch nicht beföhrt. Es machte sich das Bedürfnis nach direkter Beeinflussung der einen Unternehmung durch die andere geltend. Und nun fährt Liepmann fort:

„Man ist deshalb bei der bloßen Interessengemeinschaft nicht stehengeblieben. Das Prinzip derselben wird oft dadurch verstärkt, daß die verschiedenen Unternehmungen gleichzeitig noch aneinander durch Aktienbesitz beteiligt sind.“

Ja, ist denn das nicht ein ganz deutscher Schritt in der Richtung auf die Holding Company? — Und dabei ist diese Form der Verbindung nichts Seltenes in Deutschland. Im Gegenteil: Diese Verbindung einer Unternehmung an einer anderen durch Effektenbesitz ist die verbreitetste Form, engere Beziehungen zwischen mehreren Unternehmungen zu schaffen. Man kann geradezu behaupten, daß es wenig größere Aktiengesellschaften in Deutschland gibt, die nicht Effekten von anderen in Besitz haben. — Aber noch ein weiterer sehr deutlicher Schritt auf dem Wege zur Holding Company (also zum Trust) ist in Deutschland bereits gemacht: „Es gibt eine ganze Zahl von Produktionsunternehmungen, bei denen die eigene Produktion an Bedeutung zurückbleibt hinter ihren Beteiligungen an anderen Unternehmungen, wie — um nur ein Beispiel anzuföhren — die Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. in ihrer Bilanz ihre gesamten Anlagen, einschließlich Materialien und Fabrikaten, mit noch nicht 10 Millionen Mark aufweist gegenüber Beteiligungen von etwa 13 Millionen Mark.“

Je größer aber der Besitz an Aktien einer fremden Unternehmung ist, um so mehr spricht sich in ihm das Bestreben aus, einen Einfluß auf dieselbe auszuüben. Dieser wird voll erlangt, wenn eine Unternehmung über die Hälfte des Aktienkapitals oder gar das ganze Kapital einer anderen besitzt. „Dann haben wir also den Fall der Kontrolle, den wir schon bei den amerikanischen Trusts (Holding Company) kennen gelernt haben. Diese Kontrolle einer Unternehmung durch eine andere ist zwar in Deutschland nicht so verbreitet wie in Amerika, kommt aber auch bei uns häufig genug vor. Ja, es ist nicht selten, daß eine Unternehmung das ganze Effektenkapital einer anderen in Besitz hat.“

Und immer noch nicht genug: „Es gibt auch in Deutschland Unternehmungen, welche überhaupt keine eigene Wirtschaftstätigkeit ausüben, sondern nur den Zweck haben, durch Besitz von Effekten andere Unternehmungen zu kontrollieren, also reine Kontrollgesellschaften wie die amerikanischen Holding Companies.“

Wir meinen, nach all dem wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Weg der Vertrustung, ebenso wie in Amerika, auch bei uns beschritten ist. Und das um so mehr, wenn man die weiteren Tatsachen kennen lernt. Die Liepmann mittel. Neben der Kontrollgesellschaft ist in Deutschland die Fusion, d. h. die Verschmelzung mehrerer Betriebe, sehr häufig. Wie nun dies alles: Kartellierung, Vertrustung, Fusion, zu einer ebenso weitgehenden Verschlingung der Kapitale führt wie in Amerika, schildert Liepmann am Beispiel der Pulverindustrie: „Schon in den 70er Jahren schlossen sich 19 Pulverfabriken durch Fusion zu einer Aktiengesellschaft zusammen. Diese fusionierte sich 1890 mit ihrer größten Konkurrentin zur Aktiengesellschaft: Vereinigte Köln-Nottweiler Pulverfabriken. Diese große Gesellschaft schloß alsdann Kartelle nicht nur mit anderen Pulverfabriken, sondern auch mit dem Trust der Dynamitfabriken. So entstand eine enge Verbindung aller Sprengstoff herstellenden Unternehmungen, die alsdann mit den ähnlich organisierten französischen und amerikanischen Sprengstoffabriken zusammen die ganze Welt unter sich verteilten.“ — Ist das wirklich im Wesen von der amerikanischen Vertrustung verschieden oder im Umfang noch allzu weit von ihr entfernt? Oder was sagt man dazu, daß in der Hand der Deutschen Bank durch Aktienbesitz, Fusionierung usw. die Kontrolle über mehr als 600 Millionen Mark Kapital und mindestens 45 ehemals selbständige Banken vereinigt ist, wobei die ausländischen Beteiligungen der Deutschen Bank noch nicht mitgerechnet sind! Und ähnlich ist die Konzentration bei allen größeren deutschen Banken. Daß aber diese gewaltigen Kapitalanhäufungen auch in der gleichen Weise verwendet werden wie in den amerikanischen Trusts, zeigt Liepmann durch ausführliche Darlegungen über die elektrische und die Petroleumindustrie, auf die eingegangen wird der Raum fehlt. Ueber die letztere sagt er: „Eine Unmenge verschiedener Unternehmungen, Produktionsgesellschaften, Verkaufsgesellschaften, Kontrollgesellschaften, Beteiligungs- und Finanzierungs-gesellschaften sind hier aufeinander gehäuft, und hinter dem Ganzen steht eine (!) kapitalträchtige große Bank, die allen diesen Gesellschaften das Kapital liefert.“

All diesen Tatsachen gegenüber glaubt Liepmann die Erwartung aussprechen zu können, daß die Entwicklung in Deutschland nicht den amerikanischen Weg gehen werde, weil die öffentliche Meinung in Deutschland sich einem Vörfen- und Spekulationsföhne gegenüber ganz anders verhalten „wird“ als in Amerika. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde sich das Großkapital, das die Macht in Händen hat, um eine solche öffentliche Meinung verdammt wenig kümmern.



Theater und Vergnügungen



Dienstag, den 31. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Geschlossen.
Neues Königl. Opern-Theater.
Die Regimentskapelle. — Die
Puppenfee.
Königl. Schauspielhaus. Doktor
Klaus.

Anfang 8 Uhr.
Reising. Hedda Gabler.
Deutsch. Südlich.
Kamerale. Wiener Höhe:
Brüderlein sein. Goethe.
Römische Oper. Pierpuppen. Diver-
siflement.

Neues Schauspielhaus. Der
Flieger.
Kleines. Nur ein Traum.
Berliner. Tullum.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Luzemburg.

Trionon. Isidore u. Cie.
Reising. Das Nachlicht. Der
selige Oktave.
Thalia. Bild der Frauen.
Heddel. Gewehr ab. (Anfang
8 1/2 Uhr.)

Wachen. Die geschiedene Frau.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Sapientreich.
Schiller Charlottenburg. Mit
Hobbs

Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Der Vielgeliebte.
Volkoper. Heimkehr. (Anfang
8 1/2 Uhr.)

Luisen. Geschlossen.
Kaiser. Die Schmutzler.
Lustspielhaus. Das Leutnants-
mündel.

Metropol. Gallo! — Die große
Revue.
Folies Caprice. Der gewisse
Augenblick. Eine gründliche Kur.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)

Casino. Familie August Knoch.
Gebra. Herrnsfeld. Die Welt geht
unter. Wenn zwei dasselbe tun.
Apollo. Mahara. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wagnere. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Säng.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Taubenschne 48/49.
Abends 8 Uhr: Dr. O. Heinrich:
Lebende Bilder aus dem heimischen
Leben.

Sternwarte. Inselnstr. 57—62.
Lesing-Theater.
8 Uhr: Letzte Vorstellung vor den
Ferien: Wagners: Hedda
Gabler.
Mittwoch, 8 Uhr: Gastspiel d. Kölner
Reichens-Theaters: Zum erstenmal:
Kaiserslust. Mitternachts-Voll-
st. in vier Akten von Herm.
Wartin Stein und Ernst Schöngen.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Zum 75. Male:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Letzte Aufführung vor den Ferien:
Die geschiedene Frau.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.

Dienstag, 31. Mai, abends 8 Uhr:
Der Vielgeliebte.
Schwan in vier Akten von Alfred
Schmajnow und Karl Heinz.
Morgen und folgende Tage: Der
Vielgeliebte.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luzemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachlicht.
Schwan in 3 Akten v. M. Ramacoff.
Hierauf: **Der selige Oktave.**
Grotte in 1 Akt von Joes Miranda
und Henry Geroule.
Sommerpreise.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schulte.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Trionon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Theodore & Cie.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Dr. O. Heinrich:
**Lebende Bilder aus dem
heimischen Tierleben.**

Volkoper.
SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
Abends 8 1/2 Uhr:
Heimkehr.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Schmuggler.
Komödie in 4 Akten von A. Dinter.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Kunst. erstklassiger
Spezialitäten, großes Garten-
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr. Sonntags
4 Uhr.

Apollo Theater
Letzter Tag!
8 Uhr: Das sensation. Mai-Programm.
Mahara
in Ihren lebenden Wiesenfilzen.
20 englische Pachtlinge 20 mit
neuem Repertoire.
Louis de Vriendt als August.
Achtung! Achtung!
Morgen, Mittwoch, den 1. Juni:
Vollständig neues Programm.

WINTERGARTEN
Letzter Tag!
Prinz Charles
der Affe mit Menschenkultur.
Schenk Bros
Sensations-Equilibristen
Rosina Casselli
und
das von Publikum und Presse
glänzend beurteilte
Mai-Programm!

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5083.
Heute:
Letzte Vorstellung
in dieser Spielfaison!
**Die Welt geht
unter.**
Folgen des Kometenstobers und
**Wenn zwei
dasselbe tun**
mit H. und D. Herrnfeld.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Die Sterne
des Humors**
Claire Waldoff
Willi Prager
und das große
Varieté-Programm!

Passage-Panoptikum.
Die heiligen **Fakire**
in ihren Wunderproduktionen.
Lebend!! Atom
Prinz
der kleinste Mensch, der je gelebt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes
Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Nähe od. Schärpe grat.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz
Adam Bejerklein.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Mit Hobbs.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Jerome
K. Jerome. Deutsch v. B. Wolfer.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr
Kaffee-Freivorst. der beliebten **Apollo-Sänger.**
Vom Mittwoch, den 1. Juni 1910, ab täglich nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Konzert
von
Nicodemus Notenkopf
der beste Exentrio-Kapellmeister der Welt mit großem Orchester.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs zur gefälligen Mitteilung,
dass ich das **Clublokal**
Ballschmieders Kastanienwäldchen
Konzertgarten u. Prachtstätte — Badstr. 15/16
übernommen und aufs neueste renoviert habe. Ich empfehle solches
zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art unter
günstigsten Bedingungen. Herrlicher schattiger Garten, 3000 Personen,
4 Säle 50—1500 Personen fassend, mit prachtvollen Bühnen versehen.
Während des Sommers
Konzert und Sänger-Gesellschaften.
Vorzugskarten stehen zur Verfügung; auch sind noch Sommersende frei.

Der stürmische Beifall,
den bei allen Vorführungen unser
neuer Schlager
„Die Schürze“
findet,
spricht am besten für uns!
Vorzügl. Theater-Orchester. — Dauervorstellg. von 6 Uhr an.
Vitaskop-Theater Charlottenburg,
Wilmerdorfer Straße 53/54.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schneit ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmfalkenflieger der Welt The Llopolds
(sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrrad in den See.
Heberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad
im Höllentessel. — **Alle. de. Halliers** bester Miniatur-
hunde-Dressurakt der Welt.
Victor Ritter mit seinem Sensations-Schlager: „Gallo, die
kleine Rebur“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins.
Jeden Sonntag: **Riesen-Land- u. Wasser-Feuerwerk.**
Neuheiten! Der Hallensche Komet.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. — Gesamteintritt 20 Pf.

Achtung! Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., n. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 Mk.

Städtebau-Ausstellung
10—8 Uhr. Eintritt 1 Mk.
Königl. Akademische Hochschule,
Waldgürtel Sport- u. Spielplätze,
Kunst- u. Str. Verkehrssysteme,
Innenstadt, Vororte, Gartenstädte,
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin.
31. Mai: Prof. Diestel, königl.
Baurat, Dresden: Neuzeitliche
Anschauungen im Bauordnungs-
wesen.

Achtung, Grünau!
Entschließen allen Freunden und Be-
kannnten zu den bevorstehenden
Sommerausflügen mein (renoviertes)
Lokal und Garten. Nur reelle Speisen
und Getränke zu billigen Preisen.

Gustav Lindenhayn,
Telephon 17. Friedrichstr. 2.

Besuchet Hagenbeck
**Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-
Straße**
8 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
Im Freien neben der Raubtierschau **Sensationell!**
Neu! Neu! Hagenbecks Eisberg
zirka 15 Meter hoch, mit **30 lebenden Eisbären.**
Bis abends 6 Uhr geöffnet, sowie Besichtigung sämtl. Tiere.

Folies Caprice
Nur noch wenige Tage:
Der gewisse Augenblick
Bunter Teil
Eine gründliche Kur.
Mittwoch: **Premiere:**
Vier pikante heitere Einakter.

Karl Haverland
Anfang Theater. präg. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das wunder- **Mai-Prgr.**
bore
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: Ball.

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das großartige Varieté-Programm.
Paul Bendix, sein Komiker
und die übrigen Spezialitäten.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Grotorjan, Inhab.: Rud. Morz,
Schöndauer Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Dvorjal:
Künstler-Konzert.
Entrée 15 Pf. Barabode 10 Pf.
R. d. Konzert: **Familien-Kränzchen.**

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Durchgegangene Weiber.
Dunkler Schwan mit Gefang.
Otto Salzer,
moderner Jambouffler und
Manipulator.
Frans Meisner, Original-
komiker und das andere reich-
haltige Programm.

Volksgarten-Theater
früher Wolmann.
Badstr. 8, Neben u. Belferstraße.
Täglich: **Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.** Das Reizen-
programm. Zur Aufführung gelangt:
Der liegende Berliner.
Vollständig in 5 Bildern mit Gesang
und Tanz.

Casino-Theater
Votringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Auf allgemeinen Wunsch
bis zum 31. Mai:
Familie
August Knoche.
Knoche: Dr. Hans Berg.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., n. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 Mk.

Städtebau-Ausstellung
10—8 Uhr. Eintritt 1 Mk.
Königl. Akademische Hochschule,
Waldgürtel Sport- u. Spielplätze,
Kunst- u. Str. Verkehrssysteme,
Innenstadt, Vororte, Gartenstädte,
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin.
31. Mai: Prof. Diestel, königl.
Baurat, Dresden: Neuzeitliche
Anschauungen im Bauordnungs-
wesen.

Achtung, Grünau!
Entschließen allen Freunden und Be-
kannnten zu den bevorstehenden
Sommerausflügen mein (renoviertes)
Lokal und Garten. Nur reelle Speisen
und Getränke zu billigen Preisen.

Gustav Lindenhayn,
Telephon 17. Friedrichstr. 2.

Wittmanns Theater
Schönb. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Letzte Woche d. grandiosen Mal-
Spezialitäten! 1/2 5 Uhr:
Berlin, wie's baut u. kracht.
1/2 5 Uhr:
Ein Abenteuer im Witwenverein.
Anfang des Konzerts 1/2 5 Uhr.
Entrée 20—60 Pf.
Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.
Mittwoch: **Birfad a. d. Bühne.**

**Schweizer-
Garten** Am Königstor —
Am Friedrichshain.
Täglich:
**Theater,
Spezialitätenvorstellung.**
Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.**
Inh.: **Rudolph Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: **Walter Gravenitz,**
Kapellmeister: **Max Wolfheim.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 5 Uhr.

Brunnenstraße 16.
Ein geheimes Abenteuer der
Königin Marie Antoinette.
und das glänzende
Riesen-Programm.
Gr. Künstler-Orchester.
Platz für 1200 Pers. Entr. 30 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
Künstler d. Landstraße.
Kunst. Anf. von Moysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Donnerstag, 16. Juni: **Gr.
Fest-Soiree** u. Benefiz für Herrn
Rudolf Schrader zur Feier seiner
20jährigen Mitgliedschaft bei den
Stettiner Sängern.
Billetts schon jetzt zu haben.

Voigt-Theater
Gefundbrunn Badstr. 58.
Dienstag, den 31. Mai 1910:
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Philipp.
Erstklassige Spezialitäten.
Das große Mai-Programm!
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 111/112**
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsbeiträge, Theater und
Varieté-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,
und Sonnabend: **Tanzkränzen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Wie sonst gültig.
Im Restau.: **Wittagsgüll 75 Pf.**
Gr. u. H. S. zu Festlichkeiten
aller Art. **Max Saeger.**

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Mk., n. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 Mk.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Obiglos Festsälen,
Schwedter Straße 23/24.

Donnerstag, den 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Arndts Festsälen,
Belforter Straße 15:

Öffentl. politische Frauenversammlungen.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

Kochtöpfe und Politik.

Referentin: Frau Dr. Weyl.

Der Vorstand: F. v. Frau Minna Lohle, Oberberger Straße 20.

Freie Diskussion.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Tel.: Amt IV, 4787.

Donnerstag, den 2. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Sektions-Versammlung der Lackierer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Störmer. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwartet
129/7 Die Sektionsleitung.

Baugenossenschaft Turnerheim.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz für das Geschäftsjahr 1909.

Aktiva.		Passiva.	
218	56	Kassa-Konto	
1433	15	Bank-Konto	
		Geschäftskonten-Konto	1510 46
150		Ideal-Konto	
		Konto pro Diversa	195 10
		Reservefonds	73 95
		Reingewinn	29 50
1801	71		1801 71

Mitgliederbewegung: Mitgliederzahl am Anfang des Geschäftsjahres 46 Mitgl.

Zugang während
Abgang
Bestand am Schluss

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am Anfang des Geschäftsjahres 939 M., am Schlusse desselben 1510,46 M., Zunahme 578,46 M. Die Postsumme betrug am Anfang des Geschäftsjahres 1320 M., am Schlusse desselben 7000 M., Zunahme 5680 M.
Der Vorstand: Max Schöberg, Otto Klein.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 58:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstage durch die Delegierten Hansche und Ohngemach. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind auch die Adressenänderungen für die Zustellung des „Steinarbeiter“ zu bewirken. — Kollegen aller Branchen! Erscheint ohne Ausnahme! 171/11* Die Ordnerverwaltung.

MANOLI
CIGARETTES
ÜBERALL

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht des Obmannes. — Bericht der Werkstättenvertrauensmänner. — Verhandlungsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung.

Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Versammlungsorte sind folgende:

- Tischler.**
Südwesten Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Südosten bei Giesing, Wolfertstr. 68.
Südosten I u. II in den Raunungs-Festsälen, Raunungsstr. 6.
Osten I bei Bergmann, Androssstr. 21.
Hierzu sind die Kollegen der Werkstätten Franks und Hellmund, Krautstraße 4/5, besonders eingeladen.
Osten II bei Pirman, Frankfurter Allee 108.
Osten III bei Bergmann, Borchgerner Straße 28.
Ostliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Rühl-Str. 11.
Nordosten bei Becker, Beberstr. 17.
Jede Einzelwerkstatt muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt bei Obiglo, Schwedter Straße 23.
Wedding und Moabit bei Saengerwölfl, Nauenstr. 6.
- Bautischler.**
Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff, Admiralsstraße 18c.
Bezirk 2: Osten bei Zick, Borchgerner Straße 61.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Giesing, Borchgerner Straße 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Giesing, Lindener Straße 25.
Hierzu sind die Kollegen Körper, Krüger und Lindemann von der Firma Schaar, Giesingstraße, und sämtliche Kollegen der Firma Seemann, Giesingstraße, besonders eingeladen.
- Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.**
Osten bei Becker, Beberstr. 17.
Südosten im „Wärtischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
Norden bei Giesing, Brunnenstr. 95. 84/9
- Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche.**
Norden bei Döhling, Brunnenstr. 70.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.
- Musikinstrumentenarbeiter** um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8
Maschinenarbeiter im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 7.
Modell- und fabriktischer um 8 Uhr bei Richter, Pfingststraße 5.

- Bodenleger** im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Stellmacher bei Gahn, „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthaler Straße 57.
Kisten- u. Koffermacher bei Boudach, Dresdener Straße 28.
Korbmacher bei Eichhorn, Kopenstr. 47.
Bürstenmacher bei Dreyß (Hilfsein-Kaufhaus), Holzmarktstr. 65.
Kammacher bei Dreyß (Hilfsein-Kaufhaus), Holzmarktstr. 65.
Vergolder bei Kluge, Langestraße 53.
Jalousiearbeiter bei Walter, Waldenstr. 62.
Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5.
Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Matternoth, Ritterstr. 62.
Stockerarbeiter um 5 1/2 Uhr bei Seemann, Neue Friedrichstraße 1.

Küchenmöbel-Branche!

Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Klugner. 2. Bericht von der letzten Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.
Die Vororte sind hierzu eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Einsetzer!

Statt der Vertrauensmänner-Versammlung:
Mittwoch, den 1. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 14, Eing. B, Saal 4, Arbeitslosenraum:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Bestimmungen des Vertrages über den Arbeitsnachweis und unser ferneres Verhalten. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Wahl eines Branchen-Obmannes. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen des VI. Bezirks werden hiermit besonders eingeladen.

Steinbel. Badew. von 50342*
Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranienstr. 142,
liefert schnell und
billig alle Arten
Steinbel.
in bester
Ausführung.
Santichal-Typen „Perfekt“
zum Zusammenlegen einzelner Wörter
sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an
Hygienische Bedarfs-
artikel
Drogerie Zaremba,
Delabergstr. 1, dir. a. Rosenthaler
Tor. Billigste Bezugsquelle!
Versuch f. zur dauernden Rundschau!

Aufarbeiten von Betten und Bettfedern.

Bedfedern
zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25,
2,50, 3,00, 3,50, 5,00 bis 6,50 M. per Pfund.

Daunen
zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,—, 6,50 bis 9,00 M.

Fertige Betten
bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12, 15,
20, 24, 28, 31,50, 38, 45, 54, 61, 75, 90 bis 105 M.
und namentlich
Echt chinesische
Monopoldaunen
(gesetzl. geschützt) Pfund M. 2,85.
(3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend)
und alle anderen Bettartikel führt die
erste Bettfedern-Fabrik
mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig
Berlin S., Prinzen-Strasse 46 und 47.
Besonderes Angebot:
Woll-Jacquard-Decken 6.50
modern und elegant gemustert Mark
Kamelhaar-Decken 9.50
140x190 cm Mark
Oberbetten 130x200cm, echt
türkisch rotes und
dichtes Inlett m. Monopoldaunen gefüllt, M. 17.—
Daunendecken von garantiert
daunendicht.
Inlett, gefüllt m. Ja federfreien Daunen, 130x200cm M.
150x200 cm Mark 25.—
Daunendecken
von seidenglanzartigem Daunensatin in allen modernen Farben
am Lager vorrätig.
Für Metall-Bettstellen
Ausnahmepreise gegen Vorlegung
des Inverts.
Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-
matratze
schwarz lackiert
190x90 cm
13.25
Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-
matratze, Pfosten
27 mm stark, mit
Messing-Verzie-
rungen im Kopf-
und Fußende,
weissod. schwarz
lackiert.
190x90
M. 18.00
190x90
M. 19.50
**Umsatz
im Jahre
1909: 2846 Ztr.**
Bettfedern u. Daunen.
Von keinem anderen Betten- und Bettfedern-Geschäft
auch nur annähernd erreicht.
Es gibt kein grösseres Bettfedern-
Spezial-Geschäft in Deutschland.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten!!

Wolle- Reste! Moquette
Plüsch- Reste! Satteltaschen
Zimmer- und Treppen-
Läuferstoffe

Kokos, Haargarn, Velour etc.

Muster bei näherer
Anfrage franko.

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158



JOSETTI JUNO

Cigaretten

können Sie nicht ohne
weiteres mit irgend welchen anderen Marken
auf eine Stufe stellen. Wenn Sie Verständnis für
die feinen Qualitäts-Unterschiede bei Cigaretten im all-
gemeinen haben, dann werden Sie bei einem Vergleich
sofort herausfinden, daß Josetti Juno Cigaretten sehr
viele andere Marken ganz bedeutend übertreffen.

Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.



Drei Tropfen



Kaol

flüssige Metall-Politur
machen das
schmutzigste Metall
spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig
Überall zu haben.

Fabr.: Lubzynski & Co., Berlin NO.

Gummiwaren
Galler Art. Anfr. erbeten
Gummi - Grosso - Haus
C.A. Growald, Charlotten-
burg-Berlin 37. Postamt 2.

Parzelle M. 1100,
Hing. 100 W. a. verl. Solonie
Nahm. Wiesdorf, Marzahn
Str. 5, part. Tel. 2g. 67g.

Ungewitter.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Dirksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Polizei-Präsidium. - Hint VI, 13790.

Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenhäuser.

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Leihhaus seit 27 Jahren
Gelegenheitskäufe
verfallener Brillanten,
Gold-, Silberwaren etc.
Moritzplatz,
Ecke Oranien-
straße 61. I
im Hause der National-Bank.
(früher Prinzstr. 28)

Sportshaus Ziegenhals

Empfehle den Vereinen, Gewerkschaften, Fabrikanten und Gesellschaften
mein herrlich am Straßensee gelegenes Lokal zu Dampferpartien und
Ausflügen. - Besichtigung nehme auch in meinem Berliner Geschäft:
Restaurant zum Leuchtturm, Fontane-Promenade 18 (Tel. Amt IV. 173),
entgegen. Auch stehen Dampfer
und Motorboote zur Verfügung.

Bahnstation Zeuthen,

Post Niederlehme.
Telephon Königs-Wusterhausen 175.

Max Mörchel.

Phänomen

Cigaretten
Qualitätsmarke

mit und ohne, auch mit
Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.

Cigarettenfabrik
NAMKORI



19. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterio

Ziehung vom 30. Mai, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffen-
den Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

221 372 115 97 1366 561 673 743 813 35 26 2108
81 297 513 718 74 3001 143 658 733 [500] 865 881
4053 97 181 445 519 783 850 587 332 117 468 511
748 74 801 94 6039 812 889 7011 229 816 636 94 586
8074 175 221 387 490 605 877 930 [500] 9218 85 889
830 903 33 78 [1000] 91

10337 11323 [500] 94 548 825 681 12178 232 538
45 13055 78 217 [500] 639 18 604 55 925 81 55 98
14136 839 97 254 221 612 775 939 15048 148 593 86
843 16177 461 79 560 [500] 631 283 [500] 17015 [1000]
297 254 299 18028 [500] 42 [1000] 413 532 [500] 89
744 805 19181 230 21 219 34 847 51 768 858

20984 293 [500] 412 [500] 28 89 44 [1000] 503
[500] 548 739 846 900 29 21215 75 814 17 82 427 566
734 837 [1000] 22062 1 225 36 79 357 59 437 74 829
[500] 816 [500] 23 24 43 23081 205 13 [1000] 435 512
87 675 896 24105 287 89 [500] 501 650 890 25285 86
[500] 223 234 477 520 917 [1000] 85 26384 917 75
27108 17 212 [500] 445 588 26364 452 50 500 58 405 70
29254 [500] 117 217 410 [500] 620 21 796 [500] 814 24
30900 84 [1000] 203 25 424 523 753 298 31072 287
401 750 85 [500] 822 48 32887 400 384 84 648 891 33033
170 17 326 499 [500] 503 813 [1000] 93 34081 86 133
437 835 090 748 822 48 35397 345 [1000] 425 59 353
431 36108 207 53 35 79 819 82 37085 49 236 510 38
708 525 95 [500] 38011 56 [500] 294 233 412 832 39133
230 271 653 [500] 84 739 [1000]

42074 1286 687 827 903 41328 [500] 204 432 39
778 42084 1286 687 827 903 41328 [500] 204 432 39
44 43161 433 33 47 259 748 961 79 97 44729 97 136
89 82 209 383 434 65 647 713 78 911 [500] 45040 211
325 46082 232 502 814 47 4718 41 849 87 48088 108
30 87 258 319 489 521 91 49449 23 349 91 744 95 [500]
50178 345 519 77 695 748 303 51208 495 501 60
682 52044 261 78 [500] 379 409 42 [500] 328 631 82
748 61 817 53128 [500] 398 951 54097 107 224 95 70
271 75 602 75 789 012 59 55044 48 187 585 547 81 608
24 56084 117 292 784 57612 92 241 506 80 854 64 74
562 58095 65 87 178 233 311 [500] 54 71 407 17 [500]
656 73 879 59300 73 257 458 887 89

60609 208 [1000] 529 56 63 6127 306 454 583 649 755
805 62315 208 [1000] 529 56 63 6127 306 454 583 649 755
70 801 65140 234 67 453 598 719 832 82 94 66152 234
425 509 [500] 833 809 810 88 995 [500] 67613 906 68004
112 78 254 [500] 563 683 787 93 69113 206 [500] 414 60
89 343 [1000] 151 878

70118 [500] 323 549 [500] 719 36 81 870 293 28 52
46 71191 259 74 439 500 606 667 73 72725 [1000] 585
[1000] 803 219 73003 201 32 [500] 816 [1000] 414 [500]
260 81 658 74083 [500] 257 68 363 [500] 413 77 784
809 86 845 [500] 75060 138 348 [500] 343 90 782 864 87
678 410 778 873 931 77891 115 478 844 836 78 861
984 78330 82 60 612 778 79041 49 64 96 [500] 217
89 292 24

80699 170 445 634 714 876 81366 665 [500] 099
82265 442 257 [500] 600 [1000] 26 [50000] 489 553
83092 130 235 874 84100 214 333 55 [500] 490 [1000]
685 86 702 85413 83 882 879 86089 344 488 879 861
[500] 703 83 980 59 87029 61 357 442 [1000] 570 633
283 295 294 88106 288 450 71 634 89451 390 882

90071 [500] 174 800 971 [500] 91339 344 470 613
48 780 92005 83 190 454 93088 519 544 [1000] 675
[1000] 989 94121 217 478 577 95065 108 [500] 10 84
248 58 [1000] 82 217 481 586 785 985 98024 292 400
[500] 861 86 72 86 820 900 97130 483 98011 65 112
429 29 734 807 85 99078 150 359 417 487 813

100274 217 40 895 215 [500] 33 45 10138
[1000] 67 303 700 72 878 102883 536 [1000] 781 828
89 871 103020 78 89 779 987 104084 373 481 686
927 [500] 105033 125 81 236 910 106756 533 65 910
870 82 107000 438 541 70 857 70 927 108409 13 [1000]
60 542 832 61 94 109051 167 504 697 750 914 88 33

110188 84 233 381 409 39 518 46 90 609 11 [500]
21 723 89 110105 [500] 466 545 647 875 977 112013
11 115 24 [1000] 284 634 720 881 113319 34 257 865
569 114487 [1000] 554 82 638 43 77 830 60 90 914 83
315459 93 96 830 213 116003 413 880 993 117077
[1000] 308 228 81 504 [1000] 941 118180 88 [1000]
459 85 878 881 844 119117 42 874 608 [500] 849 935
120066 202 418 523 532 121068 269 39 337 87
481 506 973 122098 91 107 355 499 35 [500] 537 [500]
640 90 795 811 123008 190 81 310 [1000] 13 864 941
124001 398 462 894 930 81 125270 543 71 834 948
126087 108 83 814 84 70 494 614 127008 [1000] 189
254 370 879 987 128019 94 101 393 439 887 129054
414 130270 212 214 683 96 827 35 642 87 [500] 87
[500] 131128 285 310 54 985 863 [500] 82 963 132003
738 230 879 959 133021 818 54 741 883 948 134172
208 278 [500] 447 500 65 135944 231 895 903 136481
89 689 221 137082 138 64 250 373 815 871 739 [1000]
138194 273 452 354 385 89 566 139140 [1000] 380 90
850 916

140746 [500] 201 27 84 540 718 864 141103 214
474 519 [1000] 697 838 73 917 142216 456 81 543 624
49 781 78 849 83 143073 78 825 89 785 144472 170
845 68 488 859 649 850 145504 [500] 230 297 255
44 53 699 847 146069 899 365 615 74 147500 373
804 229 37 148063 103 12 [500] 208 287 730 149432
645 737 812 [500]

150089 251 67 386 806 34 704 8 804 151082 210
[500] 21 59 724 878 946 152083 182 513 23 63 740 903

914 153005 116 530 64 800 918 154123 207 18 [500]
611 841 84 72 155096 141 518 882 156119 374 429
56 849 61 [500] 706 512 157488 504 640 224 29 92
158205 488 553 85 896 818 35 [500] 159080 818

160113 236 441 63 784 161485 81 679 162086
305 405 600 [500] 913 32 163188 699 702 79 164204
333 344 [500] 72 837 928 56 165180 84 205 70 248
166195 825 55 677 789 167152 324 41 [500] 256
900 99 803 799 168265 334 [1000] 72 321 93 877
169182 372 440 582 684 818

170025 23 102 28 [500] 543 633 856 87 97 171082
80 116 581 825 880 [500] 85 172355 [500] 658 [500]
901 39 173039 87 289 [500] 310 [500] 174309 [1000]
329 78 [500] 88 621 55 175822 504 73 728 83 838 [500]
51 [500] 925 178079 210 59 499 511 79 764 907 84
177066 93 146 49 209 315 421 [500] 99 566 657 87 747
805 [500] 178283 280 368 732 934 179011 [1000] 21
[500] 328 438 698

180114 337 432 739 181188 287 [50000] 288 338
887 182109 399 404 61 504 [1000] 183319 28 454 864
184271 356 495 570 676 923 185048 59 112 [500] 233
186 70 86 843 73 186224 428 51 [1000] 670 750 878
187021 [500] 123 337 86 [500] 97 422 708 92 188081
234 32 382 493 280 [500] 686 189189 211 13 75 323
715 94 [500] 814 85 882

190001 451 588 892 737 981 191047 210 817 60
407 12 622 40 380 76 192008 217 79 340 [1000] 423
844 644 [500] 85 968 193023 372 438 563 [500] 705
309 194019 73 325 46 484 537 710 73 925 195389 924
[500] 72 196063 232 [500] 197398 496 [500] 601 51
785 [500] 802 198089 232 505 42 639 [500] 804 199003
21 292 220 326 488

200481 388 603 804 70 854 81 201298 278 488
728 202041 [1000] 269 [1000] 75 506 12 682 203017
55 434 [500] 529 204887 220 841 444 692 770 850 63
974 205014 74 630 [500] 803 206870 118 581 478
[1000] 504 6 810 214 207027 [500] 487 [1000] 385 856
208900 412 868 209083 25 530 829 955 64

210384 231 623 211098 106 97 244 72 359 414
89 662 212075 429 749 212388 42 848 76 712
818 88 854 214022 31 488 551 784 818 988 215051 93
108 379 479 551 692 216105 664 884 217064 282
218130 300 [500] 307 443 632 736 49 813 38 79 219017
454 808 21 60

220089 84 210 67 447 83 500 589 900 221043 83 94
237 93 [1000] 218 488 99 643 68 923 222148 223028 44
388 [1000] 481 899 909 224089 135 451 [500] 553 788
808 [500] 80 225130 543 [500] 73 614 30 226218 33
258 402 788 860 909 227014 [500] 577 826 87 748
887 228491 871 963 50 229101 83 67 304 453 503

230138 330 42 89 481 633 839 [500] 61 130021
232192 221 [1000] 715 13 74 88 809 943 232284
907 547 234909 233231 65 74 430 578 670 780 [1000]
919 63 235082 484 556 706 [1000] 834 67 58 997 235084
92 139 66 284 289 443 [500] 31 509 641 [1000] 90 728
871 989 236280 [500] 50 587 609 821 822 87 91 237400
164 385 433 588 327 [500] 522 233089 899 509 648
732 [500] 35 825 802 921 54 239292 88 413 57 717
90 819

240001 88 458 580 600 241144 86 97 85 371 600
242132 278 423 762 78 876 80 977 243156 79 488 629
719 511 29 57 244096 318 424 234 41 504 245110 253
493 528 79 51 988 246122 [1000] 309 233 68 691 839
958 [500] 247118 78 243 [500] 607 72 759 248182 [500]
228 35 642 853 [500] 249717 443 647

250004 68 175 94 254 63 77 885 728 251377
714 78 [500] 252068 [500] 11 147 871 646 837 253116
42 382 379 [500] 99 70 499 588 782 871 885 254800 354
600 255099 152 619 25 94 256021 587 847 50
69 257091 488 534 97 258104 204 321 [500] 68 877
621 62 984 80 81 259183 478 584 845 916 [1000] 52

260885 700 14 [500] 23 816 53 910 261291 89
278 798 262021 106 213 [500] 254 614 737 [500] 85 851
263063 283 803 13 490 852 264036 54 [500] 171 323
87 674 992 265088 124 212 81 878 888 266096 [1000]
134 296 322 [1000] 469 569 [500] 825 835 [500] 29 81
267489 80 260 732 268500 920 269002 11 870 [500] 112
72 [500]

270071 [500] 188 81 236 323 375 [1000] 655 734
826 271419 657 969 272288 554 851 912 273703 201
869 824 732 274017 [500] 88 434 526 604 9 854 275014
79 150 281 271 448 583 93 792 87 891 [1000] 276072 119
219 414 572 815 277380 309 252 278032 [500] 110
470 855 279000 218 600 718 96

280021 50 449 523 281126 289 86 415 87 778 91
812 72 967 282247 323 49 65 [500] 527 44 612 75 41
771 283088 344 46 47 484 612 284087 247 566 600
8 40 285347 468 568 619 77 [500] 713 802 286800
2 24 40 239 389 760 85 890 854 287158 433 888 288823
82 705 68 276 460 610 83 774 802 [500] 28 [500] 822
[500] 27 289011 262 616 [500] 78 728 69 877 878 83

290025 27 237 204 80 509 96 291182 93 206
278 531 982 292086 255 405 983 [500] 293089 129
294 428 718 27 21 879 [1000] 93 294060 440 732 75 807
44 295265 424 318 610 879 915 296301 327 36 78 77
88 542 65 88 680 881 904 297107 81 58 [500] 213 507
822 73 774 814 [500] 94 298305 482 673 299315 60
508 611 783 810 908 [500]

300177 254 472 [500] 806 50 74 301078 207 13
302486 877 [500] 840 303021 847 [500] 53 513
[1000] 89 801 13

19. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterio

Ziehung vom 30. Mai, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffen-
den Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

210 442 86 540 750 90 219 [500] 1370 [500] 784 824
602 22 51 60 [500] 2042 [500] 145 47 49 233 3066 213
471 550 928 48 [1000] 873 844 74 4172 393 509 923 754 78
907 32 5304 610 [1000] 8001 244 [500] 76 410 [500] 55 591
475 705 7075 76 [500] 99 106 87 [500] 563 [500] 632
731 47 [500] 921 43 5032 208 84 533 433 256 9146 204
22 [1000] 816 789 96 85

10102 252 70 314 85 638 770 851 [500] 974 11122 72
604 79 986 12086 189 286 665 849 312 13400 13 325 714
90 851 14015 195 219 236 913 15013 [500] 187 70 442
[500] 503 924 16126 898 688 709 44 980 17091 [500] 302
308 22 [500] 579 99 753 [500] 844 59 913 84 [1000] 18002
45 795 19090 510 673

20278 95 622 693 [500] 21129 [500] 227 85 325 87
704 838 22068 81 235 815 827 70 23223 234 26 636 67 893
24294 77 463 601 207 25043 45 339 360 628 807 829 92
26001 141 88 [500] 73 488 554 690 64 901 27294 99 433
355 833 28132 226 [500] 389 206 696 810 330 42 87
29127 254 65 429 745

30393 849 407 329 675 788 96 [500] 885 31217 460
543 85 [500] 32148 80 318 49 359 89 [500] 80 939 [5

Partei-Angelegenheiten.

Häufiger Wahlkreis. Heute Dienstag, den 31. Mai, 8 1/2 Uhr abends, findet in den Union-Festhallen, Greifswalder Straße 222, eine kombinierte Sitzung aller Bezirke der ersten Abteilung statt.

Neben einem Vortrage des Genossen Stadtv. Karl Leib über „Fürsorgeziehung“ stehen noch wichtige Vereins- und Abteilungsangelegenheiten auf der Tagesordnung, welche das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen bedingen.

Der Abteilungsleiter. Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr, im „Volksklub“, Kossinstraße 3, öffentliche Versammlung. Genossin Rosa Luge mburg spricht über: „Der Wahlrechtskampf“. Agitiere jeder für zahlreichsten Besuch (besonders der Frauen).

Der Vorstand. Schöneberg. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins findet heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in den „Neuen Rathshäusern“, Weininger Straße 8, statt. Die Genossin Luise Jich hält einen Vortrag über: „Die Gewinnung der Frauen für den politischen Kampf eine Notwendigkeit“. Zu diesem Vortrage sind ganz besonders die Frauen eingeladen.

Wilmersdorf. Die Monatsversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, statt. Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn hält einen Vortrag: „Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengeheimes“.

Steglitz. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schellhase. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Piel über „Unsere Taktik“ und Ergänzungswahlen zum Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Richter, Chausseestraße 104: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Grünwald über „Industrie und Landwirtschaft“; Abrechnungen; Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand. Treptow-Baumschulenberg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet für den Ortsteil Baumschulenberg die Mitgliederversammlung bei Speer, Baumschulenstr. 78, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der Massenstreik“. 2. Stellungnahme zur Vorstandswahl.

Der Vorstand. Bieddorf. Heute Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr: Zahlabend bei Gustav Berlin, Marzahnener Straße. Bericht des Genossen Müller über die letzten Vorgänge in der Gemeindevertretung. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Kordend. Heute Dienstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstraße 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Unsere Freiheitsdichter“, mit anschließenden Rezitationen. Referent Genosse Davidsohn. 2. Wahl eines Jugendausschusses. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Frang-Buchholz. Am Mittwoch, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Köhne, Berliner Str. 89, eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen über „Zum Kampf des Volkes um Freiheit und Recht“ sprechen wird. Aller Genossen und Genossinnen Pflicht ist es, für guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

Spanbau. Heute abend 8 Uhr findet bei Böhle, Havelstr. 20, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Behandlung der Steuerzahler durch die Stadt. Referent: Gen. Gen. Berlin. 2. Bericht über den 7. Ausschuss. Referent: Stadterordneter Wilhelm Pieper. 3. Diskussion. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

Berliner Nachrichten.

Die Einführung einer Lustbarkeitssteuer für Berlin ist in greifbare Nähe gerückt. Zwar wurde die Erhebung einer solchen Steuer im Jahre 1906 schon einmal vom Magistrat vorgeschlagen, damals aber von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Die gegenwärtige Finanzmiserie glaubt aber der Magistrat benutzen zu sollen zur Wiedererbringung der 1906 abgelehnten Vorlage. Er glaubt, daß die Stadtverordnetenversammlung der Erhebung einer Steuer auf Lustbarkeiten jetzt geneigter sei und bezieht sich auf zustimmende Äußerungen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung gelegentlich der Staatsberatung in diesem Jahre.

Nach der vom Magistrat Berlin beschlossenen Lustbarkeitssteuer-Ordnung unterliegen der Steuer: Theateraufführungen, deklamatorische Vorlesungen, Rezitationen und andere Vorträge, Konzerte, Zirkusvorstellungen, Spezialitäten- und Variétévorstellungen, deklamatorische, Gesangs- und sonstige musikalische Darbietungen, kinematographische Vorstellungen, Schauspieltouren von Personen, Tieren und ähnliche Darbietungen; ferner: Tanzbelustigungen, Maskenbälle, Redouten, Wettrennen, Wettfahrten, Kostümfeste und Bazaare sowie Promenaden und Ausstellungen jeder Art. Auch die von Vereinen, Korporationen, geschlossenen Gesellschaften veranstalteten Lustbarkeiten unterliegen der Steuer.

Steuerfrei sollen bleiben: Unentgeltliche Veranstaltungen, die ausschließlich wissenschaftlichen oder belehrenden Zwecken dienen, Veranstaltungen, die von Schülern hiesiger Unterrichtsanstalten oder hauptsächlich für solche Schüler dargeboten werden; ferner Veranstaltungen zu wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der gesamte Reinertrag zu dem angegebenen Zwecke verwendet wird. Außerdem geschlossene Tanzunterrichtsstunden; jedoch müssen die Tanzlehrer die einzelnen Tanzstundenziel vor Beginn unter Angabe der Zeit und des Ortes bei der Steuerbehörde anmelden; andernfalls sind diese Veranstaltungen wie Tanzunterhaltungen abgabepflichtig.

Die Besteuerung soll in der Form der Kartensteuer erfolgen, wenn Eintrittskarten usw. verkauft werden, andernfalls als Pauschalsteuer. Die Kartensteuer soll beginnen mit fünf Pfennig für Billets von 25—50 Pf., steigend um je 5 Pf. für 50 Pf. bis auf 30 Pf. für Billets von 3 M. und steigend um 10 Pf. für jede weitere angefangene Mark. Auf den Eintrittskarten muß der Preis und der Betrag der Steuer angegeben sein. Die Pauschalsteuer beträgt für Tanzbelustigungen 3 M., wenn die Räume 100 Quadratmeter Grundfläche umfassen, 4 1/2 M. bei 200 Quadratmeter, 6 M. bei 300 Quadratmeter, steigend um 2 M. für jede weitere 100 Quadratmeter. Für Tanzbelustigungen über 12 Uhr nachts sollen doppelte Sätze erhoben werden. Kinematographen sollen mit 3 M. besteuert werden bei 50 und weniger Plätzen, 6 M. bei 100 Plätzen und 10 M. bei mehr als 100 Plätzen usw. für jeden Vorstellungstag. Kabarett sollen 30 M. pro Abend zahlen. Für Konzerte sollen 2 M. in Räumen (geschlossene) bis 100 Quadratmeter Grundfläche entrichtet werden, bis 200 Quadratmeter 3 M. und für jede weitere 100 Quadratmeter 1 M. mehr; ferner in Gartensalons usw. 2 M. für 500 Quadratmeter, 4 M. bei mehr als 1000 Quadratmeter, für je 500 Quadratmeter 2 M. mehr, für alle sonstigen steuerpflichtigen Lustbarkeiten sind 4 M. zu zahlen sofern Räume von 100 Quadratmeter Grundfläche in Betracht kommen, 6 M. bei 200 Quadratmeter und 12 M. bei 300 Quadratmeter und

für jede 100 Quadratmeter 4 M. mehr. Für Veranstaltungen die über 11 Uhr nachts sich ausdehnen, sollen doppelte Sätze gelten.

Die Einführung einer Lustbarkeitssteuer für Berlin wird vor allen Dingen die Gewerbetreibenden stark belasten, die ihrerseits wiederum versuchen werden, die Steuer auf das Publikum abzuwälzen. Die Besteuerung von Theatern und Konzerten ist eine kulturfeindliche Maßregel, die um so schlimmer wirkt, als die Stadt Berlin für betrieblige Zwecke keinerlei Anwendungen macht im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Städten.

Der Magistrat rechnet auf eine Einnahme von 2 Millionen Mark. Nach der jetzigen Stimmung in der Stadtverordnetenversammlung dürfte dießmal mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Annahme der Magistratsvorlage zu rechnen sein.

Arbeiterentlassungen in der Parkverwaltung. Ueber umfangreiche Entlassungen wird aus dem Revier Treptow berichtet. Hier wurden am 21. Mai 24, am 28. Mai 18 Arbeiter entlassen. Für den kommenden Sonnabend sind weitere Entlassungen angekündigt. Da haben nun die Arbeiter den ganzen Winter hindurch auf ihre Einstellung gewartet, und jetzt nach einigen Wochen liegen sie wieder auf dem Pflaster. Bei den Entlassungen soll sehr nach Willkür verfahren sein. So sind Arbeiter entlassen worden, die seit Jahren regelmäßig im Sommer beschäftigt werden, während kürzlich eingestellte Arbeiter in Arbeit blieben. Besonders Unwillen erregt es, daß Familienväter ihre Entlassung bekamen und die jungen Leute von 17 bis 20 Jahren weiterbeschäftigt werden. Es hat den Anschein, als ob die geringfügige Lohn-erhöhung, 15 Pfg. pro Tag für einen Teil der Arbeiter, durch Entlassungen wieder weit gemacht werden sollte. Arbeit dürfte doch jetzt in den Parks und Anlagen in Hülle und Fülle vorhanden sein. Die Entlassungen ohne Berücksichtigung des Dienstalters und der Familienverhältnisse müssen als rigoros und willkürlich bezeichnet werden. Die Bewegungsfreiheit der Revierleiter in dieser Hinsicht ist kein Vorteil für die Arbeiter. Vielleicht interessiert sich für diese Fragen der neue Gartendirektor, der ja im Grunde eines sozialdenkenden und empfindenden Mannes ist.

Eine Beschwerde über das Freibad Wannsee hat die Vereinigung Wärtischer Naturbadeanstalten an den Amtsvorsteher von Grunewald-Först, Oberförster Hiltensamp in Zehlendorf, gerichtet. Es wird darin gerügt, daß die für das Freibad erlassenen Vorschriften nicht innegehalten werden. Nichtbadenden werde bestimmungswidrig der Zutritt zum Freibad gestattet, und beiseitigten Personen werde nicht unterlag, innerhalb des Freibadbezuges zu lustwandeln und im Sande zu ruhen. Der Forstmeister wird gebeten, für die Durchführung der Vorschriften Sorge zu tragen.

Absperrungen wegen der Parade. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Aus Anlaß der am 1. Juni d. J. vormittags 8 Uhr auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von etwa 7 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Velle-Alliance-Straße und die Lichterfelder Straße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach deren Einmarsch in die Stadt nicht befahren werden. Nur den mit Passierscheinen versehenen Personenzugmaschinen ist das Befahren der Velle-Alliance-Straße bis zum Steuerhause gestattet. Alle übrigen Personenzugmaschinen haben bei der Kreuzbergstraße in die Lichterfelder Straße einzubiegen und durch diese auf das Tempelhofer Feld westlich der Chaussee zu fahren. Der Betrieb der Straßenbahnlinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (etwa von 6 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Ab-sperrung abgelenkt, eingeschränkt oder ganz eingestellt. Der Betrieb der Omnibuslinien wird erst mit dem Beginn des Einmarsches der Truppen eingeschränkt oder abgelenkt.

Der Direktor der Städtischen Taubstummen-Schule, Herr Schulrat Albert Guzmann, ist am 27. Mai in Leipzig gestorben. G. hat sich auf dem Gebiete der Taubstummenbildung und Sprachheilpflege große Verdienste erworben.

Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich Sonntagmittag gegen 12 Uhr in dem dem städtischen Arbeitshause zu Hummelburg angeschlossenen Hospital. In einem Anfälle von Schwermut stürzte sich der lungenkranke 56-jährige Hospitalist Paulus aus einem Klosettfenster der dritten Etage des Lazarettbaus. 2. rodem sogleich ärztliche Hilfe zur Stelle war, starb der Unglückliche bereits nach drei Stunden. Ein beinahe jahrelanges Krankenlager und die Aussicht, von seinem Lungenleiden doch nicht geheilt zu werden, mögen das Motiv zu der Tat des Unglücklichen gewesen sein. Schon vor geraumer Zeit hat er anderen Kranken gegenüber Selbstmordgedanken geäußert.

Die Berliner Innungen fühlen sich sehr geehrt. Bei der gestern stattgefundenen Einweihung des Handwerkerhauses der Berliner Handwerkskammer hat der anwesende Kronprinz auf das Wohl der Berliner Innungen getrunken und sie hoch leben lassen. Lieb' Vaterland, kammst ruhig sein!

Wiederum ein Erpressungsdoppler auf Grund des § 175. Wie bereits mitgeteilt, hat sich vor einigen Tagen der Student Werner Hilbert im Freibad Wannsee mit Branntöl vergiftet und alsdann ertränkt. Wie uns mitgeteilt wird, studierte der 22-jährige junge Mann, der zu den besten Hoffnungen berechnete, Philologie und Philosophie an der Universität Jena. Dort soll er eine homosexuelle Handlung begangen und von einem Reklamer überrascht worden sein. Der Reklamer hat infolgedessen längere Zeit Erpressungen gegen den jungen Mann ausgeübt. Der Student hat dem Reklamer den Betrag seines ganzen Monatslohens und fast alle Wert-sachen geopfert. Es blieb ihm nur noch ein kleiner Betrag übrig, so daß er in der Lage war, nach Berlin zu fahren und sich hier bei guten Freunden Rat zu holen. Diese boten alles auf, um den jungen Mann, der dicht vor dem Doktorregament stand, von dem Selbstmord, den er ankündigte, abzuhalten. Die Freunde, ehemalige Schulfreunde und Landleute, erklärten sich auch bereit, ihn mit dem Vater, einem höheren Beamten in Rendsburg, auszusöhnen und ihn mit Geld zu unterstützen. Der junge Mann lehnte jedoch die Geld-unterstützung mit dem Bemerkten ab, daß seine vorhandenen Geld-mittel noch für einige Tage ausreichen. Bereits nach zwei Tagen erfuhr seine Freunde, daß der junge Mann seine Absicht, sich das Leben zu nehmen, ausgeführt hatte. Ob er sich vorher mit dem Vater in Verbindung gesetzt hat, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Chinesischer Besuch weist zur Zeit in Berlin. Der Prinz Tsi Tao und die Mitglieder der chinesischen militärischen Studien-kommission wollen das deutsche Heerwesen studieren. Anfang dieses Jahres hatte ein Bruder des Prinzen Tsi Tsun die Einrichtungen der deutschen Marine studiert.

Der Magistrat hat einer Polizeiverordnung zugestimmt, nach der der städtische Viehmarkt vom 1. Juni ab schon um 12 1/2 Uhr geschlossen wird.

In der letzten Sitzung der Park-Deputation wurde u. a. von mehreren Mitgliedern der Deputation die Raupenplage im Tiergarten zur Sprache gebracht. Da die jungen Raupen so leicht sind, daß sie durch den Wind auf benachbarte städtische Anlagen, die sonst von dem Raupenfraß völlig freigeblieben sind, verweht werden können, soll zur Abwehr dieses Schadens eine Vor-stellung an die königliche Tiergartenverwaltung gerichtet werden.

In der Gieschiner Straße, dem Schmergenkind der Park-Deputation, finden die Baume, die unter dem Hochbahnkörper

stehen, infolge von Luft- und Lichtmangel schlechtes Fortkommen. Die Deputation beschloß daher, der Gieschiner Straße durch Ver-ankranzung der Hochbahnseiler einen neuen gärtnerischen Schmuck zu verleihen.

Die Anlegung des neuen Zentralschulgartens in Planfenfelde hat begonnen. Die Gartenanlage auf dem Fürst-Bulow-Platz ist fertiggestellt.

Aus dem Bausee gefanget wurde Sonntag nachmittag in der Nähe des Freibades ein unbekannter Mann von etwa 25 bis 30 Jahren. Der Ertrunkene ist 1,70 Meter groß und bartlos, hat schwarzes Haar und trug einen dunklen Jackettanzug, mit braunen und grünen Streifen, schwarze Schnürschuhe. In seinem Portemonnaie befand sich noch etwas Geld, darunter eine alte deutsche Münze aus dem 16. Jahrhundert, italienische und ungarische Münzen. Außerdem fand man bei der Leiche Sattlerhandwerkzeug.

Ein entsetzlicher Unglücksfall trug sich am Sonnabendabend in der Warschauerstraße zu. Der 34-jährige, bei seinen Eltern in der Löwenstraße wohnende Gärtner Jäder, versuchte an der Ecke der Revalerstraße gegen 7 Uhr abends auf den Vorderperren eines in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der städtischen Zubringerbahn, Hochbahnhof Warschauerstraße—Zentralbahnhof, auf-zuspringen. Er glitt vom Trittbrett ab und geriet unter das rechte Vorderrad. Der linke Arm wurde ihm vom Schulterblatt an glatt abgetrennt. Der Unglückliche wurde nach der nahen Unfallstation in der Warschauerstraße geschafft, wo ihm ein Notverband ange-legt wurde. Mitglieder der Sanitätskolonne brachten ihn dann nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain.

Die Bankasphyxie in der Alexandrinenstraße hat bisher glück-licherweise kein weiteres Menschenleben gefordert. Der Zustand der Arbeiter Grünmacher, Stenzler, Biesel und Mirzwa ist nach wie vor recht besorgniserregend. Die Verunglückten haben jetzt sämtlich das Bewußtsein wiedererlangt.

Einem Straßenschwindler ist in der Brunnenstraße ein Knabe in die Hände gefallen. Der Knabe sollte von dem Rabatt-Sportverein Norden für 50 M. Sparmarken holen. Ein junger Bursche, der den Schein in seiner Hand sah, fragte ihn erst, ob er etwas verloren habe, und dann, ob er 50 Pf. geliehen haben wolle. Er ging dann bis zur nächsten Querstraße mit ihm, gab ihm auch die 50 Pf., widelte sie in Papier und steckte sie in die Tasche. Dann meinte er, es wäre gut, wenn er ihm auch den Geldschein einwickele. Der Junge ließ das geschehen und erhielt auch ein Paketchen zurück. Als aber der Bursche sich rasiert hatte, sah er, daß der 50 Mark-Schein sich nicht darin befand. Der Bursche ist nach der Verhaftung, die der Knabe von ihm gibt, etwa 16 Jahre alt.

Das Schicksal einer Näherin ruft in der Grünthaler Straße all-gemeines Bedauern hervor. Die Näherin Vera Beskolowski, Grünthaler Straße 7, war auf ihrer Hände Arbeit angewiesen. In der letzten Zeit hatte sie aber so gut wie gar keine Aufträge und obwohl sie unermüdet wegen Arbeit auf den Beinen war, vermochte sie nicht so viel zu verdienen, um sich ernähren zu können. Die Armut mußte hungern. Da sie keine Aussicht hatte, daß sich ihre Lage bessern würde, so nahm sie sich in der Verzweiflung das Leben; sie vergiftete sich mit Leuchtgas.

Mit einem Elementopf arbeitete zuletzt die alte Ladenhebin Haupt, über die wir früher schon berichtet haben. Die 65-jährige Frau nahm irgendein Kind von der Straße in den Laden mit, ließ es dort umherlaufen. Wenn dann der Ladeninhaber oder der Ver-käufer nach dem Kinde sah, griff auch sie ein und verhandelt es, dem Manne wie zufällig mit dem Elementopf ins Gesicht zu fahren. Dadurch lenkte sie seine Aufmerksamkeit von den Waren ab und benutzte dann rasch die Gelegenheit, einzustecken, was ihr gerade zur Hand lag. Ein Juwelier in der Warschauer Straße, bei dem ihr der Kniff zuletzt gelungen war, erkannte die alte Sündenin aus dem Verbrechenalbum wieder. Als sie nun zur Vernehmung nach dem Polizeipräsidium bestellt wurde, wußte sie schon, um was es sich handelte, und brachte die gestohlene Kette gleich mit, um sich mildernde Umstände zu erwirken.

Sportpark Treptow. Die Radrennen am Sonntag, den 29. Mai, hatten infolge des ungünstigen, zweifelhaften Wetters unter schwachem Besuch zu leiden. Das Programm, das drei Dauerrennen aufwies, erfuhr indessen durch die Unlust des Wetters eine Verkleinerung und wurde nur das 50 Kilometer- und das Stundenrennen ausgefahren. Der Verlauf des ersteren Rennens ergab einen leichten Sieg von Hugo Przhrembel vor dem Keuling Pawle und einem Veteranen der Treptower Bahn, Feiny. Während Pawle zeitweise achtbar fuhr, verlor Feiny vollständig und gab in der 75. Runde das ausschließliche Rennen auf. — Spannender und reicher an Zwischenfällen war der Verlauf des Stundenrennens. Hier standen sich Bruni, Demke und Hermann Przhrembel gegenüber. Demke hatte die Führung und ging seinen Gegnern davon, kann aber bei dem guten Fahren der beiden anderen nicht viel Boden gewinnen und muß des öfteren Angriffe von Przhrembel abwehren. Auch Bruni wehrt sich gegen Demke und so geht das Rennen bis zur 80. Runde. Demke hat Reifenschaden und muß Przhrembel den Vorrück lassen, bis auch diesen ein Defekt zwingt, den Italiener vorbeizulassen. Während Demke durch nochmaligen Radwechsel zurückfällt, benützt Przhrembel eine Schwäche seines Gegners zum Vorkost und steigt nun unange-sprochen. Bruni muß dann auch noch Demke passieren lassen. Bis zum 30. Kilometer wurde das Rennen so scharf gefahren, daß neue Rekorzeiten geschaffen wurden.

Resultate. 50 Kilometer-Rennen. 1. Hugo Przhrembel 46 Min. 08 1/2, Set.; 2. Pawle, 2800 Meter; 3. Feiny, ausgefallen. Stunden-Rennen. 1. Hermann Przhrembel 67,488 Kilometer; 2. Demke, 64,530 Kilometer; 3. Bruni, 63,300 Kilometer. Vorgabefahren. 1. Ergleben, 2. Kops, 3. Kroleizig.

Vom Chorleiter Herrn Suchsdorf erhalten wir folgende Zuschrift: In der Nr. 120 des „Vorwärts“ vom 26. Mai d. J. finde ich in dem Bericht über die letzte Ausschreibung des Arbeiterlänger-bundes den Passus: „Scharf gerügt wurde die Mitwirkung mehrerer Vereine unter Leitung des Herrn Suchsdorf bei einem Konzert in der Brauerei Friedrichshain, wobei eine Militärkapelle mitwirkte.“

Der Passus in dieser Form könnte den Glauben erwecken, als hätte ich das Konzert arrangiert und dazu eine Militärkapelle engagiert. Im Gegenteil: Am 13. April d. J. habe ich mir von demOLONOM des Ausschanks die schriftliche Beweismittel geben lassen, daß an diesem Tage nur eine Zivilkapelle mitwirken dürfe. Dieses Schreiben ist auch in der Ausschreibung verlesen worden. Infolge der Anwesenheit der Militärkapelle am Konzertabend war es also die Vereine von ihrer Zufolge entbunden; sie brauchen nicht aufzutreten, um so weniger, da sie überhaupt nicht auf dem Pro-gramm standen. Nur aber den eingeladenen Gästen gerecht zu werden, wurden einige Lieder im Saal gesungen, während die Militärkapelle im Garten ohne Unterbrechung weiterkonzertierte. Ob dieses Verfahren eine scharfe Rüge verdiente, möge dahin-gestellt bleiben. Jedenfalls trifft die Schuld an dem verkehrten Abend weder mich, noch die Vereine, sondern ganz allein den Wirt, welcher sein schriftlich gegebenes Wort gebrochen hat.

Jungen gesucht, die gefahren haben, wie Freitag, den 20. Mai früh 6 1/2 Uhr, am Gieschiner Bahnhof ein Mann von einem Postauto totgefahren wurde. Mitteilungen werden an Pflie, Schlimmerstraße 9, erbeten.

Vorort-Nachrichten.

Aufgelöste Versammlung in Wandlitz (Niederbarnim).

„Junckerregierung, Reichstag und Volk“ hieß das Thema, über das am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Genosse Stabthagen in einer öffentlichen Volksversammlung im Gesellschaftshaus von Lassin in Wandlitz referieren sollte. Vergeblich hatten die „Patrioten“ den Wirt bestrebt, das Lokal nachträglich zu verweigern. Der Wirt blieb fest: er ist der einzige Wirt, der in Wandlitz und Wandlitzsee sein Lokal den Arbeitern zur Verfügung stellt. Vergeblich war der Hinweis einiger „Patrioten“, daß doch auch im Seetrag und in der Seeterrasse, wiewohl die Inhaber ihre Lokale für politische Versammlungen der Sozialdemokratie nicht hergeben — leider! — Arbeiter verkehren. Die über große Anzahl der Arbeiter verkehrt nur in solchen Lokalen, deren Säle auch für politische Versammlungen der Sozialdemokratie freistehen. Nur Unkenntnis, Mangel an Ueberlegung oder Solidaritätsgelühl kann einen Arbeiter dazu bewegen, durch Nichtbeachtung der Lokalliste die Aufsichtsdarstellung auf dem Lande zu erschweren. Standhaft ließ der Wirt Lassin alle Versuche der „Patrioten“ abprallen, ihn zum Wort- und Vertragsbruch zu bewegen. Da Wägellen die Herren ein anderes Mittel aus. Durch Mundschreien wurden die Kriegervereiner von Klosterfelde, Zehlendorf, Jählsdorf, Stolzenhagen, Benfickendorf, Wandlitz, Wasdorf, Schönwalde, Lante und anderen Dörfern zum Besuch der Versammlung zusammengetrommelt. Der Landwirt Karl Sommer sandte überdies eine dringende Bitte zum Besuch der Versammlung an „alle patriotischen Mitglieder und alle jungen Leute, welche Interesse für Kaiser, Reich, Familie und eigener Scholle haben“. Endlich verschieben sich einige Patrioten aus Verlin den antipatriotischen Agitator Medakteur Döring nebst Anhang. In Vorversammlungen von „Patrioten“ wurde eingehend Rat darüber gepflogen, wie man die Versammlung fördern, sprengen könne. Punkt 1 1/2 Uhr kamen die Kriegervereiner mit samt dem pensionierten Gendarm Schermer, dem Oberförster Finsterwalde aus Lante im Lassinischen Lokal an. Der Oberförster dirigierte: die rechte Seite des Saales besetzen wir. Sein Vorschlag wurde soweit als möglich befolgt. Auf 2 1/2 Uhr war die Versammlung anberaumt. Kurz darauf wurde sie durch den Genossen Koffert-Wilhelmstrub eröffnet. Sie war recht zahlreich besucht — wohl an 300 Teilnehmer wies sie auf.

Der Vorsitzende mußte alsbald nach Beginn des Referats infolge des Lärms und offensichtlich lediglich zwecks Störung der Versammlung insbesondere von dem Tisch aus, an dem der Oberförster saß, fallender niedriger Zwischenrufe die Herren darauf aufmerksam machen, daß sie sich in einer von Sozialdemokraten einberufenen Versammlung befinden. Zu dieser habe jeder Zutritt, auch stich Distussion ausdrücklich frei, es müsse aber auch von denen, die Bildung und Besitz zu besitzen glauben, ein anständiges Betragen verlangt werden. Sonst werde er von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Zur Distussion sei als erster Herr Döring eingetragen. Als der Tumult von dem konservativen Tische aus erfolgte, hatte einer der überwachenden Gendarmen wohl in der Absicht, aufzulösen, sich erhoben, Genosse Koffert war der Auflösung durch Vertagung auf fünf Minuten entgegengetreten.

Nach der Fortsetzung der Versammlung wurden wieder fortgesetzt Zwischenrufe laut, die die Absicht einer Sprengung der Versammlung klar erkennen lassen. Der Referent führte die Zwischenrufer, die ihre Sprachwerkzeuge insbesondere durch die fortwährenden Rufe „Juden! Juden!“ ähnten, ein paarmal unter lebhaftem Weisfall der über großen Mehrheit der Versammlung ab. Nur einigen, insbesondere dem Oberförster Finsterwalde, mußte noch öfter der Tiefstand seiner Rufer unter Heiterkeit der Versammlung klargestellt werden. Der Referent hatte insbesondere das Verhalten des schwarz-blauen Blochs in der Finanzreform, in der Kanal- und Wahlrechtsfrage sowie den Mangel einer Fürsorge für die Veteranen besprochen. Dann führte er aus, daß eine solche Mehrheit jede sozialpolitische Forderung erstickt. Hierbei ging er auf die Rechtlosigkeit der Landarbeiter ein. Als er verlangte, daß in der Zeitung der Landkammerassessoren die Landarbeiter nach der Reichsversicherungsordnung des Rechtes der Selbstverwaltung beraubt sein sollten, der Gemeindevorstand könne den Vorsitzenden und Vorstand ernennen, den Antsdorsteher oder dessen Stellvertreter dazu ernennen, wurde vom Oberförster Finsterwalde wiederholt widersprochen. Stabthagen wies den Zwischenrufer darauf hin, daß es ihm ja freistünde, in der Distussion seine entgegengekehrte Ansicht klarzulegen, und wiederholte die für die Zusammensetzung des Vorstandes vorgeschlagenen Bestimmungen. Da rief der Oberförster: Das ist eine bewusste Unwahrheit. Der Referent replizierte auf diesen Vorwurf der Lüge: Wenn Sie behaupten, daß ich hier bewusste Unwahrheit spreche, so sind Sie ein unverschämter Lügner.“ Nun erhoben die Herren vom „patriotischen“ und Kriegervereinstisch einen wüsten Lärm und führten auf das Podium zu. Genosse Koffert vertagte hierauf die Versammlung auf zehn Minuten.

Der Gendarm löste, als der patriotische Radau fortdauerie, die Versammlung auf. Hierzu hatte er nach dem Vereinsgesetz kein Recht. Er behauptete, die Auflösung habe er „in sicherheitspolizeilichem Interesse“ vornehmen müssen; es sei doch sogar ein Bierseidel an dem Medakteur Döring vorbeigezogen. Selbst wenn das der Fall war, stand unseres Erachtens dem Gendarm das Recht der Auflösung nicht zu. Wegen dieselbe wird Beschwerde geführt werden. Es lag an ihm, den Seidelwerfer eventuell festzustellen. Tatsächlich soll ein Seidel von der patriotischen Ude aus gegen Stabthagen zu geworfen sein. Es flog an Döring vorbei und traf die Brust eines Genossen, der unweit des Podiums stand.

Die Erregung über das Benehmen der Patrioten war eine ungemein große und gleichzeitig recht auflärende. Es meldeten sich einige Duzend Personen aus dem Arbeiter- und Mittelstand zum Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein.

Eine neue Versammlung mit demselben Thema und Referenten wurde sofort zum 28. Juni vereinbart.

Sichtenberg.

Die hiesige Feuerweh wurde gestern nachmittag 3 Uhr nach der Finowstraße 29, Ecke Frankfurter Allee, gerufen, wo durch Unvorsichtigkeit in einem Wädchengeläß Feuer ausgekommen war und die ganze Einrichtung brannte. Der Brand wurde bald gelöscht.

Charlottenburg.

Die Leichen zweier neugeborener Kinder wurden gestern in dem Hause Neue Großmannstraße 7-9 und auf dem Bahnsteig des Charlottenburger Bahnhofes gefunden. Jene war in einen grau- und weißgestreiften Wollapen und braunes Packpapier eingewickelt und hatte schon längere Zeit an ihrer Fundstelle gelegen, diese lag in Zeitungspapier eingewickelt in einem Pappkarton.

Wittenau.

Die in der Gasanstalt tätigen Arbeiter und Handwerker hatten sich Anfang des Jahres der gewerkschaftlichen Organisation, dem Gemeindevorstand, angeschlossen. Veranlassung hierzu bot die Tatsache, daß die Arbeitsverhältnisse in jeder Beziehung schlechtere waren als in den Gaswerken anderer Gemeinden. Die

Arbeiter unterbreiteten der Gemeindevorstand Anträge, betreffend Verfürgung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes usw. Die Berücksichtigung dieser Anträge wurde auch letzten vom Gemeindevorstand unserem Genossen Adam als Gemeindevorsteher gegenüber anerkannt. Doch widersetzten sich in unserem Gemeindevorstand die Vertreter der bürgerlichen Parteien energisch der Durchführung dieser Anträge. Als angeblichen Grund gibt man an, daß die Gasanstalt mit Defizit arbeite und die Mehrbelastung, welche durch die eventuelle Bewilligung der Arbeiterforderungen entstände, nicht tragen könne. Es kam aus Anlaß der Vertretung der Arbeiterforderungen durch unsere Genossen bei den Gemeindevorstandsvorstellungen zu ziemlich heftigen Zusammenstößen. In Rücksicht auf den feinerzeit unseren Genossen gegenüber geäußerten Einwand, daß die Gaswerker selbst ja doch gar keine Anträge gestellt hätten (die Anträge waren auf Versammlungsbeschlüsse durch die Verbandsleitung eingereicht), wurden im Anfang dieses Monats in einer von fast allen Beschäftigten unterzeichneten Eingabe die Wünsche erneut der Gemeindevorwaltung übermitteln. Der Inspektor des Gaswerks, Herr Nikolai, der zum 15. Juni selbst gekündigt worden ist, entließ nun plötzlich am Sonnabend, den 21. Mai vier Kollegen, darunter den Vertrauensmann, angeblich wegen Arbeitsmangel. Am Montag, den 23., stellte er sofort wieder zwei Mann ein und ordnete die Einstellung eines weiteren Arbeiters an. Auf Versammlungsbeschlüsse verhandelten zwei der entlassenen Kollegen im Beisein des Gemeindevorsteher Genossen Adam mit dem Gemeindevorsteher.

Derselbe erklärte, daß die Entlassungen notwendig seien, weil der Betrieb eingeschränkt werden müsse. Er mußte aber zugeben, daß selbst unter dem Gesichtspunkte die vorgenommene Entlassungen unverständlich sind. Jedenfalls hätten auch seiner Anschauung nach nicht die älteren, eingearbeiteten Arbeiter entlassen werden sollen, sondern die Dienstjüngeren. Daß aber die Notwendigkeit einer Betriebsbeschränkung gegeben ist, wird durch die erfolglosen Neueinstellungen widerlegt. Von den Beschäftigten wird aber weiter darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Sparmaßnahme durch die Entlassung einiger Arbeiter am unrechten Fleck geschieht. Die Folge würde sein, daß die notwendigsten Arbeiten im Betriebe nicht erledigt werden können und dadurch der Betrieb in seiner Rentabilität herabgedrückt werde. Der Gemeindevorsteher scheint wohl dieselbe Ansicht zu hegen, denn er ersprach der Kommission, daß weitere Entlassungen unter keinen Umständen erfolgen sollen. In Hinsicht auf diese und die weiter gegebene Versicherung, daß auch kein Arbeiter wegen seiner Verbandszugehörigkeit entlassen werde, beschloffen die Arbeiter des Gaswerks in einer weiteren Versammlung, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen.

Der ausgeführte Schlag hat nur zu einer inneren Festigung der jungen Organisation geführt, so daß auch die Gemeindevorsteher in Wittenau die Anerkennung des Koalitionsrechts in Theorie und Praxis durchsetzen werden.

Potsdam.

Stadtvorordnetenversammlung. Zuerst stimmte die Versammlung der endgültigen Aufnahme einer Grundstücksanleihe in Höhe von 1.675.000 M. zu. Diese Anleihe wird zu 3% Proz. von der Ritzdorfer Sparkasse aufgenommen. — Bei Feststellung des Tarifs für die neuerichtete städtische Kurbadeanstalt für Frauen und Kinder. Riesehe an, entweder höhere Sätze festzusetzen, damit diese Anstalt nicht lediglich Konkurrenzunternehmen sei oder ganz niedrige Sätze, wenn man die Anstalt nicht gar kostenfrei den breiten Schichten des Volkes zur Verfügung stellen wolle. Hierzu sei man eigentlich verpflichtet, da die Anstalt von den Ueberschüssen der Sparkasse, zu denen doch auch die Arbeiterkassen ihr Teil beitragen, errichtet sei; durch die hohen Sätze schließe man diese aber aus. Er beantragte, von abends 7 Uhr ab diese Anstalt zum halben Preise dem Publikum zur Benutzung zu überlassen. Der Bürgermeister erklärte, daß der Magistrat von Anfang an keine Zweifel darüber gelassen habe, daß es sich nicht um eine Volksbadeanstalt, sondern nur um eine solche für Frauen handle. Stadtv. Walter bemerkte, daß die Ansicht d. S. nur wenig Anhänger in der Bürgerschaft findet. Den unteren Schichten solle nichts vorenthalten werden, aber zweierlei Tarife gebe es nicht. Für den Antrag Riesehe fand sich bezeichnenderweise kein zweiter Stadtvorordneter. — In den Pringen Eitel Friedrich werden 11.810 Quadratmeter städtisches Gelände an der Neuen Luisenstraße zwischen dem Park Jugendheim und einer neuen Straße zum Preise von 16 M. pro Quadratmeter verkauft. Verschwiegenlich hielt man den Preis für zu niedrig (bei der ersten Offerte waren nur 15 M. geboten), um so mehr, da der Stadt für dieses Grundstück in Zukunft die Grundsteuer entzogen werde und der Besitzer es so bald kostenfrei habe. Man war aber zufrieden, daß man ein so „königliches“ Geschäft machen konnte. — Welchen Einfluß der Magistrat den Bezirksvereinen einräumt, zeigte er in einer Antwort an den Bezirksverein der Brandenburger Vorstadt. Dort bilden in der Alten Luisenstraße Räume auf dem Bürgersteig ein Verkehrshindernis. Nun wurde dem Bezirksverein anbeigegeben, dafür zu sorgen, daß die dortigen Hausbesitzer ihre Vorgärten abtrennen. Ueber die Fällung von Bäumen wird man sich in Potsdam nicht so leicht einig; zunächst eine einstündige Debatte, dann Lokalbesichtigung und nächste Versammlung Fortsetzung der Debatte. — Der Stadtv. Jappe hat um einen dreimonatlichen Urlaub angetragen zwecks Erbschaftsregulierung und Reisen. (Es dürfte dies die Einleitung für das sechste freie Mandat sein; Jappe ist vor kurzem wegen Nahrungsmittelfälschung zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt worden. Der Verurteilte hat jedoch noch Berufung eingelegt.)

Vermischtes.

Einem, der Buße tun will.

Ein interessantes Dekret hat kürzlich der amerikanische Millionär Joseph Field in einer Ansprache abgelegt, in der es heißt: „Carnegie, Rockefeller, Morgan und andere „Industrieherren“ sind Räuber und ihre Millionen sind über erworbenener Gewinn. In einer Zeit wie heute, unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem können wir nicht reich werden, wenn wir nicht das Volk berauben. Ich selbst habe mein Geld auf diese Weise gemacht und meine Firma tut es noch. Sie alle tun es. Jeder von uns „selbstgemachten“ Millionären hat es getan. Inoffen habe ich angefangen, mein Gewissen zu spüren, und ich gehe daran, meinen Raub — ich nenne es, was es ist — zur Beseitigung des verfluchten Systems zu verwenden, das ihn möglich gemacht hat. Ich glaube nicht an die Wohltätigkeitsanstalten. Es sind Agenten der Volksverarmung. Ich bin auch kein „Menschenfreund“. Ich habe nicht im Sinn, gemeinnützige Einrichtungen zu fördern, wie hoch man sie auch einschätzen mag. Rockefeller und andere Millionäre haben ihren Reichtum aufgestaut durch Ausnutzung ungerechter Gesetze, insbesondere unter dem Schutzpolizistensystem. Mit Hilfe dieser Gesetze habe ich auch das Publikum geplündert und tue es noch. Ich bin für diese Gesetze nicht verantwortlich, aber ich bin entschlossen, was ich tun kann, zu ihrer Veränderung beizutragen.“

Man kann nun neugierig sein, was der offenerzige Mann in Konsequenz seiner Selbsterkenntnis tun wird.

Patriotische Feste.

In dem in der Nähe Lübingens gelegenen Dorfe Baldorf fand am Sonntag die Fahnenweihe des Militärvereins statt. Nachdem man sich genügend patriotisch begeistert hatte, kam es zu Streitigkeiten, bei denen ein 56jähriger Georg Wegel und sein 19jähriger Sohn von einem Festteilnehmer durch Messerstiche schwer verletzt wurden. Die beiden sind bald darauf gestorben.

Auch auf dem Schützenfeste, das in Weßlin in der Provinz Sachsen am Sonntag stattfand, kam es zu blutigen Kämpfen, bei denen der Schützenoberst Delberling aus Weßlin erstochen wurde. Der Erstochene hinterläßt Frau und acht Kinder. Auf dem Schlachtfelde blieben noch zwei schwerverwundete Personen, die in das Krankenhaus eingeliefert wurden.

Durch drahtlose Telegraphie gerettet.

Der russische Dampfer „Lituanien“, der 1200 Auswanderer von Libau nach New York bringen sollte, ist schwer beschädigt in den Hafen von Lyne eingelaufen. Das Schiff war bei dichtem Nebel gegen die Felsen von Pentland Firth gelaufen. Infolge des heftigen Stoches entstand unter den Passagieren eine furchtbare Panik; alles stürzte an Deck. Nur mit Mühe gelang es den Offizieren, die Emigranten zu beruhigen und das Schiff aus der gefährlichen Zone zu steuern. Der einzige am Bord befindliche Engländer bediente die Apparate für drahtlose Telegraphie. Er schickte die Meldung vom dem Unfall an den in nächster Nähe befindlichen englischen Kreuzer „Bellona“, der sofort zur Hilfeleistung nach der Unfallstelle abging. Außerdem wurde durch drahtlose Telegraphie ein zweiter Dampfer „Koffija“ herbeigerufen, der die Auswanderer nach New York weiterbefördern wird.

Im Kampf um Wild und Wald.

Nach den amtlichen Mitteilungen aus der Abteilung für Forsten des königlich preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sind im Jahrzehnte 1890—1908 bei Ausübung des Forst- und Jagdschusses in den preussischen Staatsforsten dreizehn Tötungen und sechzehn Verwundungen von Forstbeamten und elf beziehungsweise neununddreißig von Wildwunden und Forstrevierern vorgekommen. Unter den Verwundungen der Forstbeamten waren neun, der Wilderer zwanzig schwer. Außerdem wurde noch unter Umständen, die den Woffengebrauch nicht rechtfertigen, ein Forstrevierer durch einen Forstbeamten leicht verwundet.

Ein neuer Ueberlandflug im Aeroplan.

Der Aviatiker Curti hat am Sonntag den vom „New York World“ gestifteten Preis von 10.000 Dollar gewonnen, indem er den verlangten Ueberlandflug von Albany nach New York vollführte. Die Strecke beträgt in der Luftlinie etwa 300 Kilometer, der Flug dauerte 2 Stunden und 45 Minuten. Der Aviatiker wurde bei seiner Landung von einer ungezählten Volksmenge enthusiastisch begrüßt.

Kleine Notizen.

Aus der Gefangenenabteilung des Dresdener städtischen Krankenhauses entsprang in der Nacht zum Montag der Einbrecher Gustav Chares. Der Entsprungene, dem eine Menge schwerer Einbrüche zur Last gelegt werden, hatte sich vor kurzem bei seiner Verhaftung mit einem Dolch in die Brust gestochen. Verwundet wurde er ins Krankenhaus eingeliefert. Chares soll sich nunmehr nach Berlin geflüchtet haben.

Schreckensstat eines Geisteskranken. In Bielefeld tötete der geisteskranke Arbeiter Pelarsky gestern nachmittag nach kurzem Wortwechsel seine Frau durch Messerstiche in den Kopf. Als Hausbewohner die Wohnung erbrachen, sprang der Täter auf die Straße; Pelarsky erlitt dabei sehr schwere Verletzungen.

Aus Eifer sucht verübte der Schloßergeselle Morgenstern in Leipzig auf seine Geliebte ein Attentat. Das Mädchen wurde durch mehrere Revolverkugeln sehr schwer verletzt.

Zu einem Kampfe zwischen Zollmännern und Schmugglern, die mit einem Automobil Waren über die französische Grenze schmuggeln wollten, kam es an der belgisch-französischen Grenze. Auf beiden Seiten gab es verschiedene Verwundete. Schließlich flohen die Schmuggler mit ihrem Automobil über die belgische Grenze zurück.

Durch Einsturz einer Tribüne wurden in einer Arena in dem spanischen Orte Alhaurin el Grande 11 Personen schwer verletzt.

Revolverattentat auf einem Dampfer. Während der Ueberfahrt des Dampfers „Venetien“ von New York nach Warschau kam es im Maschinenraum zu einem Konflikt zwischen zwei Heizern, bei dem der eine durch einen Revolverstoß getötet wurde. Der Attentäter wurde in Ketten gelegt und bei der Ankunft in Warschau der Polizei überliefert.

Arbeiter-Abstinenzentbund. Freitag, 3. Juni, abends 9 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 8. „Die Trunksucht in der deutschen Gesellschaft.“ Referent: Simon Kagenstein.

Eingegangene Druckschriften.

Die sieben erschienenen Nummern 12 des „Vorklons“ enthält an Holzschnitten und Illustrationen: Aus dem preussischen Herrenhause. — Von der Münchener Kunstausstellung. — Tanderengler. — Demüth. — Im Berliner Tiergarten. — Die Zentrumschleife usw. Aus dem Texte erwähnen wir: Der Richterlag in Berlin. — Justizwörter. — Ein König stirbt. — Erkenntnis. — Belagerungsmittel. — Eine wahre Geschichte. — Ein Vorklons. — Brief aus Berlin usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jehergelt durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Detektiv-Gruco-Zerie. Kriminal- und Detektivromane von H. R. Green. 3. Band: Im Millionen. Illustriert von R. Gutschmidt. 2,50 M., geb. 3,50 M. — Verlag von Robert Lutz in Stuttgart.

Die Entstehung des Christentums aus der antiken Kultur. Von Samuel Lubinski. 3 M., geb. 4 M. — E. Diederich, Jena.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkundsche Andet Lindenstraße Nr. 60, vorn vier Treppen — Nachdruck! — wochentlich von 4, bis 7 1/2 Uhr abends. Jeder Anfrage ist ein Dank und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Giltige Fragen trage man in der Ehrenkundsche vor.

C. W. Ihre Anfrage ist verständlich. — J. St. 4. 1. und 2. Es kommt das Geleis des Heimathaus in Frage. Die Gemeindegemeinschaft tritt nicht früher ein. — C. G. 1. Das Verbot ist in uns nicht bekannt. Vielleicht erkundigen Sie sich bei der „Republik“ Wollschneidung. 2. Rein. — G. St. 153a. Hgl. Ansehenskommission, Wofen. Dort erhalten Sie Auskunft. — Wilderer. Beziehung liegt nicht vor, wenn Sie nach Bild geschossen haben. — G. W. 43. Sie können die Feststellungsfrage erheben. — R. S. Ein solches Geleis rüchten Sie an die Verbandsvereinschaft. Eine Beratung ist bei dem Schiedsgericht für Arbeitervereinschaft einzulegen. — Alfred 30. Ja. — G. 32. Es kommt die Allgemeine Ortskrankenkasse in Frage. Bekommen Sie sich bei der Aufsichtsbehörde (Magistratskommission, Stralower Straße 3-6).

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 29. 5.		am 28. 5.	
	am	seit	am	seit
Wemel, Mühl	114	-4	114	-4
Bregel, Jüterburg	-21	-11	-21	-11
Wesigal, Tzow	-	-	-	-
Oder, Raiborn	129	-2	129	-2
Kroffen	152	-12	152	-12
Frankfurt	167	-11	167	-11
Wartde, Schirmitz	-12	-8	-12	-8
Wartde, Randsberg	-8	-4	-8	-4
Rege, Borsdamm	-6	-2	-6	-2
Elbe, Leimertz	12	+3	12	+3
Dresden	-114	-7	-114	-7
Harz	187	-14	187	-14
Magdeburg	128	-6	128	-6
Saale, Groditz	80	-4	80	-4
Qabel, Spandau	44	-4	44	-4
Kathemom	81	-1	81	-1
Spree, Spremberg	78	0	78	0
Berzlow	84	0	84	0
Bejer, Rinden	-66	0	-66	0
Rein, Rinden	8	-2	8	-2
Rein, Dargowitz	542	+24	542	+24
Raub	284	+5	284	+5
Rain	273	+4	273	+4
Redar, Dreibrom	100	+15	100	+15
Rain, Berthelm	122	-3	122	-3
Royal, Trier	-	-	-	-

*) + bedeutet Hoch, — Nied. *) Ueberbeart.